

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 12. Mai 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Magen, O. W. 10,—, Apolda, Landesorganisation Sachsen-
 Weimar 100,—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1700,—
 (darunter: Unterhaltungsabend Süden 99,—, Gefangenenkreis Kreuz-
 berg Harmonie 10,—, Gasenarbeiter Sektion II, Versammlung
 Schöneberg 5,—), 3. Kreis 1500,—, 4. Kreis, Südost 2500,— (dar-
 unter: Wahlvereinsbeiträge 1,—, Les- und Diskussionsklub Südost 100,—,
 Pufferkolonne Emil Rahl 10,—, Stadtbezirk 113b 10,—, ein reuiger
 Sinder Stadtbezirk 112b 2,—, gesprengte Wärmehalle Kottbuscher-
 Str. 8,—, Karl Ludwig, Treptow 20,—, gesammelt a. d. Kindtaufe der roten
 Crete 4,40), 4. Kreis Ost 3000,— (darunter: Saalinhäber für eine
 Versammlung d. P.-B. d. M., Jugend, Berlin O., d. H. Veier 15,—,
 Kühen-Pufferkolonne M. S. 5,90, Pufferkolonne A. Dähne 4,30,
 Staffklub „Union“, Friedrichselderstr. 37 5,—), 5. Kreis 1000,—,
 6. Kreis 8900 (darunter: Ueberführung der amerik. Auktion in Papen-
 berge 15,80, B. G. H. 14 3,—, Ueberführung der Kranzspende vom
 564. Bezirk d. Vergamant 3,80, Vierprozente der Firma Schubert u.
 Werth 23,45, Bernau 5,—, Unbekannt 1,—, A. W. Rister 1,—, Vier-
 prozente von den Kollegen der Firma Köhling, Friedenstr. 48 75,—,
 Kranz-Ueberführung d. Firma J. F. A. Schulz 9,20, desgl. von Litke
 A. G. W. 2,45, desgl. v. d. Kollegen d. Berliner Rotorwagenfabrik
 Tempelhof 2,—, desgl. Bez. 640 5,48), Berlin, diverse Beiträge:
 Die Häfner von Berger, Bienerstr. 12 6,—, E. D., Guhrau 1,—,
 die Häfner d. Tischler v. Gadegast, Baumschulweg 8,—, März-
 kranz, Habelwerke Kommandant 4,60, statt eines Märzkranzes
 von den Arbeitern u. Arbeiterinnen d. A. G. G., Brunnenstraße 871,90,
 Ueberführung v. Märzkranz d. Tagemetersfabrik A. Schneider 6,80,
 Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Buchdr. Vortwärts, Abt. Buchbinderei
 10,—, Mädel 5,—, J. S. 908,—, Ueberführung der Kranzspende
 der A. G. G. unter Ausschluß der Brannen- und Voltalstraße
 1073,10, Ungenannt —,50, Geburtsstagsfeier von drei Häfner
 bei P. Abendroth, Kaderstr. 4,50, Dr. L. A. 100,—, Ueberführung
 v. Märzkranz, Arnheim 3,—, Arb. v. Bardemann u. No. 25,—,
 Ueberführung d. Kranzspende v. A. G. G., Abt. Genst 10,25, desgl. von
 Kelling u. Thomas 7,70, zum Wahlkampf in Hameln-Springe 8,—,
 15,—, 2.—, E. 25,—, L. u. H. 10,—, Ueberführung v. Märzkranz Firma
 Siemens, Schubert-Werke 153,—, d. Koniobucharb. v. Wedding 5,—,
 am 1. Mai v. d. Beamten der Krankenkasse d. Schneider 9,—, von
 den Patienten der Volksheilstätte Grabowsee u. Gajst, Reuber-
 Malz 14,05, P. S. 50,—, A. H. 50,—, Munition zum Kampf für Wahr-
 heit und Recht 5,—, Metallpolierer der Firma Thomas
 Walbertstr. 15,—, Ueberführung d. Kranzspende vom 18. März gef. 5.
 H. Häfner u. Komp. 3,85, Jugendfeier f. Reimann d. Bressa 4,45,
 Gant u. Wilhelmshafen, sozialdemokratischer Wahlverein 138,30,
 Bochum-Selkenkirchener Wahlkreis 200,—, Beuthen D./Schl., von d.
 Parteigenossen 3,50, Bressau, v. soziald. Verein 200,—, Char-
 lottenburg E. S. 3,—, Chemnitz, 18. sächs. Reichstagswahlkreis
 1000,—, Cassel-Neulungen, Wahlkreis 50,—, Dortmund, L. Banke
 6,20, Erlangen, 1. Quartal 10,—, Erfurt-Schleusingen Wahlkreis
 Februar-März 50,—, Esterberg, Reifeier d. Frz. Hofbeier 2,50,
 Hallenberg, D./Schl. 2,—, Hirth, v. Wahlverein 20,—,
 Gotha, durch den Verkauftmann 30,—, Hertenstein a. Nr.
 von Parteigenossen 4,40, Oamburg, in der Expedition des
 Hamburger Echo eingegangen 97,—, Kiel, vom 7. Schleswig-
 Holsteinischen Wahlkreis 300,—, Königsberg i. Pr., Parteibeitrag
 für 2. Quartal 1905 100,—, Kattowitz 5,—, Ludwigsbafen a. Rh.,
 Gau Pfalz 500,—, Limbach, 15. sächs. Kreis 300,—, Lützenwalde,
 Wahlverein 100,—, Lützenwalde, Rufus 5,—, Lyine D./Schl. 4,—,
 Neerane, 17. sächs. Reichstagswahlkreis 100,—, Magdeburg, Wahl-
 verein 200,—, München, A. Langer 15,50, München, Waldläufer 5,—,
 Nürnberg, Dr. S. 5,—, Nieder-Barnimer Wahlkreis 1000,—,
 Reife, Bräutigam-Ueberführung bei der Reifeier am 7. 5. 1,65,
 Oberstein a. R., Volksverein, 1. Quartal 1905 10,40, Oberlangen-
 bieleau, Wahlverein und Parteibeitrag 100,—, Potsdam u. Spandau-
 Osthavelland, Kreiswahlverein 100,—, Pottschappel, v. 6. sächsischen
 Reichstagswahlkreis 1000,—, Radowitz-Greifenhagen, soziald. Wahl-
 verein 100,—, Rawitzsch, laut Versammlungsbeschluss 20,—, Partei-
 beitrag 4,90, Sa. 24,30, Rhinitt (Oberchl.) v. d. Parteigenossen 5,—,
 Rinteln i. Redaktionsauskunft 1,30, Schwarzburg-Rudolstadt, Wahl-
 kreis 50,—, Schweinfurt, soziald. Wahlverein 10,—, Stuttgart,
 G. H. 10,—, Schwabach, Wahlverein 10,—, Gau Südbayern, 1. Quartal
 182,53, Sagan, Häfel 10,—, Sorau-Först, Zentralverein 300,—,
 Solingen, Kreismittee 100,—, Teltow-Weeslow-Charlottenburg,
 soziald. Zentralwahlverein, April 250,—, Vortwärts-Buchhandlung
 10 000,—, Vortwärts, Ueberführung vom 1. Quartal 1905 27 912,50,
 Wähler Jakob 5000,—, Werdau, Häbner —,50, Württemberg
 100,—, Zabrze (Oberchl.) v. d. Parteigenossen 5,—,
 Druckfehler-Berichtigung. In der Quittung in Nr. 8 des
 „Vortwärts“ vom 14. April d. J. muß es unter den nach Schluß der
 Vergarbeiter-Sammlung eingegangenen Beiträgen nicht heißen
 2. Berliner Wahlkreis 479,75, sondern 1479,75.
 Berlin, den 12. Mai 1905.
 Für den Parteivorstand: i. V. W. Eberhardt, Lindenstr. 69.

Zwei Gesetzesvorlagen.

London, 9. Mai. (Fig. Ber.)
 Vor dem Parlamente befinden sich gegenwärtig zwei Vor-
 lagen, eine über Fremden-Einwanderung, die andere über Arbeitslosigkeit, die wohl bald Gesetzes-
 kraft erhalten werden.
 Die Vorlage über Einwanderung besteht aus folgenden
 Punkten. Der Einwanderer wird bei seiner Ankunft von einem
 hierzu bestimmten Beamten und einem Arzt untersucht. Er
 kann zurückgewiesen werden: 1. wenn er unfähig ist, seinen
 Unterhalt zu gewinnen und in anständigen sanitären Verhält-
 nissen zu leben; 2. wenn er geistesschwach, verheiratet oder in-
 valide ist und der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen
 kann; 3. wenn er im Auslande wegen eines Verbrechens ver-
 urteilt war, für welches britische Gerichte die Auslieferung be-
 schlossen; 4. wenn er bereits auf Grund dieses Gesetzes zurück-
 gewiesen war.

Armut ist kein Grund für Zurückweisung, wenn
 der Einwanderer beweisen kann, daß er nach Eng-
 land kommt, um politischer Verfolgung zu
 entgehen.

Fremde, die nach England eingelassen wurden, können
 ausgewiesen und nach ihrer Heimat transportiert werden, wenn
 sie im Laufe des ersten Jahres die öffentliche Wohltätigkeit
 in Anspruch nehmen, wegen Verbrechen verurteilt werden, oder
 wenn sie in unsanitären, überfüllten Häusern wohnen. Der
 Staat zahlt die Kosten der Rückfahrt, macht aber die Schiff-
 fahrtsgesellschaft, die sie nach England gebracht hatte, für die
 verauslagte Summe verantwortlich.

Zur Erleichterung der Kontrolle werden acht englische
 Häfen für die Einwanderung bestimmt, wo auch Appellbehörden
 sitzen werden, an die sich der zurückgewiesene Einwanderer oder
 der Schiffsbefizier wenden kann. Diese Appellbehörden werden
 aus je drei Personen bestehen: einem Richter, einem Armenrat
 und einem Verwaltungsbeamten.

Ob dieses Gesetz wirklich unerwünschte Einwanderer vom
 englischen Boden fernhalten wird, ist sehr fraglich. Sicher ist
 nur, daß es die Einwanderung bedeutend einschränken wird.

Die Vorlage betreffend Arbeitslosigkeit will
 eine Organisation schaffen, die den zeitweiligen Arbeitslosen
 Beschäftigung oder irgend andere Hilfe gewähren könnte. Diese
 Organisation soll aus zweierlei Körperschaften bestehen: aus
 lokalen und zentralen. Die lokale Körperschaft in London setzt
 sich zusammen aus Mitgliedern der einzelnen Gemeinderäte
 und der Armenräte. Die zentrale Körperschaft besteht aus
 Mitgliedern der lokalen Körperschaft und des Londoner Graf-
 schaftsrats. Beide Körperschaften haben das Recht, ein Drittel
 ihrer Mitglieder aus dem allgemeinen Publikum heranzuziehen,
 um Sachmänner über die Arbeitslosenfrage in ihrer
 Mitte zu haben. In London muß diese Organisation bald nach
 dem Inkrafttreten des Gesetzes hergestellt werden; in der
 Provinz dagegen erst dann, wenn sich die Notwendigkeit zeigt,
 für die Arbeitslosen zu sorgen.

Die Pflichten der lokalen Körperschaften sind:

1. Sich mit den Arbeitszuständen in ihrem Distrikte be-
 kannt zu machen und Untersuchungen anzustellen über die Ar-
 beitslosen, die um Beistand ersuchen.
2. Sich zu vergewissern, daß der Wittsteller ernst gewillt
 sei, sich Arbeit zu verschaffen, aber infolge ausnahmeweiser
 Verhältnisse keine Beschäftigung finden könne.
3. Zu untersuchen, ob der Wittsteller sich durch solchen Bei-
 stand besser befinden würde, als durch dessen Verweisung an
 die Armenräte.
4. Ist dann die lokale Körperschaft der Ueberzeugung,
 daß der Wittsteller des Beistandes würdig sei, so überweist sie
 ihn an die zentrale Körperschaft, die ihm helfen kann durch
 Unterstützung bei dessen Auswanderung, durch Unterstützung
 bei dessen Umzug nach Gegenden, wo Arbeiter notwendig sind,
 durch Verschaffen von zeitweiliger Beschäftigung oder durch
 eine solche Hilfe, die ihn in den Stand setzt, regelmäßige Be-
 schäftigung zu erhalten.

Der Wochenlohn bei Notstandsarbeiten muß geringer
 sein als der, den ein unqualifizierter Arbeiter gewöhnlich er-
 hält; ebenso darf kein Arbeitsloser an Notstandsarbeiten in
 mehr als zwei aufeinanderfolgenden Jahren beschäftigt werden,
 außer mit Erlaubnis der Lokalregierung.

Die finanziellen Mittel erhält die zentrale Körperschaft
 teils durch Lokalsteuern — etwa 4 Pfennige im Pfund Ster-
 ling des Reinertrages der Hausmiete, was in London etwa
 85 000 Pfund Sterling (1,7 Millionen Mark) jährlich ein-
 bringt —, teils durch freiwillige Beiträge. Die Lokalsteuer
 kann auf das Doppelte erhöht werden, wenn die Lokalregierung
 in eine solche Erhöhung einwilligt. Die zentralen Körper-
 schaften dürfen auch zu diesem Zwecke Anleihen aufnehmen.

Die Personen, die auf diese Weise unterstützt werden, be-
 halten ihr Bürgerrecht.

Dieses Gesetz gewährt zwar nur sehr wenig, aber das ihm
 innerwohnende Prinzip, daß das ganze Gemeinwesen für die
 Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, wird wohl im Laufe der
 nächsten Jahre weiter entwickelt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Mai.

Urwaldbahn und Wechselsäfsungen.

Der Reichstag beschäftigte sich im ersten Teil seiner Donnerstag-
 Sitzung mit der Uebernahme der Reichsgarantie für die A m e r u n-
 W a h n. Der Kolonialdirektor machte sich die Begründung der Vor-
 lage, die dem Reiche ein Risiko von nahezu sechs Millionen aus-
 bündet, sehr leicht. In eingehender Rede wies Genosse Ledebour
 nach, daß das Reich nicht nur für die elf Millionen des insgesamt
 17 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals, für die es formell
 die Zinsgarantie übernommen hat, jedes Risiko der Geldgeber aus-
 schließt, sondern auch für den Rest die Gefahr der höchst kapital-
 trächtigen Geldgeber auf ein Minimum beschränkt. Seiner Kritik
 schloß sich zum größten Teil der Antisemit S a t t m a n n an, der sich
 selbst als einen vernünftigen Kolonialschwärmer bezeichnet, weil die
 Vernunft in ihm nicht stark genug ist, die Kolonialschwärmererei zu
 überwinden. Er wies nach, daß all die Hoffnungen, die der Kolonial-
 direktor über die Rentabilität und Zukunft des Wahnbaues erweckt
 hatte, hinfällig seien und daß gerade diese Vorlage den kapitalistischen
 Gesellschaften ungeheuerlichen Profit zuwende. Gleichwohl war die Ver-
 nunft in ihm nicht stark genug, um ihn zu einem klaren Nein zu be-

stimmen. Er wird in der Budgetkommission, wohin die Vorlage wandert,
 wahrscheinlich sich noch der bewilligungsfreudigen Mehrheit anschließen.
 Am schlimmsten trieb es der Zentrumsabgeordnete Erzberger,
 der gleich eine Verlängerung der Bahn um das Zehnfache ihrer bis-
 herigen Länge zum Abschafse in Aussicht stellte. Der freisinnige
 Abg. K o p p s c h erinnerte an den elenden Stand der Reichsfinanzen
 und die ständig wachsende Schuldenlast, die unter anderen Posten
 die Kolonialpolitik dem Reiche aufbürdet.

Es folgten Wahlprüfungen. Der erste, dem das Mandat
 zu Unrecht anerkannt wurde, war Wassermaas edler Nachfolger, der
 nationalliberale Jenae r L e h m a n n. Nicht weniger als 49 Bürger-
 meister und Ortsvorsteher, die sich sonst nur Begründungen für Ver-
 sammlungsverbote abzwangen, haben in einem Flugblatt amtliche
 Wahlbeeinflussung zugunsten dieses Anwalts der Crimmitschauer
 Unternehmer getrieben. Die bürgerlichen Parteien verzichteten sich
 hinter der Behauptung, daß dieses Flugblatt der Wahlprüfungs-
 kommission nicht rechtzeitig vorgelegt worden sei und erhielten so
 die wertvolle Kraft des Herrn Lehmann dem Reichstag
 und dem Liberalismus.

Dann erhielt Herr v. Dirksen, den dank den gespendeten
 Leberwürsten und Freibier Kottbus-Spremburg in den Reichstag
 gesandt hat, trotz der lebhaften Proteste unserer Parteigenossen
 Stadthagen, Geher und Fischer-Werlin, die Autorisation
 des Reichstages zur weiteren Ausübung des Mandats. Zwar hat
 der Kandidat des Kreises einen freisinnigen Lehrer gezwungen, einen
 Wahlaufschuß für den reichsparteilichen Kandidaten zu verfassen, der
 diesem in der Stichwahl die Stimmen aller Freisinnigen verschaffte.
 Trotzdem entschied die Mehrheit, zu deren Führer sich der Vorsitzende
 der Wahlprüfungscommission, der Zentrums-Abgeordnete W e i l-
 stein machte, daß die Wahlbeeinflussung „nicht nach außen“ ge-
 treten sei und erklärte die Wahl für gültig.

Die Wahl des konservativen Abg. S c h l i e t e r (Sp.) für den
 Kreis Schwiebus wurde, wie es recht war, beanstandet, kam doch hier
 als gefährlicher Gegenkandidat nicht ein Sozialdemokrat, sondern der
 freisinnige Professor v. L i s z t in Betracht. Anders lag es wieder
 bei dem konservativen Abg. P a u l i (Eberswalde), der in der Stich-
 wahl mit nur knapper Mehrheit über unseren Genossen O r u n s
 gesetzt hat. Die reaktionäre Mehrheit hatte hier weder den Vor-
 wand, daß das Flugblatt der Bürgermeister und Beamten für Pauli
 nicht rechtzeitig mitgeteilt, noch den, daß es nicht öffentlich verbreitet
 worden sei. Herr Wellstein griff hier zu der faulen
 Ausrede, daß die Beamten vielleicht gar nicht ihre Unter-
 schrift zu dem Flugblatt gegeben hätten, daß diese vielleicht nur ge-
 meinbraucht sei. Da er aber umgekehrt genug war, durch einen
 falschen Jungensschlag zu verraten, daß die Kommission zu dieser
 „anderweitigen Beweismäßigkeit“ nur wegen der roten Gefahr ge-
 langt sei, wurde das Treiben dem Zentrum denn doch zu genau;
 Spahn, Wachen und Roeren hielten ein Konfissium und S c h w a r z e
 Lippstadt belam den Auftrag, den Unfall des Zentrums möglichst
 unauffällig zu motivieren. Herr Pauli begriff zuerst gar nicht,
 was ihm drohte; mit edlem Anstand sah er auf seinem Schriftführer-
 platz, während über die Gültigkeit seines Mandats beraten wurde.
 Als Debel den Antrag auf namentliche Abstimmung stellte,
 schien er noch selbst keine mathematischen Fähigkeiten in
 den Dienst der Ermittlung des Abstimmungsverhältnisses
 stellen zu wollen. Erst ganz zuletzt wurde er unsicher und
 flüchtete. Als aber das Entsetzliche Ereignis wurde und sein Mandat
 für Oberbarnim lassiert war, verließ er überaus, verwirrt, bestürzt
 und traurig das Reichstagsgebäude.

Auch die Wahl des freisinnigen Abg. W a r b e d für Hirth wäre,
 entgegen der früheren Entscheidung der Mehrheit, der Kassation ver-
 fallen, wenn das Haus sich nicht als beschlußunfähig heraus-
 gestellt hätte.

Freitag 2 Uhr stehen Rechnungssachen und Petitionen auf der
 Tagesordnung.

Kesthetik im Abgeordnetenhause!

Und dazu noch bei einer Sekundärbahn-Vor-
 lage! Ja, das schönheitsstrunkene Zentrum ist in seinem
 Kunstfeier nicht mehr zu halten. Neulich im Reichstage die
 Begeisterung für die Schillerfeier. Und heute die Klage über
 die Verdunkelung des herrlichen Panoramas der Stadt Köln
 durch das Gestänge der Eisenbahnbrücke. Ordentlich poetisch
 wurde Herr Limborn, seine für Wehmut an sich nicht gerade
 geeignete Diskantstimme versuchte eine dunkle Färbung an-
 zunehmen, und sein schönheitsfindendes Auge umfachte liebevoll
 die so lieblichen, ach wie lieblichen Bilder der preussischen Städte,
 die die Wände des Sitzungssaales schmücken, so daß er fast dem
 Borraum eines besseren photographischen Ateliers oder einem
 Saal der großen Berliner Kunstausstellung gleicht. Wenn das
 Zentrum nun von einem preussischen Eisenbahnminister, dessen
 Ressort die Schönheit doch amtlich nicht zugeteilt ist, Kesthetik
 verlangt, so sollte es auch einmal in seinem eigenen Gebiet,
 im Reichstage, den es regiert, eine empfindsame Reife machen
 und nicht zulassen, daß die Wandelhalle von einem banalen
 Marmorblock verunziert wird, der „Wilhelm den Großen“,
 vom Reichstag sich unwillig abwendend, darstellt, und der den
 in Wahrheit einzigen Raum in zwei Teile spaltet — eine
 ästhetische Barbarei, die wohl jeder schauernd empfunden hat,
 der nach den Ferien nichtsahnend die bekannte Halle betrat.

Nach dem schönheitsstrunkenen Sinn das gute Herz. Das
 bestätigte das Zentrum, indem es im Verein mit der Rechten
 wieder in der bekannten Art den Mittelstand rettete. Der
 gestern gekennzeichnete Antrag auf Verschärfung des W a r e n-
 h a u s t e u e r-Gesetzes gelangte zur Annahme. S i n t e r-
 d r e i n beschloß man dann auf Antrag der Nationalliberalen,
 durch eine allgemeine E n q u e t e die Zustände des gewerb-

Wen Mittelstandes festzustellen, insbesondere nach der Richtung, ob zurzeit ein Niedergang desselben stattfindet und auf welche Gründe er zurückzuführen ist. Eine probate Methode, jener gleich, die neuerdings von strebsamen Privatdozenten der Medizin vielfach praktiziert wird, die erst ein heilkräftiges Serum entdecken und hinterdrein das dazu passende Krankheitsbild.

Keine Mißstände im Bergbau.

Nach dem Muster der berühmten Untersuchungskommissionen kommt jetzt auch die Vergewerkschaftskommission des Abgeordnetenhauses zu der Ueberzeugung, daß die Ruhrbergleute herrlich und in Frieden leben und keinen Grund zu Klagen haben. Von der Festreise der Kommission berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Der Abg. Spahn, der die Arbeiterkolonie auf Minister Stein“ besuchte, erklärte freimütig, daß er so etwas doch noch nicht gesehen habe. Andere Abgeordnete, darunter eine Gruppe von Konservativen, kamen vor einem Ort mit 24 bis 25 Grad. Einige der Herren meinten, daß sie sich diese Temperatur viel schlimmer vorgestellt hätten und zugeben müßten, daß es bei heiligem Entzweiener viel schwieriger zu arbeiten sei. Im allgemeinen wurde zugegeben, daß Mißstände nicht von der Kommission beobachtet worden seien, daß man sich im Gegenteil die gesamte Lage der Arbeiterverhältnisse ganz anders vorgestellt habe.“

Derselben Ansicht, daß nämlich die Klagen der Bergleute unberechtigt seien, ist übrigens auch Minister Möller. Wie aus dem schriftlichen Bericht der Kommission hervorgeht, wehrte er sich sehr entschieden gegen den Vorwurf, die Regierung hätte den Unternehmern zugemutet, mit der Steuerverwaltung über die Forderungen der Bergarbeiter zu verhandeln. Man habe ihnen, so heißt es in dem Bericht, nicht zugemutet, über die Forderungen zu verhandeln, sondern eine Verhandlung generell stattfinden zu lassen für den ganzen Bezirk, um alle die hauptsächlichsten Einzelfragen zu behandeln, und, wie er überzeugt sei, im wesentlichen zu entkräften. Wenn man auf diesen Gedanken, den er gehabt habe, eingegangen wäre, so würde diese Aktion sehr wesentliche Grundlagen des Streiks beseitigt haben.

Es ist wirklich nicht einzusehen, was der „Verständigung“ zwischen Abgeordnetenhauses und Regierung noch im Wege steht.

Freisinnige Gegner des Privateigentums.

Aus einer schon erwähnten Schrift über den Bergarbeiterstreik, „Kraftprobe im Ruhrgebiet“, vom Arbeitersekretär Anton Erkelenz, herausgegeben vom Ausbreitungsverbande der deutschen Gewerksvereine (Girsch-Dunder) in Düsseldorf, zitieren wir folgende Stelle über die Wirkungen des heutigen Vergrechts:

„Findet der Schürfer Kohle, so hat er dies bei der Bergbehörde anmelden. Gegen Erlegung von 1,50 M. Stempelkosten, also im übrigen ganz kostenlos, erhält er dann das sogenannte Mutungsrecht, und zwar bis zu einer Ausdehnung von 2 189 000 Quadratmeter um das Bohrloch herum.“

Der Besitzer des Mutungsrechtes hat aber nun keineswegs die Verpflichtung, die gefundenen Kohlen auszubeuern, er kann das Feld ruhig liegen lassen, kann es auch verkaufen, und zwar so teuer wie er will, danach fragt der Staat nicht. Der Muter hat ferner das Recht, anderweitig erneut Kohle zu schürfen, und er kann sich so in den Besitz der Kohlen ganzer Länderstriche setzen, mit der einzigen Pflicht, für ein Gebiet in oben genannter Größe jedesmal 1,50 M. Stempelkosten zu bezahlen. So gibt es Gesellschaften, z. B. die Internationale Bohrergesellschaft in Erkelenz, die weiter nichts tut, als die Felder nach Kohle abzufuchen. Sie fördert selber keinen Zentner Kohlen, war aber trotzdem im vorletzten Jahre in der Lage, 35 Proz. Dividende zu verteilen und im letzten Jahre gar 75 Proz. Wie sie das macht? Nun, sie besitzt die Kohlenfelder, die ihr ganze 1,50 M. gekostet haben und verkauft diese an andere Gesellschaften zu horrenden Preisen. Was sie verkauft ist Naturprodukt, keines Menschen Hand hat daran je etwas verbessert, und doch ziehen die Besitzer der Aktien Millionen Gewinne daraus. Weiberg führt in seiner Prospektur: „Die Verstaatlichung des Bergbaues“ ein eklatantes Beispiel auf. Als die Bergbaugesellschaft „Concordia“ in Oberhausen im Jahre 1890 ihre Aktien an der Berliner Börse einführen wollte, hatte sie ein Aktienkapital von 6 500 000 M., davon betrug allein die Grubengerechtsame, also das Recht, die Kohlen aus der Erde zu holen, 3 750 000 M. Was also die Vorbesitzer für 1,50 M. vom Staat geschenkt erhalten hatten, das setzte man hernach in die Bilanz mit beinahe 4 000 000 M. ein. Und diese Summen müßten natürlich die Kohlenverbraucher verzinsen. In den allerletzten Tagen noch veröffentlichte der Bergwerksverein „König Wilhelm“ in Essen seine Bilanz pro 31. Dezember 1904. Sein Aktienkapital betrug 6 900 000 M., aber die Grubengerechtsame betrug allein 4 740 000 M. — mehr als zwei Drittel des Aktienkapitals, und diese Grubengerechtsame hat vielleicht ursprünglich ebenfalls nur 1,50 M. gekostet, natürlich zugunlich der Bohrlocher. Ein anderes Beispiel: Das noch in Geltung befindliche Vergewerkschreibrecht, das die Zahlung einer Vergewerkssteuer vor. Das heißt, für das Recht Kohlen zu fördern, erhob der Staat alljährlich eine Steuer. Im Jahre 1893 wurde durch den Handelsminister Freiherrn v. Berlepsch die Vergewerkssteuer aufgehoben, womit man doch den Grubenbesitzern ein Geschenk machte, während dieselben Leute zu gleicher Zeit über die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung klagen. Eine wie hohe Summe der Staat heute bei der gestiegenen Kohlenförderung aus dieser Vergewerkssteuer ziehen könnte, davon bringt Adolf Damaschke in seinem Buche: „Die Vordenreform“ einen klaffenden Beweis: „Im Jahre 1893 erhielt die Prinz Arenberg'sche Familie — einer dieser Arenberg ist heute Führer des Zentrums — als Ersatz für ihre in der Eifel gelegenen reichsummittelbaren Besitzungen, die an Frankreich fielen, die Ständeherrschaft Reddinghausen in Westfalen. Zu dem standesherrlichen Rechte gehörte auch das Recht der Erhebung von Vergewerkssteuern. Die Arenbergs waren zunächst gern bereit, auf dieses Recht zu verzichten. Noch im Jahre 1898 hot der damalige Herzog von Arenberg dem preussischen Staate die Abtretung dieses Rechtes gegen eine einmalige Entschädigung von 1000 Talern an. Der preussische Staat lehnte aber aus seiner falschen volkswirtschaftlichen Auffassung heraus das Angebot ab. Heute werden in der Ständeherrschaft Reddinghausen jährlich 7 000 000 Tonnen Kohlen gewonnen. Der Herzog von Arenberg beansprucht und erhält von jeder Tonne 80 Pf. Abgabe, das macht jedes Jahr 5 600 000 M. Erhöbe der preussische Staat von jeder Tonne Kohlen 80 Pf., und er könnte das ohne die Kohlen zu verteuern, so hätte er jetzt bei einer Gesamtförderung von 60 000 000 Tonnen jedes Jahr eine Einnahme von 48 000 000 M. Und alle diese Gewinne läßt man von den wenigen Grubenbesitzern einstreichen. Den Gipfel des Wahnsinns hat aber der preussische Staat noch in den letzten Jahren erreicht. Derselbe kaufte von Privatgesellschaften die Grubengerechtsame der Gewerkschaft „Vereinigte Glabbed“. Derselbe Gerechtsame, die er früher für vielleicht 1,50 M. ausgegeben hatte, nahm er jetzt für viele Millionen wieder zurück. Derselbe Unfinn zeigt sich bei der Vergewerkschaft „Gibernia“. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 60 000 000 M. Derselbe besteht aus neun Gruben, deren Gerechtsame vielleicht seinerzeit dem Staate 18,50 M. eingebracht haben. Heute stehen dieselben nach der letzten Bilanz mit 20 142 833 M. zu Buche, und der Staat, der diese „Gibernia“ kaufen will, ist bereit, diese Summe zu zahlen. Unter solchen Umständen muß man sich fragen, ob nicht Vernunft zum Unfinn wird. Wem gehören die Schätze, die in der Erde liegen? Gehören sie wenigen Besitzern oder allen Menschen zum gemeinsamen Gebrauch? auf Grund dieser allen zugehörigen Dinge die Massen der Menschen

auszubenten, ihre Tätigkeit zu besteuern mit einer Abgabe, die schwerer drückt als alle Staatssteuer? Ja, noch mehr als das. Die wenigen Grubenbesitzer können, wenn sie wollen, die ganze Förderung einstellen oder können noch viel höhere Preise nehmen, als sie es jetzt tun, alles das im Namen des dreimal geheiligten Privateigentums. Es muß einmal der zwingende Grundhaft aufgestellt werden, daß ein solches Verfahren direkt unbillig ist. Was an Naturschätzen vorhanden ist, das muß allen gehören und allen zur Verfügung stehen, was Menschen Arbeit gemacht, das sei privates Eigentum des einzelnen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, darf es kein Privateigentum an Naturschätzen geben. Produkte, die der Mensch herstellt, können beliebig erzeugt werden, Schätze der Erde sind feststehende Mengen, können durch keines Menschen Arbeit vergrößert werden. Sie tragen einen Monopolcharakter, denn in dem Augenblick, da die Kohlenstücke einzelnen Personen zugehören, gewinnen diese einzelnen eine überwältigende Macht über alle die, die nicht solche Schätze besitzen. Heute liegen die Dinge jedoch so, daß fast alle irgendwie erreichbaren Kohlenfelder, die Kohlen enthalten, genügend für viele hundert Jahre, sich im Besitz von Privatgesellschaften befinden. Alle Felder sind vergeben, und doch werden fast keine neuen Schätze tiefgebracht, weil dadurch dem Kohlenmarkt eine Konkurrenz erwachsen würde. Wir müssen deshalb und auf jeden Fall fordern, daß auf irgend einem Wege die Kohlenfelder wieder in den Besitz der Allgemeinheit gelangen.

Diese Ausführungen sind in mehrfacher Beziehung interessant. Zunächst allgemein ist ihr Inhalt geeignet, über einen Teil der Herkunft der Vergewerksgewinne Licht zu verbreiten. Wenn diese Tatsachen auch nicht gerade neu sind, so ist ihre Wiederaufrichtung gerade im gegenwärtigen Augenblicke wichtig genug. Interessanter ist aber, daß die Zusammenstellung und die daraus gezogenen Schlüsse auf die Verwerflichkeit des Privateigentums an den Bodenschätzen aus den Kreisen der Girsch-Dunder'schen Arbeiter kommen. Es sind politische Anhänger der freisinnigen Volkspartei, der Herren Eugen Richter und Müller-Sagan, die das Privateigentum an den Bodenschätzen als unbillig bezeichnen. Wer das Privateigentum an den Naturschätzen ablehnt, der muß logischerweise auch das Privateigentum am Grund und Boden ablehnen. Bis zur Ablehnung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln sind diese freisinnigen Arbeiter allerdings noch nicht gediehen. Immerhin: wenn der Monopolismus auf dem Gebiete der Kohlenproduktion ihnen die Einsicht in die Notwendigkeit der Aufhebung des Privateigentums an den Naturschätzen und insbesondere an den Kohlenstätten beigebracht hat, dann darf man hoffen, daß der sich weiter entwickelnde Monopolismus auf anderen Produktionsgebieten sie dahin führen wird, auch auf diesen Gebieten die Schädlichkeit des Privateigentums einzusehen. Mit etwas schärferer Logik könnten sie das heut schon aus denselben Gründen einsehen, aus denen sie es für die Kohlenindustrie einsehen, denn wenn auch die Schädlichkeit eines Privatmonopols ein zwingender Grund für die Beseitigung des Privateigentums ist, als die Nützlichkeit des Allgemeinbesitzes an allen Produktionsmitteln, so muß doch die Erwägung der Nützlichkeitsfrage am Ende zu demselben Resultat führen. Der Verfasser der Schrift erörtert ja auch die politische Seite der Frage und er ist sich klar darüber, daß der Bergbau auf keinen Fall dem reaktionären Dreilassenparlament überantwortet werden dürfe, sondern nur dem Reichstage oder den Bundesstaaten nur unter der Bedingung der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, das allein eine wirksame Kontrolle der Staatsbetriebe durch das Volk ermöglicht. Es bleibt dann also die Frage der wirtschaftlichen Nützlichkeit des Staatsbetriebes offen. Soweit sie für den Bergbau bejaht wird, kann sie für andere Großindustrien ähnlichen Umfangs nicht bestritten werden. Wer also das eine will, wird das andere logischerweise nicht ablehnen können. Nur wird er dann seine politische Vertretung nicht bei Eugen Richter suchen dürfen.

Deutsches Reich.

Wilhelmschavener Kaiserrede.

Nach der „Evangelischen Kirchenzeitung“ gaben wir eine Ansprache wieder, welche der Kaiser bei der Vereidigung der Rekruten in Wilhelmshaven im März d. J. gehalten haben soll. Wir hielten die Rede wegen ihres sehr sonderbaren Gedankenganges für unecht. Von offizieller Seite erfolgte keinerlei Aufklärung. Jetzt erhalten die „Verl. Neueste Nachr.“, wie sie sagen, durch einen Augen- und Ohrenzeuge der Vereidigungsfeier eine Zusage, in der eine Stelle des Textes der „Evang. Kirchenztg.“ bestritten, die übrigen Ausführungen jedoch als Keuperungen des Kaisers bestätigt werden. Zugleich unternimmt der Gewährsmann der „V. N. N.“ eine Erklärung dieser Wilhelmschavener Rede:

„Auf welche Weise der Bericht gerade in diese Kirchenzeitung gelangt ist und zu welchem Zweck, kann ich nicht sagen, doch behauere ich den Vertrauensbruch sehr, umso mehr, als die Verbreitung solcher für einen kleinen Kreis ex temporis (aus dem Stegreif) gehaltenen Ansprachen vom Kaiser nicht gewünscht wird.“

Bisher ist allen Vereidigungen nur eine christlich-religiöse Grundlage gegeben und sind fremde Nationen bei dieser Gelegenheit nie hier hineingezogen. Ich bin der Ueberzeugung, daß Se. Maj. auch diesmal nicht eine solche Absicht gehabt hat, aber er wurde durch die Rede des evangelischen Geistlichen hierzu geradezu gedrängt. Der Geistliche, welcher die aus der Kindes- und Vaterlandsliebe entspringenden vorzüglichsten Eigenschaften der Japaner in seiner Ansprache gerühmt, hatte — meinem Gefühl nach — den Eindruck hinterlassen, daß es ganz gleich sei, ob Christ oder Heide; Kindes- und Vaterlandsliebe allein seien schon genügend, solche gewaltigen Kriegstaten und Erfolge zu zeitigen. Um diesen von dem Geistlichen sicher nicht gewollten Eindruck nicht unwiderprochen zu lassen — so nehme ich an — begann Se. Maj. damit, die Rekruten sollten auch bei solchen gewaltigen Erfolgen nicht glauben, daß es gleich sei, Heide oder Christ, und es sei aus solchen Siegen nicht zu folgern, daß Buddha unserm Herrn Christus über sei usw.

Ich halte mich nicht für berechtigt, über die weitere Rede etwas zu sagen, jedoch ist der Satz: „Die Japaner wären eine Gottesgeißel wie einst Attila und Napoleon“ nicht geistreich. Vielmehr wurde ungefähr gesagt: „Als unser Volk nicht mehr den rechten Glauben hatte, als Hochmut und Hoffahrt bei uns herrschten, da sandte uns Gott Napoleon als Gottesgeißel, ebenso wie er in früheren Zeiten anderen Völkern den Attila mit seinen Hunnen geschickt hat.“

Ich glaube, daß die provokatorische Erwiderung Sr. Maj. keinen Anlaß bieten kann, daß die Japaner sich über diese Ansprache beschweren können. Besser wäre es vielleicht gewesen, wenn der Geistliche sich darauf beschränkt hätte, nur eine christlich-religiöse Ansprache zu halten und Anspielungen, die nachher ausgedeutet werden können, zu unterlassen.“

Also der Geistliche trägt die Schuld! Der Kaiser war „provokiert“ und die Ansprache war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Und das Wichtigste ist für den Gewährsmann der „Verl. N. N.“, daß die Japaner hoffentlich sich nicht beschwert fühlen und der deutschen Industrie die Aufträge verweigern.

Die Anschauungen des Kaisers selbst über Gottesgeißel und rechten Glauben können nämlich nicht besprochen werden, ehe die Offiziellen die Echtheit oder Unechtheit des Textes feststellen.

Verteilen wird bereits wieder eine angebliche Kaiserrede in der Strahrburger „Bürgerztg.“ mitgeteilt. Bei der Kritik über die Parade hat danach der Kaiser gesagt:

„Das russische Heer, welches bei Muden gefochten, sei durch Unfähigkeit und Alkoholgenuß — die betreffende Keuperung habe noch drastischer gelaute — entwertet. Nur so könne man sich die russische Niederlage bei Muden erklären. Deutschland habe, nachdem Rußland seine Schwäche gegenüber der gelben Weltfahrt gezeigt, unter Umständen die Aufgabe, der Ausbreitung dieser Gefahr entgegenzutreten. Die Offiziere und Mannschaften des deutschen Heeres sollten streng darauf halten, daß ihre Zeit gut ausgefüllt sei, damit sie nicht auf Unfähigkeit und Bällerei verfallen. Man solle die Mannschaften scharf anstrengen, damit sie keine Zeit hätten, an derartiges zu denken.“

Das klingt wiederum alles völlig unwahrscheinlich. Vielleicht meldet alsbald ein Ohrenzeuge, daß auch in Strahrburg der Kaiser mißverstanden sei, und daß auch die Russen keinen Anlaß haben, den deutschen Nachbarn zu zümen.

Militär-Pensiongesetz.

Die Budgetkommission des Reichstags trat am Donnerstag in die Spezialberatung zunächst des Gesetzentwurfs betr. die Pensionierung der Offiziere ein. Im § 1 des Regierungsentwurfs wurden auf Antrag des Zentrums, dem auch die Sozialdemokraten zustimmten, Änderungen dergestalt vorgenommen, daß die Pensionberechtigung nur bei dauernder Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Dienstes nach zehnjähriger Dienstzeit eintreten soll; ferner, daß die Pensionierung infolge Dienstbeschädigungen, ohne Rücksicht auf die Dienstzeit eintreten soll, statt, wie es im Entwurf heißt, auch bei kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit. Im § 2 des Entwurfs wird bestimmt, daß der Anspruch bei Dienstbeschädigungen innerhalb zwei Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Dienst erhoben werden muß; jedoch muß die Beschädigung vor dem Ausscheiden aus dem Dienst festgestellt sein. Mit Genehmigung der Militärbehörde kann jedoch von dieser Einschränkung (Bestimmung) abgesehen werden, wenn die Folgen einer Beschädigung sich erst später bemerkbar machen, bezw. wenn der Offizier von der Erhebung des Anspruchs abgehalten war, durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde beschloffen, daß in diesen Fällen von den oben erwähnten Einschränkungen abgesehen ist; das diskretionäre Ermessen der Militärbehörden wurde also ausgeschaltet.

Wesentlich verändert wurde der § 4 des Entwurfs, dessen erster Absatz in der Vorlage diesen Wortlaut hat:

„Zum Nachweise der Dienstunfähigkeit eines die Pensionierung nachsuchenden Offiziers ist die Erklärung des zuständigen Vorgesetzten erforderlich, daß er nach pflichtgemäßem Ermessen den Offizier zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes für unfähig hält.“

Vom Zentrum war folgende Fassung beantragt: „... ist die mit Gründen versehene Erklärung der zuständigen Vorgesetzten und ein Gutachten der zuständigen Ärzte erforderlich, daß sie den Offizier... für dauernd unfähig halten.“ Durch ein Amendement zum Zentrumsantrag wurde hinter dem Worte „Offiziers“ eingefügt: „der eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt hat.“ Weiter stimmte dann das Zentrum und mit ihm die übrigen bürgerlichen Parteien einer vom Abg. Dr. Mugdan beantragten Verschlechterung des erwähnten Zentrumsantrages zu, wonach statt eines Gutachtens der Ärzte in jedem Fall einer Pensionierung, welches nur erforderlich ist, wenn die Pensionierung auf Grund eines körperlichen Leidens beantragt wird. Diese Verschlechterung veranlaßte die Sozialdemokraten, gegen den § 4 zu stimmen. Es sei hierbei besonders hervorzuheben, daß der Zentrumsredner, Abg. Erzberger, selbst das schnelle Tempo der Verjüngung des Offizierskorps in Deutschland monierte und darauf hinwies, daß kein anderer Staat ein so junges Offizierskorps habe, als wie gerade Deutschland. Der Kriegsminister betonte, daß Offiziere nicht nur wegen körperlicher Mängel, sondern auch wegen Mangel an militärischen Fähigkeiten pensioniert werden müßten. Abg. Dr. Gradnauer sprach sich eindringlich für die ärztlichen Gutachten in jedem Pensionierungsfalle aus. Es bestehe heute sehr große Neigung, Offiziere wegen angeblichen Mangels an militärischen Fähigkeiten vorzeitig zu pensionieren. Der entscheidende über die Fähigkeiten? Nach dem Entwurf wieder nur ein einzelner Vorgesetzter. Es sei doch kaum anzunehmen, daß Offiziere, die bisher ihren Dienst ordnungsmäßig getan haben, plötzlich so völlig unfähig sein sollen. Wenn der Antrag, mehrere Vorgesetzte entscheiden zu lassen und in jedem Fall das ärztliche Gutachten zuzuziehen, auch kein vollkommenes Abhilfsmittel gegen vorzeitige Pensionierungen sei, so biete er aber doch eine gewisse Vorbeuge dagegen. Abg. v. Richtigofen sah in diesem Antrage eine Einschränkung der Kommandogewalt des Kaisers, zu deren Schützer und Anwalt er aufzutreten sich berufen fühlte. Eine Rolle, die jedoch der Kriegsminister mit auffallender Schärfe für sich reklamierte. Eine längere Debatte führte der § 5 herbei, der bestimmt, was als Dienstbeschädigung zu gelten hat. Die Fassung dieses Paragraphen legt von einer gewissen Generosität der Regierung Zeugnis ab, wie sie in den Gesetzesvorlagen zur Arbeiterversicherung vergeblich zu suchen ist. Der Paragraph fand schließlich gegen einige Stimmen des Zentrums Annahme.

„Der Kampf um die akademische Freiheit“, den die Studenten und einige Professoren offenbar ernst nehmen, obwohl oder weil nichts dahinter steht, nimmt seinen Fortgang. Auf einer außerordentlichen Versammlung deutscher Hochschulen in Weimar haben die Studenten beschlossen, daß „an dem altüberlieferten Recht der Studentenschaft, ihre Angelegenheiten im Rahmen der akademischen Befehle selbst zu ordnen“ nicht gerüttelt werden soll.

Die Herren protestieren, nachdem die akademische Freiheit der Wissenschaft und Lehre längst eingefahrt ist.

Ruhstrat-Dyfer. Aus Oldenburg wird berichtet: In dem Prozeß gegen den Kellner Meyer in der Angelegenheit Ruhstrat ist vom Landgericht die Anklage wegen Meineids beschloffen und die Verhandlung des Prozeßes dem Wälderburger Schwurgericht zugewiesen worden.

Der gänzlich unbescholtenen Kellner Meyer hat in dem tumultuarischen Dezemberprozeß Aussagen über die Spielartigkeit des Polenministers gemacht. Man scheint ihm eine Verwechslung von Polen und Lustige Sieben zum Vorwurf zu machen — und das soll nur der Meineid sein. Wie man richtig schwören muß und doch zugleich das Gegenteil der Wahrheit als öffentlichen Eindruck hervorrufen kann, das hat der Minister Ruhstrat durch die Tat gelehrt. Bevor man in Oldenburg schwört, sollte man bei dem Justizminister Unterricht nehmen; dann kann einem nichts passieren.

Eine Petition von Bergleuten aus dem Saarrevier, an das Abgeordnetenhauses gerichtet, führt Klage darüber, daß die Bergleuten gezahlte Invalidenpension im Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen zu gering sei, und daß, wenn sie bereit sind und in andere Berufe übergehen und in dieser Zeit Beiträge zur Invalidenversicherung zahlen, dann, wenn sie ganz invalide werden, keine Erhöhung ihrer Pension eintritt. Von der Regierung wurde erwidert, daß der erste Punkt der Beschwerde ungerechtfertigt sei, daß überdies die Zahlung der Pension auf Statut beruhe und nicht durch Gesetz eingegriffen werden könne, daß der zweite Beschwerdepunkt aber unrichtig sei, da in solchen Fällen die Pension um 2,40 M. monatlich erhöht werde. Trotz des Widerspruches der Regierung beschloß die Handels- und Verberkommmission des Abgeordnetenhauses Ueberweisung als Material für die Vorbereitung befindliche Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz.

Zum Hammerstein-Nachlaß. Die Mitteilungen des Preussischen Buches über ein Angebot an den Grafen Voith Eulenburg nach dem Sturz Caprivi's, das Reichsfinanzamt zu übernehmen, werden von mehreren Seiten als falsch bestritten.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger teilt mit, daß er sämtliche Vorschläge der preussischen Nobelle über die Bergarbeiterverhältnisse als Initiativantrag zur Gewerbeordnung bearbeitet habe und nun bei seinen fraktionsgenossen Unterschriften sammle. Ob das der Zentrumsfraktion sehr angenehm sein wird?

Der zur Ordnung gerufene Gemeinderat. Zwischen dem Rathaus Gemeinderat, in dem unsere Partei die Mehrheit hat, und dem Bürgermeister Kayser ist es zu einem Konflikt gekommen, der beweist, wie leicht die Vertreter der herrschenden Klassen sich über die einfachsten verfassungsmäßigen Pflichten stellen, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt, daß die Selbstverwaltung ihre Schuldigkeit tut. Der Bürgermeister besetzt gegenüber der Kritik von Gemeinderatsmitgliedern an Handlungen von Beamten die liebliche Gewohnheit, die Kritiker vor Gericht zu ziehen. Um solche Kritik den Gemeinderatsmitgliedern noch mehr zu verleiden, hat man zur Vertretung der Sache einen Rechtsanwalt bestellt, der augenscheinlich gefaschelte Rechnungen zu präsentieren versteht. Wegen aller dieser Vorgänge, über die seit längerer Zeit Erörterungen gepflogen werden, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolution im Gemeinderat eingebracht, aus der zugleich der Sachverhalt ersichtlich ist:

Im Hinblick auf verschiedene Strafprozesse wegen Beleidigung, die seitens des Herrn Bürgermeisters oder einzelner Beamten der Stadtverwaltung gegen Mitglieder des Gemeinderats angehängt worden sind, erinnert der Gemeinderat der Stadt Wilmshausen daran, daß der deutsche Reichstag in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen parlamentarischen Brauch als Voraussetzung jeder parlamentarischen Tätigkeit sich zur Regel genommen hat, die Zustimmung zu der Einleitung von Strafverfahren gegen seine Mitglieder zu verweigern.

Der Gemeinderat mißbilligt aufs schärfste, daß der Bürgermeister, Herr Kayser, durch die Einleitung von Offizialklagen gegen verschiedene Personen, welche Beschwerden gegen städtische Beamte veröffentlichten oder Gemeinderatsmitgliedern bekannt gaben, ohne jeglichen Versuch einer vorgängigen eigenen Untersuchung es ermöglicht hat, daß in der Form als Nebenkläger und Zeuge oder einfach als Zeuge der angeforderte Beamte in eigener Sache vor Gericht einen Eid für seine dienstliche Integrität oder Vollkommenheit leistet und dadurch andere, ihm ungünstige eidleuge Zeugenaussagen aufwiegt und illusorisch macht, wenn nicht gar durch die Vertreibung des einzigen Zeugen gegen ihn auf die Anklagebank jede zeugeneidliche Belastung für den Beamten von vornherein ausgeschlossen wurde.

Der Gemeinderat spricht ferner sein Erstaunen und seine schärfste Verurteilung darüber aus, daß der Beigeordnete, Herr Affessor Joepffel, bei privaten Beleidigungsprozessen gegen Gemeinderatsmitglieder in öffentlicher Gerichtsverhandlung an bedauerlichem Platze den Rechtsanwalt des Privatklägers durch Ehrenklägereien unterstützte und dadurch die Gerichtsverhandlung für den Privatinteressenten gegen das vom Gemeinderatsmitglied getragene öffentliche Interesse ungünstig beeinflusste.

Angesichts dieser Vorgänge erklärt der Gemeinderat, der sich erinnert, daß die staatliche Aufsichtsbehörde in dem nach der Wahl von 1902 eingetretenen Konflikt mit Bürgermeister Wid und dessen Freunden eine durchaus korrekte Haltung einnahm, daß das Vertrauen, welches vom Gemeinderat bei den der Regierung zur Befähigung gemachten Vorschlägen für die Wahl des Herrn Affessors Joepffel zum Beigeordneten und des Herrn Regierungsrats Kayser zum Bürgermeister diesen Personen ausgedrückt worden ist, heute nicht mehr vorliegt.

Der Bürgermeister Kayser wendet nun gegen diese Resolution, die ihm augenscheinlich unangenehm war, ein Mittel an, das einem Staatsrecht gleichwertig ist. Er erklärte, er werde die Resolution nicht zur Abstimmung bringen, denn der Gemeinderat habe kein Recht, dem Bürgermeister eine Rüge zu erteilen. Als der Bürgermeister bei dieser Weigerung verharrete, forderte der Genosse Emmel diejenigen Gemeinderatsmitglieder, welche für die Resolution seien, auf, sich von den Sägen zu erheben. Mit ein paar Ausnahmen erhob sich der ganze Gemeinderat. Der Bürgermeister aber bemerkte zu dieser Abstimmung: „Ja rufe diejenigen Herren, welche aufgestanden sind, zur Ordnung!“

An der demokratischen Abstimmung beteiligten sind auch Mitglieder der demokratischen Fraktion, die allerdings offiziell gegen die sozialdemokratische Resolution sich erklärt haben, weil sie ihnen im Schlußsatz zu scharf sei, dagegen das Verfahren des Bürgermeisters, einen von den Gemeinderatsmitgliedern eingereichten Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen, mißbilligen, ebenso wie auch sie protestieren gegen das Verfahren, seitens der Stadtverwaltung gegen Gemeinderatsmitglieder zu prozessieren.

Unsere Gegner versuchen die Philister mit einer kommenden Diktatur des Proletariats gränlich zu machen. Man sieht, daß ein staatsrechtlicher Bürgermeister des Gegenwartsstaates sofort bereit ist, als Diktator sich aufzuwerfen, wenn Sozialdemokraten Einfluß genug haben, um tatkräftig nach dem Rechten zu sehen.

Weitere 500 Mann für Südwesafrika.

Ueber eine neue Truppenendung nach Südwesafrika, die am 16. Mai erfolgen soll, wird berichtet:

Der Transport, der für Swatowund bestimmt ist, wird eine Stärke von 19 Offizieren, 20 Sanitäts-Offizieren, 2 Veterinären, 80 Mann Krankenpflegerpersonal, 2 Zahlmeister und 400 Reitern haben, einschließlich 2 Offiziere und 27 Mann für Feldtelegraphenzwecke. Dem Transport werden auf dem Dampfer „Eduard Weormann“ weitere 2 Offiziere und 32 Mann als Verstärkung für die Feldsignalabteilung angeschlossen.

Danach werden also ohne Krankenpflegerpersonal 477 Mann nach dem Kriegsschauplatz geschickt, also eine weit bedeutendere Truppenzahl, als für die monatlichen Ersatztransporte vorgeesehen war. Das Abenteuer wird also immer noch kostspieliger!

Berlin, 11. Mai. (Amtliche Meldung.) Im Norden hat der in Ostjimbunde stehende Hauptmann Wilhelm eine Postierung nach Epata vorgeföhren. Von dort soll am 18. Mai ein Detachement unter Hauptmann Rembe den Eisb abwärts bis in die Gegend von Glaubuschpante an der englischen Grenze vorstößen.

Im Süden hatte Oberleutnant v. Wilow am 27. April bei Guams ein siegreiches Gefecht gegen eine fünfmal überlegene Vethanierbande unter Cornelius. Der Gegner verlor 6 Tote. Diesseits fielen Oberleutnant v. Wilow und 2 Reiter. Schwerverwundet wurden 4 Reiter.

Cornelius wurde anschließend am 1. Mai bei Kumalams am oberen Antip geföhren, wie bereits gemeldet ist.

Major v. Gtorff verbleibt zunächst am Kuob in der Gegend von Kowes-Gochas und läßt erneut bis zur Grenze auf, um den derzeitigen Aufenthaltsort Hendrik Witbois festzustellen.

Ueber die Operationen an den Karasbergen liegen neue Nachrichten nicht vor.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Generalfreik in Ofeg, von dem der Telegraph schon kurz berichtete, ist direkt in die Prokolation der Polizei zurückzuführen. Diese strengte nämlich das Streiklager der Tischler, um dadurch den Ausstand derselben womöglich zu unterdrücken. Als Antwort auf diese Gewalttat erklärte die gesamte Arbeiterschaft von Ofeg den Generalfreik. Man schätzte die Zahl der Streikenden auf 3000, aber immer neue Gruppen schloßen sich an. Selbst die Druckereiarbeiter hatten, entgegen ihrem sonstigen Verhalten, sich mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch erklärt. So erschienen keine Zeitungen und auch der gesamte Verkehr war ins Stocken geraten. Die geplanten Arbeiterversammlungen unter freiem

Himmel wurden durch Polizei und Militär verhindert. Zahlreiches Militär ist in der Stadt zusammengezogen.

Inzwischen soll der Generalfreik bereits wieder für beendet erklärt worden sein.

Der Bizebürgermeister von Wien, Josef Strohbach, ist in der letzten Nacht gestorben. Strohbach war christlichsozialer Führer, eines der willfährigsten Werkzeuge Luegers. Als Lueger zum Bürgermeister von Wien gewählt war und die Wahl nicht bestätigt wurde, wurde Strohbach zum Bürgermeister gewählt und auch bestätigt. Er trat von diesem Posten zurück, als Lueger später in Gnaden angenommen wurde. Strohbach war der unjehupathischste Typus des Wiener Radanantifemiten.

Niederlande.

Das Volkserbammungs-Gesetz, das die jährliche Staats-Unterstützung der „freien“, das heißt kirchlichen Schulen um zwei Millionen Gulden erhöht, ohne die nötigen Garantien für ausreichenden Unterricht zu bieten, ist am Dienstag mit 56 gegen 38 Stimmen von der Zweiten Kammer angenommen worden. Ohne Zweifel wird diese famose Revision des Schulgesetzes auch die Billigung der Ersten Kammer finden, die ja als ein gefügiges Werkzeug der kirchlichen Regierung bekannt ist.

Amerika.

Roosevelt gegen die „Gewalttätigkeiten“ der Gewerkschaften.

Das „Volkliche Bureau“ meldet vom 11. Mai aus Chicago: Präsident Roosevelt besprach gestern abend im Troquois Club die Frage der Bundesaufsicht über die Bahnen und sagte, er glaube an die Trufts als unentbehrliche Einrichtungen des modernen Industriemus. Er glaube auch an die Verechtigung der Gewerkschaften, doch mächten diese in strenger Verantwortlichkeit gegenüber der Macht des Gesetzes gehalten werden. Was die Ausstände angehe, so sei es nötig, die Gesetze aufrechtzuerhalten und Gewalttätigkeiten zu unterdrücken; pöbelhafter Geist dürfe niemals in Amerika obliegen.

Bei den Gewalttätigkeiten des Unternehmertums, z. B. in Colorado, hat der Präsident seine derartigen verdamnenden Worte über den „pöbelhaften Geist“ gefunden!

Die französische Neutralität.

Tokio, 11. Mai. Das Blatt „Ritschi-Ritschi-Schimbu“ sagt: Japan hat das Recht, zu fordern, das England die Bestimmungen der Allianz zur praktischen Anwendung bringe, da die französische Duplizität den Anlaß dazu gebe. Japan sei berechtigt, anzunehmen, daß Frankreich die Unterstützung Rußlands beabsichtige.

Die französischen Sozialisten fahren fort, energisch gegen die Verletzung der Neutralität durch die französische Regierung zu protestieren. So veröffentlicht in der „Humanité“ der Genosse Gabriel Bertrand einen Artikel, in welchem er scharfe Angriffe gegen die Politik Delcassés richtet. Seine Darlegungen gehen unter anderem dahin, daß die Beweggründe der französischen Regierung für ihre Haltung außer der Freundschaft für Rußland der Haß gegen die gelbe Rasse seien. Durch diese Politik der Regierung werde systematisch darauf hingearbeitet, den blutigen Konflikt, der in Asien ausgebrochen werde, auch auf Europa zu übertragen. Diese Haltung werde dazu beitragen, in Japan einen starken Haß gegen Frankreich zu nähren, wodurch die Interessen der französischen Nation in starkem Maße geschädigt würden. Auch Jean Longuet wendet sich in einem Artikel gegen die Neutralitätsverletzung. — Die Regierung veröffentlicht eine Note, in welcher sie nachzuweisen sucht, daß sie alles getan habe, um die Neutralität zu wahren. Entgegen den bekannnten Tatsachen wird behauptet, daß die russische Flotte die französischen Gewässer sofort verlassen habe, nachdem der französische Gouverneur hierzu aufgefordert hatte. Die russischen Schiffe haben zwar in der Kamranh-Bay Kohlen eingenommen, aber sie hätten drei Seemeilen außerhalb der französischen Neutralitätsgrenze gelegen. (Das mag wohl stimmen, man hat eben die Kohlen schiffe aus den französischen Häfen hinausfahren lassen.) Die französische Regierung habe die nötigen Schritte getan, schon bevor die japanische Regierung hierzu aufgefordert habe. Auch bei der Kohlenverladung haben die französischen Behörden nicht den unartigen Zuschauer gespielt, der russische Admiral aber habe sich um die Maßnahmen der Franzosen nicht gekümmert.

Russische Spione?

Paris, 11. Mai. Die den Blättern aus Tokio gemeldet wird, ist der dort mit seinem Schwiegersohn Strange wegen Spionageverdachts verhaftete Franzose Vouguin früherer Fregattenkapitän gewesen. In seinem Hause wurde während seiner Abwesenheit von der Polizei eine Untersuchung vorgenommen. Er ist beschuldigt, für Rechnung Rußlands Spionage getrieben zu haben. Der französische Militärattaché, welcher der Brautgarn der Tochter Vouguins ist, unternahm Schritte, um die Freilassung der beiden Verhafteten zu erlangen.

Tokio, 11. Mai. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Der frühere Schiffingenieur in der japanischen Marine Iwasaki ist im Zusammenhang mit der Vouguin-Affäre verhaftet worden. Iwasaki, der im letzten Jahre wegen anerkannt schlechter Führung von der Marine entlassen und seines Ranges für verlustig erklärt war, ist schon seit langer Zeit von der Polizei beobachtet worden.

Landoperationen.

Nach einer Meldung soll ein allgemeiner japanischer Angriff gegen die Arme Linewitschs unmittelbar bevorstehen. Einstweilen liegt nur folgende Nachricht über Vorpöstengefächte vor:

Petersburg, 11. Mai. Ein Telegramm des Generals Linewitsch an den Kaiser von vorgestern meldet: Am 7. Mai wurden unsere Vorpösten auf der Linie Podhsytsch-Schibny von feindlicher Kavallerie angegriffen, die Japaner wurden unter Kreuzfeuer zurückgeschlagen. Am 8. Mai erneuerte der Feind seinen Versuch, unsere Vorpösten nach Norden zurückzudrängen, aber ohne Erfolg. Eine russische Kavallerie-Abteilung drang am 9. Mai bis zu den von den Japanern besetzten Höhen von Schahajeh vor. Durch Artilleriefeuer und eine Umgehungsbeziehung wurden die Japaner gezwungen, sich auf das Dorf Simanzu zurückzuziehen. Nachdem sie auch aus diesem Dorfe vertrieben waren, gingen sie bis zu dem Dorfe Madiopa zurück.

Russische Schiller-Demonstrationen.

Wie uns aus Weimar telegraphiert wird, hat in Rußland der Schillerlag zu oppositionellen Kundgebungen Anlaß gegeben.

Nach Weimar wurden die folgenden Telegramme gesandt: In den Tagen der gegenwärtigen Freiheitsbewegung in Rußland denkt die russische Literaturredaktion an der Universität Moskau in dankbarer Ehrfurcht der Verdienste des genialen deutschen Dichters als eines der größten Vorkämpfer für Freiheit und heilige Menschenrechte.

Ferner telegraphierte der Rektor der Universität Moskau in dankbarer Anerkennung der hohen Bedeutung von Schiller für die Kulturbewegung der russischen Gesellschaft, welche sich immer an den Schöpfungen des großen deutschen Dichters-Idealen begeistert hat. Es vereint die kaiserliche Universität Moskau ihre Stimme mit dem allgemeinen Chor der Begrüßung des Hundertjahr-Jubiläums des genialen Sohnes der großen und benachbarten Nation.

Judenheke.

Petersburg, 10. Mai. (Offizielle Meldung.) Aus Schitomir wird über die dortigen gegen die Juden gerichteten Unruhen berichtet: Die Unruhen begannen am 6. Mai, indem auf Israeliten, welche auf dem Leterew Boot fuhren, von Christen mit Steinen geworfen wurde. Die 2 tauchten an-

worteten mit Schüssen, durch welche einige Leute verwundet wurden. Das Gerücht von dem Geschehenen verbreitete sich sofort in der Stadt. In der Vorstadt Pawlikowka kam es zu Ansammlungen der Israeliten einerseits und der Christen andererseits. Die Unruhen wurden jedoch sofort unterdrückt. Ein Israelit wurde zufällig (1) von einem Pferd getötet. Am 7. Mai wurden bei einem Zusammenstoß von Christen und Juden auf dem Hauptplatze der Stadt zwei Christen und einige Israeliten getötet. In Podola sind gleichfalls einige der Erschlagenen und Verwundeten Israeliten. Die Menge wurde durch Truppen zerstreut, welche dabei mehr als vierzig Christen festnahmen.

Am 8. Mai führten kleinere Haufen des niedersten Volkes einige Nordlatten aus und zerstörten den Juden gehöriges Eigentum, namentlich an der Stadtgrenze. Am 9. Mai war die Stadt ruhig; es wurde nur ein Jude leicht mißhandelt und zwei jüdische Häuser im Borote Kroschna wurden zerstört.

Die Garnison von Schitomir besteht gegenwärtig aus drei Regimentern Infanterie, einer Batterie reisender Artillerie und zwei von auswärts herbeigezogenen Schwadronen Dragoner.

Charakteristisch für den offiziellen Stil ist, daß die Zahl der getöteten Christen genau angegeben ist, hinsichtlich der gemordeten Juden aber immer von „einigen“ die Rede ist. Was liegt daran, ob ein Jude mehr oder weniger dem vom Zarismus bewaffneten und bezahlten Gefindel zum Opfer fällt!

Dunkle Meldung.

Petersburg, 11. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, demonstrieren gestern gegen 3000 Arbeiter, die der Polizei bei der Festnahme berüchtigter Diebe Widerstand leisteten, die unter dem Namen Kisselewschewskaja bekannte Verbrecherherberge, töteten einen Dieb durch Fußtritte und schleuderten einen zweiten durchs Fenster auf den Hof. Das ganze Haus wurde abgebrannt und jeder Dieb hart gemißhandelt (??).

In einer Tresor-Abteilung des Moskauer Bankhauses Oshmagarow wurden sechs einsündige Bomben gefunden. Als Mieter der Abteilung ist hier ein Revolutionär verhaftet worden, bei dem die bis Mai gültige Mietsquittung gefunden wurde.

Die Beschlüsse des Semstwo-Kongresses.

Moskau, 11. Mai. Der Semstwo-Kongress beschloß bezüglich der Kommission unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Wulgin, welche den Entwurf einer „Volkvertretung“ auszuarbeiten hat, daß die Semstwo-Vertreter daran nur teilnehmen sollen, wenn sie als Vertreter der Semstwo dazu gewählt werden, nicht aber auf Berufung der Regierung.

Aus der Partei.

Peus und die Umsatzsteuer.

Genosse Peus antwortet auf unsere Kritik seiner Umsatzsteuerpläne für Konsumvereine, jedoch nur auf die Bemerkung über die Benennung der Steuer als Vermögenssteuer. Er schreibt:

Der „Vorwärts“ weiß doch auch, daß man die Vermögenssteuer, welche den Grund-Zuwachswert eskamotieren soll, auch Umsatzsteuer nennt. Gewiß ist das wieder ganz was anderes. Aber es zeigt nur, daß Name und Besteuerungsmodus noch nichts über den Besteuerungsgrund besagen. Die Vermögenssteuer-Forderung des sozialdemokratischen Programms hat allerdings mit den Umsatzsteuerplänen nichts zu tun, die die Reaktionen im Schilde führen. Das steht aber auch gar nicht in Frage. Es fragt sich nur, ob nicht der Konsumverein auch aus Gerechtigkeitsgründen eine Vermögenssteuer von dem ganzen, seinen produktiven Zwecken gewidmeten Kapital zahlen muß, wenn das sonst auch gefordert wird. Das durch das Konsumvereinskapital möglich werdende Einkommen ist eben auch Kapitaleinkommen. Wenn eine antikapitalistische Tendenz, die das Arbeitseinkommen schonen will, auch Konsumvereine trifft, darf sie deshalb nicht unangewendet bleiben sollen. Wenn z. B. eine Gebäudesteuer nach dem gemeinen Werte eine berechnigte Steuer ist, kann sie ihre Verechtigung nicht dadurch verlieren, daß das Gebäude von seinem Besitzer selber bewohnt wird.

Eben weiß der Name nicht tut, deswegen ist es auch ganz unsichtlos für Peus, wenn er seine unhaltbare Position durch Aufsteden einer anderen Firma zu retten sucht; deswegen hilft es ihm nichts, wenn er die in Frage stehende Steuer auf den Umsatz der Konsumvereine, deren Wesen bekannt ist, mit der Vermögenssteuerforderung des sozialdemokratischen Programms gleichsetzt. Wie sehr er im Dunkeln tappt, zeigt der Satz, den wir durch Fettdruck herborgehoben haben. Ein Konsumverein, soweit er lediglich Waren einkauft und an seine Mitglieder abgibt, hat überhaupt kein Einkommen, also auch kein Kapitaleinkommen. Was als Differenz zwischen Einkaufspreisen und Ankosten auf der einen Seite und Verkaufspreisen auf der anderen Seite übrig bleibt, das haben die Mitglieder zu viel ausgegeben von ihrem persönlichem Einkommen, das zumeist reines Arbeitseinkommen ist. Dieses „Einkommen“ des Konsumvereins wird umso größer, je höher er die Verkaufspreise ansetzt, und da das „Einkommen“ des Vereins den Mitgliedern gehört, so hätten sie nach der Beweisführung des Genossen Peus ein umso höheres Einkommen, je mehr sie von ihrem individuellen Einkommen unangewendet ausgeben infolge zu hoher Vereinswarenpreise. Wenn sie für ein Pfund Brot 10 Pfennige bezahlen statt 8 Pfennige, dann steigern sie nach Peus ihr Einkommen. Das „Einkommen“ des Konsumvereins entsteht erst aus dem Einkommen der Mitglieder, und zwar ganz unmittelbar, und die Besteuerung des Konsumvereins bedeutet nur, daß die Mitglieder den Teil ihres Einkommens, den sie in Form zu hoher Warenpreise in den Verein sparweise einzahlen, doppelt versteuern müssen und zwar umso stärker, als die zusammengelegten Sparteile der einzelnen Mitglieder als Gesamtsumme von der Progression betroffen werden.

Der Verbandstag der Konsum- und Produktivgenossenschaften von Rheinland und Westfalen, der gerade jetzt tagt, nahm mit folgender einstimmig angenommenen Resolution zu der Angelegenheit Stellung:

„Inhichtlich der Besteuerungsfrage der Konsumvereine kann der Verband rheinisch-westfälischer Konsum- und Produktivgenossenschaften keinen anderen Standpunkt einnehmen, als er seit Jahren von den Konsumvereinen vertreten wird. Das Verhalten von Peus im Landtage von Anhalt-Dessau in der Besteuerungsfrage der Konsumvereine wird deshalb aufs schärfste verurteilt. So dankbar der Verband jede Mitarbeit begrüßt, verachtet er jedoch auf die Mitarbeit von Peus. Dem allgemeinen Genossenschaftstag soll diese Resolution ebenfalls unterbreitet werden.“

Der Generalsekretär der französischen Bergarbeiter, Cotte, ist vor einigen Tagen in Paris gestorben. Er war zugleich Redakteur des Fachblattes der Bergarbeiter, bekannt als feuriger Redner und geschickter Agitator.

Parlamentarisches.

Die Kommission für die Maß- und Gewichtsordnung hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung ab. In der Generaldiskussion bemerkte u. a. Stolle (Soz.): Die Kommunen verschiedener deutscher Städte wenden sich sowohl gegen die Abkung als auch gegen die Nachbildung der Gasmesser. Ferner müssen die Originalgebände, in denen Wein eingeführt wird oder dann hier umgefüllt und im Inlande verkauft wird, dem Abgang unterstellt werden. Eine weitere wichtige

Frage ist die Festsetzung der Gebühren für die Auktion und die Kadastralung; es geht nicht an, wie § 14 vorsteht, die Festsetzung dem Bundesrat zu überlassen. — Staatssekretär v. Posadowski wendet sich gegen die Entschädigungspflicht des Reiches gegenüber den Kommunen, Gebühren sollen nur erhoben werden, um die Selbstkosten zu decken. Die Festsetzung der Gebühren muß dem Bundesrat überlassen werden, bei einem einheitlichen Satz kann es leicht dazu kommen, daß die Einzelstaaten noch Zuschüsse leisten müssen. Der Gesetzentwurf enthält schon eine wesentliche Verbesserung, indem er die Festsetzung der Gebühren aus der Hand der Normal-Auktionskommission nimmt und in die Hände des Bundesrats legt. — Müller-Sagan: Die Städte, die ein eigenes Auktionsamt haben, rechnen mit diesen Einnahmen und es wird ihnen sehr schwer fallen, das dann entstehende Defizit zu decken. Dasselbe (S.): Wenn ein Garantien gegeben werden, daß der § 14 im Sinne der Ausführungen des Staatssekretärs ausgelegt würde, könnten die Bedenken fallen gelassen werden, aber nach dem Staatssekretär kommen andere Männer, die einmal eine Einnahmequelle daraus herleiten können.

Nach weiterer Diskussion, an der sich Stolle, Dirl und verschiedene Regierungsvertreter beteiligten, wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion werden ohne wesentliche Debatte die §§ 1—5 angenommen. § 6 lautet: „Auf dem Prinzip der Geschwindigkeit aufgetragene Wehrinterimente (Wassermesser) sollen nicht unter diese Bestimmungen.“ Stolle (Soz.) fragt an, ob auch die Förderwagen im Bergbau mit in das Gesetz einbezogen sind. Ein Regierungsvertreter führt aus, daß die Förderwagen wohl unter das Gesetz fallen, aber von Seiten der Fabrikanten ist der Wunsch geäußert, dieselben herauszunehmen, da diese Materie im preussischen Abgeordnetenhaus ihre Erledigung finden soll; es wird Aufgabe des Bundesrates sein, hier einen Ausgleich zu finden, ebenso in bezug auf das metrische Maß in der Textilindustrie. S. u. eil (Soz.) betont, wie gerade hier die Interessen der Arbeiter gewahrt werden müßten, und bedauert das Vorgehen des preussischen Abgeordnetenhauses. Staatssekretär v. Posadowski meint, es liegen zwei ganz verschiedene Fragen vor. Solange nicht eine internationale Regelung festgefunden hat über das metrische Maß, habe der Fabrikant das Recht, auch nach englischen oder französischen Mäßen die Berechnung vorzunehmen. Im übrigen gehöre diese Frage unter die Gewerbeordnung. — Nächste Sitzung Freitag, den 12., vormittags 10 Uhr.

Die Toleranz-Kommission beendet in heutiger Sitzung ihre Arbeit. Die in zweiter Lesung eingelegte Gesetzesvorlage „Betreffend die Freiheit der Religionsübung“ wurde in ihren einzelnen Paragraphen nur noch redaktionell geändert. Seitens der Wirtschaftlichen Vereinigung fand man es für notwendig, die Erklärung abzugeben, daß die Anhänger ihrer Gruppe nicht für das Gesetz stimmen könnten. Vom Zentrum wurde noch die bemerkenswerte Tatsache erwähnt, daß durch Verträge mit anderen Staaten das Deutsche Reich in die Lage gekommen ist, dem Ausländer in Deutschland mehr religiöse Freiheit zu gewähren, als den Deutschen selbst. —

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Vergarerechnelle betreffend die Stilllegung der Zechen setzte am Donnerstagabend ihre Beratungen beim § 65e fort, der bestimmt, daß die Anordnung der Zwangsverwaltung hinsichtlich wird, wenn sie nicht binnen dreier Monate nach Rechtskraft des Anordnungsbeschlusses durchgeführt wird. Der Paragraph wurde debattelos angenommen, ebenso die §§ 65f, g, h und i, welche die näheren Bestimmungen über die Zwangsverwaltung enthalten. § 65k, der von der Übergabe des Bergwerks in Zwangsbetrieb handelt, bestimmt am Schluß, daß der Revierbeamte bei Widerstand auch zur Anwendung von Gewalt befugt sein soll. Dieser Satz wird als überflüssig gestrichen. Zu bemerken ist, daß alle diese Paragraphen eben nur bei Ausführung des Zwangsverfahrens zur Anwendung kommen. Da dieses aber in der letzten Sitzung mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde, so haben die darüber gefaßten Beschlüsse nur die Bedeutung von Eventualbeschlüssen. Im § 65l wird die eventuelle Anordnung polizeilichen Zwanges zur Durchsetzung der Auslieferung aller auf den Betrieb des Bergwerks bezüglichen Schriftstücke und Pläne mit 13 gegen 13 Stimmen gestrichen.

Die §§ 65m und n, die die Pflichten des Zwangsverwalters regeln und die Regeln für die Beendigung des Zwangsbetriebes enthalten, werden ohne Aenderung angenommen. § 65o handelt von der Verpflichtung des Bergwerksbesizers zur Vorschussleistung beim Zwangsbetrieb; an dessen Stelle kann auch der Vorbesitzer und event. der Staat herangezogen werden, wenn der Eigentümer versagt. Von freiservativer Seite wird der Antrag gestellt, den Vorbesitzer von dieser Verpflichtung zu befreien. Der Finanzminister widerspricht dem, die Bestimmung sei notwendig, um Streikmänner auszuschließen und auch einen böswilligen Vorbesitzer fassen zu können. Ferner wird betont, daß es sich beim Zwangsbetrieb doch nur um rentable Bergwerke handeln solle; habe man sich darin versehen, so sei es auch billig, daß der Staat die Kosten übernehme. Endlich habe auch der Besitzer das Recht, jeden Augenblick auf sein Eigentum zu verzichten.

Bei der Abstimmung wird die Bestimmung der Vorlage gestrichen; es hat also nur der Eigentümer die Kostenvorschüsse zu leisten.

Die §§ 65p und q werden unverändert angenommen. Sie treffen Vorschriften für den Fall, daß das Bergwerk den Besitzer wechselt oder daß der Verwalter des Bergwerks und sein Eigentümer verschiedene Personen sind. § 65r schließt Schadenersatzansprüche gegen den Staat auf Grund der Bestimmungen über die Zwangsverwaltung aus. Demgegenüber wird von konservativer Seite der Antrag gestellt, daß der Schaden, der durch Anwendung des Gesetzes entsteht, vom Staate getragen werden solle. Dagegen erhebt der Finanzminister lebhaften Widerspruch. Er habe persönlich nichts dagegen einzuwenden, daß § 65r gestrichen werde, denn dann bleibe der jetzige Rechtszustand bestehen; aber es sei durchaus unzulässig, den Staat rechenschaftlich zu machen. Nehme man den konservativen Antrag an, so gefährde man das Gesetz aufs äußerste. An den Antrag schließt sich eine ausführliche Debatte über die Voraussetzungen, unter denen der Staat sonst ersatzpflichtig ist.

Zuletzt wird der konservative Antrag, von dem der Antragsteller erklärt, daß er ihn nur für seine Person vertrete, mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt, der § 65r in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Die Weiterberatung wird darauf Freitag, vormittags 11 Uhr, verlag.

Aus Industrie und Handel.

Neue Banknoten. Der Reichstag wird sich noch vor den Pfingstferien mit einem ihm in den nächsten Tagen zugehenden Gesetzentwurf zu beschäftigen haben, durch welchen die Reichsbank zur Ausgabe kleiner Banknoten von 50 und 20 M. ermächtigt werden soll. Es würde damit der Reichsbank dieselbe Befugnis zu teil, welche die großen Zentralnotenbanken anderer Staaten längst besitzen.

Die neuen Noten werden in den im Verlegete bezeichneten Beträge der im Umlauf befindlichen Banknoten eingerechnet, so daß die bankmäßig vorgeführte Deckung sich auf sie mit erstreckt und der metallische Grundcharakter des deutschen Geldumlaufs durch die Notenausgabe in keiner Weise berührt wird. Nach der Einstellung der fünfzig- und Zwanzigmarknoten werden diese im Verlegete die Stelle der entsprechenden Reichskassenscheine vertreten; es ist daher in Aussicht genommen, die Kassenscheine über 50 und 20 M. einzuziehen und an ihre Stelle solche von 5 und 10 M. treten zu lassen.

Erweiterung der Verkehrslinien der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn. In der gestrigen Generalversammlung der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin, die den Rechnungsabluß der Verwaltung einstimmig genehmigte, machte Herr Direktor Wittig in Ergänzung des Geschäftsberichts einige nähere Mitteilungen über die Ausführung der geplanten Erweiterungslinien. Die Linie Knie und Wilhelmplatz soll, wie er erklärte, noch vor Ablauf

des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden. Und wenn die Vorschläge der Direktion bezüglich der Weiterführung der Bahn nach Westend von der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung angenommen werde, dann könnte der Tunnelbau bis 1906 beendet sein und auch auf dieser Strecke voraussichtlich bereits im Jahre 1907 der Betrieb eröffnet werden. Betreffs der Verlängerung der Bahn von der Station Potsdamer Bahnhof bis zum Spittelmarkt sei, wie bekannt, von der Stadt Berlin eine Unterkommission eingesetzt und ließe sich heute das Resultat der Verhandlungen noch nicht absehen; jedoch habe die Gesellschaft schon jetzt Vorzüge getroffen, daß bei Errichtung der beiden großen Neubauten am Leipziger Platz, des Warenhauses Wertheim und des Hotel Asinger, die Durchdringung mit ausgeführt werde, weil sonst die Fortführung der Bahn über den Leipziger Platz für alle Zeiten abgeschnitten sein würde. Die Weiterführung der Untergrundbahn vom Spittelmarkt zum Alexanderplatz sei für später in Aussicht genommen, doch siehe wieder über die Linienführung noch über die Bedingungen bis jetzt näheres fest.

Die Kündigung des englisch-kontinentalen Schiffsahrtsvertrages durch die White Star- und American Linie hat an der Hamburger Börse wenig Eindruck gemacht, da man eine größere Schädigung der Hamburg-Amerika-Linie von dieser Maßnahme nicht befürchtet. Derselbe Auffassung besteht dem Anschein nach in Bremen, denn der Telegraph meldete von dort: Der aus Liverpool gemeldete Austritt der White Star-, der Dominion- und der American-Linie aus den Tarifverträgen sowohl für erste und zweite, als auch dritte Klasse wird für die kontinentalen Schiffsgeellschaften, mit welchen die betreffenden Abkommen bisher bestanden, keine weiteren Folgen haben, denn die Kapitalsehre ihrer Dampfer sind schon seit etwa 6—8 Wochen für das Jahr 1905 nahezu sämtlich in, insbesondere für die Fahrt von Amerika nach Europa. Ein etwaiger Versuch der vom Verträge zurückgetretenen Linien, die Kapitalsehre herabzusetzen, würde allen den Betreffenden selber schaden, nicht aber den kontinentalen Linien, welche so gut wie keine Blöße mehr zu verlaufen haben. Was die Zwischenbedeure betrifft, so sind die bestehenden Abmachungen unter den wichtigsten am Zwischenbedeure beteiligten Linien Würgschaft dafür, daß keine Komplikationen durch das Vorgehen der oben genannten Linien geschaffen werden können.

Gewerkschaftliches.

Zum fünften Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Delegierten, welche ihre Meldefarte noch nicht an das Lokalkomitee in Köln abgehandelt haben, werden dringend ersucht, dies unverzüglich zu tun, weil sonst nicht darauf zu rechnen ist, daß allen Delegierten eine ihren Wünschen entsprechende Wohnung besorgt werden kann.

Auch die Delegierten, die sich selbst eine Wohnung beschaffen wollen und auf die Versorgung einer solchen durch das Lokalkomitee verzichten, müssen ihre Meldefarte an die angegebene Adresse senden.

Nur den Delegierten, die sich bei dem Lokalkomitee gemeldet haben, werden vor ihrer Abreise von der Heimat der von dem Lokalkomitee herausgegebenen „Führer durch Köln“ und die Drucksaften, die dem Gewerkschaftskongress vorgelegt werden, zugesandt.

Die Versendung dieses Materials erfolgt am Dienstag, den 10. Mai. Bis dahin muß spätestens die Meldung bei dem Lokalkomitee erfolgt sein. Die Adresse desselben ist:

Th. Bartels, Im Reichserhof 49 II, Köln a. Rh.

Von Donnerstag, 18. Mai ab, befindet sich das Bureau des Lokalkomitees in der „Gladbachstraße“, Laurenzplatz 4 (am Mollendenkmal, 5 Minuten vom Bahnhof). Am Donnerstag, 18. und Freitag, 19. Mai ist das Bureau von 11—1 und von 5—8 Uhr, am Sonnabend, 20. und Sonntag, 21. Mai von morgens 9 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Die „Gladbachstraße“ ist gleichzeitig Empfangslokal für die Delegierten. Diese können dort gegen Ablieferung ihres Mandates ihre Delegiertenkarte in Empfang nehmen. Zum Empfang der Delegierten befinden sich von Sonnabend, 20. Mai, früh ab Vertreter des Lokalkomitees am Bahnhof in Köln, die an roten Rosetten erkennbar sind.

Der Zutritt zu dem Kongresslokal, dem „Gärzern“, ist nach den bestehenden Bestimmungen nur denen gestattet, die im Besitz einer von dem Magistrat der Stadt Köln abgestempelten Zutrittskarte sind.

Es werden, abgesehen von den Delegiertenkarten, solche Zutrittskarten für die Vertreter der Presse und für solche Gäste, die den Verhandlungen des Kongresses während der ganzen Dauer beiwohnen wollen, von dem Lokalkomitee in dem Bureau zu den genannten Stunden ausgegeben. Diese Karten werden auf den Namen des Inhabers ausgestellt und ist deren Empfangnahme spätestens am Tage vor Beginn der Kongressverhandlungen dringend geboten.

Weitere Zutrittskarten für Zuhörer werden nach Beginn des Kongresses am Eingange des Kongresslokales ausgegeben. Diese Karten gelten nur für die einzelne Sitzung und werden bei dem Betreten des Kongresslokales von den Kontrolleuren abgenommen. Die Kontrolle erfolgt entsprechend den für den Besuch des Lokales bestehenden Bestimmungen durch die Angestellten des „Gärzern“.

Der Zutritt zu dem Kongresslokal steht jedermann frei. Die organisierten Arbeiter und sie begleitende Angehörige erhalten die Zutrittskarten ohne weitere Formalitäten, sonstige Zuhörer nach Eintragung ihres Namens in eine ausgelegte Liste.

Während der Dauer des Kongresses findet in den Räumen des „Gärzern“ eine Ausstellung der Verwaltungsmaterialien, die in den Zentralverbänden zur Verwendung kommen, sowie eine Ausstellung von Bureau-Bedarfsartikeln der Gewerkschaften, an welcher sich zehn größere Firmen der Branche beteiligen, statt. Die Zutrittskarten zu dem Kongress berechtigen auch zu dem Besuch dieser Ausstellung.

Ueber sonstige Veranstaltungen und Vergünstigungen für die Delegierten erhalten diese bei Abgabe ihres Mandates durch das Lokalkomitee Mitteilung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Region.

Berlin und Umgegend.

Teure Arbeitswillige.

So zugewandt die Unternehmer auch immer gegenüber allen Forderungen „ihrer“ Arbeiter sind, so bereitwillig greifen sie in die Tasche, wenn es sich um „Arbeitswillige“ handelt. Der noch immer anhaltende Kampf der Berliner Schilderfabrikanten mit einem Teil der Schilderfabrikanten liefert dafür ebenfalls einen Beweis. Die die billigen Forderungen der Schilderfabrikanten noch immer ablehnenden Fabrikanten befinden sich in einer üblen Lage. Ihre Organisation verbietet ihnen eine Einigung mit den Arbeitern und die Arbeiter haben ihrerseits keine Lust zum bedingungslosen Nachgeben. Sie verlieren bereits zum größten Teil Berlin und stärken dadurch ganz erheblich die Konkurrenz, welche die Berliner Schilderfabrikanten in der Provinz haben. Der Arbeitsnachweis, welchen der Rühmänner-Verband den Schilderfabrikanten einrichtet, funktioniert nicht. Die Fabrikanten müssen eigene Arbeitswillige-Agenten hinausgeschicken, um Leute nach Berlin zu locken. So war im Auftrage der Firma Kaufmann deren Angestellter Kl. als Wochenlang in Oesterreich als Werber von Arbeitswilligen tätig. Die kostspielige Sache hatte den Erfolg, daß K. vor einigen

Tagen wirklich mit vier Arbeitswilligen (!) in Berlin eintraf. Aus hieß es für den Unternehmer die so teuer erlangten Arbeitskräfte auch zu erhalten und die Leute vor den Mahnungen der Streikposten zu bewahren. Das kostete wieder viel Mühe und Geld. Auf Schritt und Tritt wurden die Arbeitswilligen von einem Teilhaber der Firma begleitet. Der Herr, der sonst wohl nicht viel mit Arbeitern befehlen möchte, ging mit den Arbeitswilligen Mittag essen und begleitete sie bei der Wohnungssuche, er zahlte die Miete und sorgte noch dafür, daß abends eine Bedienung von Schulreuten die wertvollen Arbeitswilligen in ihr Hotel begleitete. Morgens, um 6 Uhr, stand dann schon wieder der Arbeitswilligen-Agent K. im Auftrage seines Herrn in dem Zimmer der Arbeitswilligen, um sie ungefährdet zur Arbeitsstätte zu bringen. Es ging aber nicht mehr. Zwischen den Streikposten und den Arbeitswilligen hatte trotz aller Mühe des Unternehmers und der Schulreute eine Annäherung und Aussprache stattgefunden. Die Arbeitswilligen wollten nicht mehr bleiben, sondern wieder abreisen. Seitens des Unternehmers wurden nun flugs die Bahnhöfe, von denen Züge nach Wien und Budapest abgehen, besetzt. Auch diese Anstrengung war vergebens, die Arbeitswilligen reisten ab und der Unternehmer suchte mit seinen Leuten vergebens die Coups der abgehenden Züge ab. — Es hat also der Fabrikant — in diesem Falle die Firma Kaufmann — eine Menge Ausgaben für nichts gehabt. Die Arbeitswilligen sind teuer gekommen. So schaden sich die Schilderfabrikanten, die von einer Einigung mit den Arbeitern nichts wissen wollen, nur sich selbst. — Für die Maler allerorts aber wird es nach wie vor eine Ehrenpflicht bleiben, den Zug nach Berlin in die Berliner Schilderfabrikanten zu unterlassen!

Deutsches Reich.

Die Ofenseher (Töpfer) des Innungsgebietes Angermünde-Schwedt a. O. haben am 30. April d. J. mit ihren Meistern gemeinschaftlich einen einheitlich geregelten Lohnarif ausgearbeitet und anerkannt. Jetzt, nachdem Arbeiten ausgeführt werden, weigern sich die Innungsmeister, nach dem Lohnarif zu zahlen. Wir bitten deshalb die organisierten Kollegen Deutschlands, Arbeitsangebote aus Orten, wo von den betreffenden Innungsmeistern Arbeiten ausgeführt werden, abzulehnen, da sämtliche dort beschäftigt gewesenen Kollegen die Arbeit niedergelegt haben. Die Generalkommission der Töpfer Deutschlands.

Achtung, Lederarbeiter! In Kirchhain (Sauff) stehen jetzt 277 Kollegen mit 422 Kindern im Kampfe um den Bestmündentag. 5 Betriebe mit 16 Arbeitern haben denselben bereits bewilligt. In Ehlingen dauert der Streik unverändert fort. In Grimma ist der Ausstand nach mehrmaligen Verhandlungen mit einigen Verbesserungen für die Kollegen beigelegt worden. Die Millionenfirma Adler u. Oppenheimer, A. B. in Straßburg i. Elsaß, hat den Delegierten der organisierten Straßburger Lederarbeiter zur Dresdener Generalversammlung nach seiner Rückkehr gemeldet. Die Folgen sind bis jetzt für den Verband sehr erfreuliche gewesen, indem der Ortsverein Straßburg rapide gewachsen ist. Es dürfte bald die Zeit gekommen sein, wo die Straßburger Lederarbeiter ihre Organisation so ausgebaut und befestigt haben, daß die Firma ihre Unterbindung des Koalitionsrechtes in dieser hinterhältigen Weise hübsch bleiben lassen muß. — Jugug von Weisgerbern nach Kirchhain und Ehlingen, von Logherbern nach Strießen nach Kirchhain und Ehlingen, von Logherbern nach Kossien Der Zentralvorstand.

In Sachen der Nürnberger Bäckerbewegung hat das Gewerbegericht Einigungsverhandlungen gepflogen, bei denen nach längeren Debatten die Unternehmervertreter sich bereit erklärten, vor ihren Organisationen folgende Zugeständnisse zu vertreten: Der Winstwochenlohn wird auf 7, 9 und 12 M. erhöht, die Mittagslohn wird noch nicht abgelehnt, doch wird für Frühstück und Abendessen täglich eine Entschädigung von 50 Pf. bezahlt. Die Gehilfenvertreter stimmten dem zu mit der Bedingung, daß der Vertrag nur auf ein Jahr festgelegt werde. Eine Bäckerversammlung nahm diese Vorschläge gegen 19 Stimmen an.

Die Forderungen der Zimmerer Würzburgs auf Lohnhöhung wurden in allen Geschäften abgelehnt. Eine Versammlung der Arbeiter beschloß, den Streik momentan nicht zu erklären, sondern günstigere Verhältnisse abzuwarten, die Forderungen aber inzwischen im Auge zu behalten und inzwischen den Ausbau der Organisation vorzunehmen.

Sie mögen nicht.

München, 9. Mai. Eine peinliche Enttäuschung haben die Führer der christlichen Gewerkschaften in den letzten Tagen erlebt. Nach dem Vorgang des ultramontanen bayerischen Eisenbahnerverbandes sollte nämlich auch der bayerische Postverband, die 8000 Mitglieder zählende Organisation der niederen Postbediensteten, seinen Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erklären. Als diese Angelegenheit aber auf der Generalversammlung des Verbandes, die in diesen Tagen in Straubing stattfand, erörtert werden sollte, mußte sie auf das Drängen verschiedener Öbmannschaften hin von der Tagesordnung abgesetzt werden. Man ließ den Verbandssekretär nicht einmal darüber referieren. Auch eine Resolution, die sich mit den Tendenzen der christlichen Gewerkschaftsbewegung einverstanden erklärt, den offiziellen Anschluß an den Gesamtverband jedoch wegen der Eigenschaft der Mitglieder als Staatsangestellte bis zur weiteren Klärung der Sachlage ablehnt, fand nicht die Zustimmung der Majorität. In einer Reihe von Öbmannschaften herrscht helle Enttäuschung, daß man den Verband demüthigen wollte, um die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften künstlich in die Höhe zu schrauben.

Kuroland.

In Krnau (Böhmen) traten am Mittwoch 1000 Papierarbeiter trotz der erreichten Zugeständnisse in Streik, weil der Unternehmer Spiro 140 Arbeiter nach der Lohnbewegung mahregelte. Papierarbeiter mögen sich hüten, dorthin zu offerieren oder Arbeit dort zu suchen. Vor Zugug wird gewarnt.

Bauarbeiter-Ausperrung in Basel. Gestern begann infolge eines Beschlusses der Meisterschaft die teilweise Aussperrung der Arbeiter des Baugewerbes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schiffsunfall.

Stettin, 11. Mai. Der von Stettin nach Swinemünde abgegangene dänische Dampfer „C. B. A. Koch“ stieß gestern am Eingang zum Papentwasser mit einem schwedischen Schooner zusammen. Der Schooner sank sofort, von der vier Mann zählenden Besatzung ertrank der Bruder des Kapitäns. Das Wrack liegt in der Mitte des Fahrwassers.

Karlsruhe, 11. Mai. (B. L. Z.) Der „Karlsruher Zeitung“ zufolge ist die Reichstags-Erwahl im 2. Badischen Reichstags-Wahlkreis, die durch den Tod des Reichstags-Abgeordneten Paller erledigt ist, auf den 30. Juni festgesetzt.

Gemeindevahltag in Wien.

Wien, 11. Mai. (B. L. Z.) Bei der heutigen Gemeindevahlwahl in dem aus vier Werten Wahlkörper neu angelegten 21. Bezirk wurde der sozialdemokratische Kandidat Schlinger mit 5418 Stimmen gegen den Kandidaten der Christlichsozialen gewählt, der 3869 Stimmen erhielt. Während des Wahlaktes kam es zu zahlreichen stellenweise blutigen Zusammenstößen zwischen den beiden Parteien.

Reichstag.

188. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Mai 1905, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsliche: Dr. Stäbel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend die Übernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen (Kamerun).

Kolonialdirektor Dr. Stäbel: Zum weiteren Ausbau der Verkehrsstraßen in unseren Kolonien werden wie sowohl durch die Erfahrungen anderer Kolonialländer als auch durch die günstigen Ergebnisse, welche die ostafrikanische Bahn seit der kurzen Zeit ihres Bestehens gezeitigt hat, gedrängt. Fischerdörfer haben sich dort zu blühenden Ortschaften entwickelt, und längs der Eisenbahnen sind neue Niederlassungen entstanden. Wir haben jetzt dort mit der Eisenbahngesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, welcher Ihnen demnächst vorgelegt werden wird und welcher den Staat von Ostafrika in jeder Hinsicht sicher stellen wird. (Hört! hört! rechts.) Die Import- und Exportziffern in Ostafrika haben sich in den letzten Jahren überraschend günstig entwickelt. Der Gesamtanhandels hat sich von 1903 auf 1904 von 187, auf rund 23 Millionen Mark erhöht, und speziell die Ausfuhr ist auf 9 Millionen Mark gestiegen, während sie in den Jahren 1895—1901 nur 4,7 Millionen betrug. Das ist also eine Steigerung auf mehr als das Doppelte in wenigen Jahren (Hört! hört! rechts), und zwar ist diese günstige Entwicklung in erster Linie der Eisenbahn zu danken. Wenn wir erst jetzt, nachdem ein anderes afrikanisches Schutzgebiet zu günstigen Erfahrungen gezeitigt hat, an den Eisenbahnbau in Kamerun herangehen, obgleich Kamerun immer als unsere reichste Kolonie gegolten hat, so ist die Frage nahe liegend, warum dies nicht bereits schon früher geschehen ist. Die Gründe dafür sind die, daß Handel und Verwaltung bis 1899 auf einen schmalen Küstendistrikt beschränkt waren. Jetzt aber haben sie sich beide auf den größten Teil der Kolonie ausgedehnt. Das Handelsmonopol der Eingeborenen ist zugunsten der europäischen Händler durchbrochen. Für diese ist aber die Eisenbahn dringend notwendig. Aber auch die Verwaltung hat ein großes Interesse an ihr. Ein ausgedehntes dichtbevölkertes Land wird durch eine verhältnismäßig sehr kleine Truppenmacht in Ordnung gehalten. Größere Kämpfe sind nicht zu erwarten, wohl aber hier und da kleine. Die Eisenbahnlinie hat bekanntlich die Aufgabe, eine raschere Verbindung zwischen dem Innern und der Küste zu schaffen. Da das Reisen in den Küstengegenden sehr gesundheitsgefährlich ist, erscheint es durchaus wünschenswert, ihre Durchquerung in kürzester Zeit vornehmen zu können; so würde die Bahn für viele Europäer eine Lebensrettung bedeuten. Trotzdem nach der Ansicht der besten Kenner des Landes die Bahn in sehr kurzer Zeit rentabel sein wird, hat sich ihre Finanzierung doch nicht ganz ohne Beihilfe des Reiches herbeiführen lassen. Das deutsche Kapital ist eben nicht so unternehmungslustig und bereit zur Übernahme eines Risikos wie das englische. Immerhin ist es ein wesentlicher Fortschritt, daß die Zinsgarantie des Reiches nur für einen Teil des Kapitals notwendig wurde. Wenn die Herren, die ein Kapital von 8 Millionen ohne Zinsgarantie in das Unternehmen hineingesteckt haben, ein so großes Vertrauen auf die Rentabilität der Bahn haben, darf das Reich wohl für die übrigen 11 Millionen zehn Jahre lang die 370 000 M. Zinsen zu leisten bereit sein, die für die wirtschaftliche Erschließung des Landes notwendig gebraucht werden.

Abg. Erzberger (Z.): Ich habe eine nähere Darlegung über die projektirte Bahnlinie vernommen. Ich beantrage daher schon jetzt, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen, allerdings in der Hoffnung, daß diese noch im Laufe dieser Session zu einer Entscheidung gelangt. — Kamerun ist eine der besten und günstigsten Kolonien, die wir haben. Es hat bei dem geringsten Reichszufuß den größten Gesamtanhandels der drei afrikanischen Kolonien. Dabei ist eigentlich nur das Küstengebiet erschlossen und die deutsche Herrschaft erstreckt sich nur auf dieses. Verkehrswege in das Innere fehlen noch fast vollständig. Dieser Mangel ist um so bedauerlicher, als wir in Kamerun einerseits wenig schiffbare Flüsse haben und auf der anderen Seite das Land kultureller Erschließung sehr wohl fähig wäre, da es sich in hervorragendem Maße für den Plantagenbau eignet. Mit dem Kakaobaum, aber auch mit Baumwolle, Kaffee sind die besten Erfahrungen gemacht worden. — Sobald aber stellt diese Bahn den ersten Schritt nach dem Herzen von Ostafrika, nach dem Tschadsee dar. Gerade aus diesem Grunde freilich werden manche besonders vorsichtig bei der Bewilligung der Bahn sein, weil sie sich sagen werden, daß weitere Forderungen, nämlich für die Fortsetzung der Bahn kommen werden. Aber man wird doch abwarten können, ob das erste jetzt geforderte Stück sich rentieren wird. Rentiert es sich nicht, so wird niemand an eine Fortsetzung denken.

Die Bahn ist vor allem auch deshalb zu begrüßen, weil durch sie der ungenutzte Küstendistrikt überwunden wird. Das eine solche Bahn wünschenswert ist, wird ja auch selbst auf der äußersten Linken niemand leugnen. Nur darüber kann man streiten, ob eine Reichsgarantie zu bewilligen ist. Meine politischen Freunde sind dafür, die Vorlage einer Kommission zu überweisen. (Weißfall im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.): Der Hauptpunkt an der gegenwärtigen Vorlage ist der, daß das Reich zu einer Zinsgarantie verpflichtet wird, nachdem einige Jahre vorher ein Skandalat von Privatkapitalisten es nicht fertig gebracht hat, das genügende Kapital zusammenzubringen, und sich auflösen mußte. Der Grund dafür scheint mir hauptsächlich der zu sein, daß die Kapitalisten gesehen haben, daß das Reich bei anderen Kolonien die Garantien für Bahnen übernommen hat, daß sie sich also fragen konnten, sie brauchen nur zu warten, damit auch für Kamerun das Reich einspringt und das Risiko von ihren Schultern nimmt. Was das Reich in der gegenwärtigen Vorlage übernehmen soll, das ist fast das gesamte Risiko. Die 17 Millionen Mark, die die Bahn kosten soll, sind zerlegt in 8 Millionen Mark, für die das Reich zunächst keine Garantie übernimmt, und in 11 Millionen Mark, für die die Reichsgarantie gefordert wird. Außerdem erhalten die Geldgeber zweiter Serie noch Zuschläge zum Kapital von 20 Proz., d. h. für je 100 M., die sie gegeben haben, erhalten Sie, abgesehen von den Zinsen, 120 M. zurück. Es handelt sich also um eine außerordentlich sichere Kapitalanlage, die den landesüblichen Zins dem Geldgeber gewährt, so daß dieser nicht das mindeste Risiko hat. Aber auch für die Geldgeber erster Serie ist das Risiko sehr gering; ihnen wird zugesichert, daß aller Reingewinn der Bahn zunächst zur Zinsleistung an sie benutzt werden wird. In Wirklichkeit läuft ihr Risiko also nur auf 1 Proz. der Zinsen ihres Kapitals hinaus, weil sie ja nur 1/10 des Aktienkapitals hergeben. Außerdem erhält die Eisenbahngesellschaft für 32 000 Hektar Landzusage, weiterhin einen Komplex von 10 000 Hektar in der Nähe des Bahnhofs. Die ganzen 42 000 Hektar sollen unmittelbar an die Bahn angegeschlossen werden, d. h. auch unter den dortigen Verhältnissen der denkbar günstigsten Landbesitz. Schließlich erhält die Gesellschaft Vergerechtigungen auf ein Landgebiet im Umfange von 80 000 Hektar. Bei diesen Zusicherungen von Land entsteht sofort das große Bedenken: Wie vertragen sie sich mit dem Landbau der Eingeborenen? Es steht allerdings in der Vorlage, nur solche Länder sollte die Eisenbahngesellschaft in Besitz nehmen, die von den Eingeborenen gegenwärtig nicht bebaut würden. In der begründenden Denkschrift findet sich aber andererseits die Bemerkung, daß im Innern des Landes, im sogenannten Graslande, wo die günstigsten Verhältnisse für die Bodenkultur sind, sich eine

außerordentlich dichte Bevölkerung finde; dort könnte man stundenlang durch sorgfältig bearbeitete Felder der Eingeborenen fahren. Wenn sich in diesem Gebiete die Kapitalistengesellschaft etwa 10 000 Hektar Land aneignen darf, so beeinträchtigt sie zweifellos die Eingeborenen auf schälimste in ihrer Kultur. Tatsächlich wird den Eingeborenen Stammesbesitz weggenommen werden, der vielleicht gerade in diesem Jahre nicht bebaut wird. Deshalb ist es notwendig, wenn es überhaupt zu dem Bahnbau kommen sollte, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, um die Eingeborenen vor der Verdrängung durch die Bahnkapitalisten zu schützen.

Der Abg. Erzberger legte großes Gewicht auf die Entwicklungsaussichten unserer Kamerunbahnen. Aber wenn sie selbst bis in das Gebiet des Tschadsees fortgeführt werden sollten, so würde der Handel aus diesem höher kultivierten Gebiet doch den natürlichen Handelsstraßen, den schiffbaren Flüssen Benue und Niger in die englischen Kolonien hinein folgen. Daran wird auch unser Eisenbahnbau nichts ändern. Aber abgesehen von diesen Zukunftsbildern, die der Abg. Erzberger gezeichnet hat, stehen wir dem ganzen Projekt ablehnend gegenüber. Wenn überhaupt in den Kolonien die wirtschaftlichen Verhältnisse derart sind, daß der Eisenbahnbau in absehbarer Zeit lohnen würde, so würden sich wohl die Kapitalisten bereit finden lassen, derartige Unternehmungen auf eigenes Risiko auszuführen. Sie sind auch in erster Linie dazu berufen, weil sie aus dem Handel mit den Kolonien den größten Vorteil haben. Wenn sie bisher dazu nicht bereit waren, so ist entweder wirtschaftlicher Augen von diesen Bahnbauten in absehbarer Zeit nicht zu erwarten — dann wollen wir das deutsche Volk auch mit den Kosten dafür nicht belasten. Oder die Kapitalisten warten nach der bisherigen Bereitwilligkeit der Regierung und des Reichstages einfach ab, bis das Reich ihnen das Risiko abnimmt, dann haben wir umso weniger Veranlassung, sie in dieser bequemen Methode der Abwälzung des Risikos zu unterstützen. Wir haben nichts gegen eine eingehende Kommissionsberatung einzuwenden. Aber wir glauben nicht, daß es dort der Regierung gelingen wird, unsere Zustimmung zu einer derartigen nur nach den Interessen der kapitalistischen Unternehmer, ohne Rücksicht auf das Eingeboreninteresse und ohne Rücksicht auf das deutsche Volksinteresse gemachten Vorlage zu erlangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Köpcke (fr. Sp.): Diejenigen politischen Bedenken, die uns veranlassen, die früheren Zinsgarantien abzulehnen, sprechen noch mehr gegen diese Vorlage. In erster Linie steht die traurige Finanzlage des Reiches. Die Finanzminister der Einzelstaaten säheien Weh und Ach, und im Volke wächst die Unruhe über die unantwortliche Schuldensituation des Reiches. Eine Reihe notwendiger Ausgaben steht für die nächste Zeit bevor. Südwestafrika kostet fast 197 Millionen. Die Tropenbeziehung meines Freundes Müller-Sagan, daß es 500 Millionen kosten wird, wird rasch in Erfüllung gehen. Der Gedanke, daß es sich bei dieser Bahn nur um das erste Begeht einer Bahn zum Tschad-See handelt, giebt zu denken. Die jetzige Reichsgarantie stellt also nur die erste Rate dar, obgleich merkwürdigerweise der Kolonialdirektor von diesen Dingen ganz geschwiegen hat.

Besonders bedenklich scheint mir, daß Anteilsscheine zu 100 M. ausgegeben werden, d. h. doch, daß auch die kleinen Sparer mit ihrem Kapital herangezogen werden sollen. (Sehr richtig! bei der freisinnigen Volkspartei.) Das wußten wir nicht. Der kleine Sparer soll seine Groschen in inländischen Werten anlegen. Es ist sehr fraglich, ob die Bahn sich rentieren wird. Auf den Personenverkehr ist gar nicht zu rechnen, gibt es doch nur 700 Europäer dort. Der Warentransport muß aber darunter leiden, daß die Bahn zu drei Viertel durch den Unwaid geht. Man weiß auf den Plantagenbau hin. Aber wenn dieser wirklich die Bahnrentabilität sichern würde, warum bringt dann die Gesellschaft nicht selbst die nötigen Mittel ohne Reichsgarantie auf? Die Männer, die an der Spitze des Komitees stehen, wie Fürst Hohenlohe-Dehringen, Schiffsreeder Böhmman, Prinz Günther, Scheimrat Dery usw., hätten doch lieber die Gelder aus eigener Tasche aufbringen sollen! (Weißfall bei den Freisinnigen.)

Abg. Fehr v. Nächstöfen-Damsdorf (L.): Wir stehen der Vorlage im allgemeinen sympathisch gegenüber. Für bedenklich halten wir es, daß das Reich so viel Land an die Gesellschaft fortgeben will. Deshalb sind wir für Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Kamerun mit seinen überaus reichen Naturgütern zu haben, gibt es nur ein Mittel, das ist der Bahnbau. Abg. Köpcke hat auf die finanziellen Schwierigkeiten des Reiches hingewiesen. Tatsächlich aber handelt es sich nur um eine Garantie von 375 000 M., die vom Jahre 1910 an eintommen sollen. Bis dahin wird auch die Kolonie sich ganz anders entwickelt haben.

Abg. Schrader (freis. Vgg.) begrüßt jede Gelegenheit zur Förderung des deutschen Bahnbauwesens in den Kolonien mit Freude.

Abg. Arendt (Sp.): Auch meine politischen Freunde sind der Meinung, daß man nicht sparen dürfe, wenn es sich um die kulturelle Hebung der Kolonien handelt.

Abg. Lettmann (Wirtsch. Vgg.): Wir begrüßen die Bahn im Interesse der Kolonie aufs wärmste, möchten aber vor einer Heberleiung warnen. Es gibt da noch viel zu prüfen. Wir würden am liebsten sehen, wenn die Bahn als Staatsbahn gebaut würde. Aber auch wenn man die Reichsgarantie aufgibt, gibt es noch viel zu prüfen. Die Landkonzessionen sind sehr bedenklich! In einer Tropenkolonie liegt ein Hauptreichtum an der Arbeitskraft der Schwarzen. Nimmt man ihnen das Land an beiden Seiten der Bahn, so macht man die Schwarzen auffällig! Auch die Vergewaltigungen müssen geprüft werden. Man sollte doch einmal die Leute aus der Kolonie selbst, besonders auch die Missionen erst einmal hören, ehe man die Vorlage hier verabschiedet. (Weißfall.)

Hiermit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Lehmann v. Jena (natl.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Fischer (Soz.): Die Wahlprüfungs-Kommission hat in Konsequenz schwerer Verhältnisse die Wahl des Abg. Lehmann für gültig erklärt, weil ihr das Flugblatt nicht rechtzeitig vorgelegt worden sei, in dem 49 Gemeindevorsteher und Bürgermeister amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten des nationalliberalen Kandidaten verübt haben. Der Reichstag kann sich einer solchen Konsequenz nicht unterwerfen. Nach der ständigen Praxis des Hauses ist dadurch, daß 49 Bürgermeister unter Beifügung ihres Amtskarakters ein Flugblatt für Herrn Lehmann unterzeichnet haben, amtliche Wahlbeeinflussung erfolgt und die Wahl für ungültig zu erklären. Daß dieses Flugblatt nicht gleich mit dem Wahlprotokoll eingereicht worden ist, kann gegenüber dieser Tatsache nicht in Betracht kommen. Wenn eine Wahl etwa durch eine grobe Fälschung zu Stande gekommen wäre, so müßte das Haus im Interesse seines eigenen Ansehens selbständig eine Prüfung vornehmen, auch wenn die Wahlakten oder der Wahlprotokoll nichts von der Fälschung enthielten. Die Wahlprüfungs-Kommission ist ja in der letzten Zeit in der Raffierung von Mandaten viel weiter gegangen als früher. In Altona erging die Wahl des Sozialdemokraten fastert worden, weil sechs Monate vor Eröffnung der Wahlagitation ein Staatsminister in einer Versammlung sich gegen die Zweckmäßigkeit der Auffstellung eines bestimmten konservativen Kandidaten ausgesprochen hatte. In Frankfurt ist die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten fastert worden, weil sechs Monate vor Ausschreibung der Wahl ein amtliches Flugblatt zugunsten eines Gegenkandidaten erlassen wurde. Soll nun die Wahl des Abgeordneten Lehmann für gültig erklärt werden, weil durch einen Zufall das Flugblatt, das amtliche Wahlbeeinflussung für ihn trieb, nicht im Kreisblatt stand und infolgedessen den Wählern nicht bekannt? Das Haus ist es einfach seinem moralischen Ansehen schuldig, wenn der offenkundige Beweis für eine unzulässige Wahl-

beeinflussung erbracht ist, das dadurch entstandene Mandat nicht als gültig anzuerkennen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weiskopf (Z.): Die Wahlprüfungs-Kommission ist, das hat der Vorredner anerkannt, nach ihrer ständigen Praxis verfahren. Die im Protokoll gerügten Verstöße, die wir sorgfältig geprüft haben, reichen aber in diesem Falle zur Raffierung der Wahl nicht hin.

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Hier ist ein Protest rechtzeitig eingebracht worden, und nur das authentische Dokument, das die amtliche Wahlbeeinflussung beweist, ist dem Reichstag erst nachträglich bekannt geworden. Deshalb die Wahl für gültig zu erklären, würde zu ungeheuerlichen Konsequenzen führen. Wenn z. B. der Wahlprüfungs-Kommission nachträglich ein Urteil zugeht, in dem eine Wahlfälschung festgestellt wird, so können wir doch ein durch Fälschung entstandenes Mandat nicht gut als zu Recht bestehend anerkennen.

Abg. Lucas (natl.): Die Frage darf nicht verschoben werden, sie geht einfach dahin: Können Behauptungen, die nach Ablauf der zehntägigen Prüfungsfrist zur Kenntnis der Wahlprüfungs-Kommission gelangt sind, noch geprüft werden? Der Reichstag hat diese Frage bisher stets verneint und hatte dafür den guten Grund, die Wahlproteste nicht ständig in Ungewißheit und Unsicherheit zu lassen und die Parteiseidenschaft nicht durch ständig laufende Wahlproteste wach zu halten. Früher hat der Reichstag nach- und Gegenproteste selbst dann nicht zugelassen, wenn sie sich auf Behauptungen des Wahlprotokolls bezogen, das ist erst in neuerer Zeit der Fall gewesen. Aber immer konnten Behauptungen nur dann noch behauptet werden, wenn sie sich auf irgend welche Behauptungen des Wahlprotokolls bezogen. Diesen Standpunkt hat am 27. Februar 1902 noch der Abg. Singer selbst in der Wahlprüfungs-Kommission eingenommen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischer (Soz.): Der Standpunkt, den der Abg. Lucas vertreten hat, läuft darauf hinaus, wenn nicht rechtzeitig Protest eingelegt ist, auch Wahlen für gültig zu erklären, die unter den größten Fälschungen zustande gekommen sind. (Unruhe rechts.) Selbst wenn die Praxis des Reichstages bisher dahin gegangen ist, möchte sie geändert werden. Sie haben ja auch immer, wenn Ihr Interesse es als notwendig oder akzeptabel erscheinen ließ, die Praxis der Wahlprüfung gerade im Laufe dieser Session geändert. Fragen Sie Herrn Dr. Spahn, den früheren Vorsitzenden der Wahlprüfungs-Kommission, ob es früher möglich gewesen wäre, daß eine Wahl fastert wird, weil zugunsten eines doch unterlegenen Kandidaten amtliche Wahlbeeinflussung getrieben worden ist. Wenn Sie die Praxis ändern nicht nach sachlichen Gründen, sondern nur, wenn es Ihnen beliebt, dann entscheiden nicht mehr Grundsätze, sondern Parteinteressen. (Große Unruhe rechts.) Nach unserer Auffassung ist es ein nobles officium des Reichstages, auf seine Handhabe zu achten. Eine Inquisition wünschen auch wir nicht, aber in diesem Fall hat das Originalflugblatt der Wahlprüfungs-Kommission vorgelegen; an seiner Verbreitung und den Unterschriften ist kein Zweifel. Der Abg. Lucas hat selbst geschworen, wie sich in der Zulassung von nach- und Gegenprotesten die Praxis geändert hat. Das ist gerade im Interesse der nationalliberalen Partei geschehen, die, wenn im Kolonialgebiet schamlose Wahlbeeinflussung nachgewiesen war, durch Gegenproteste ihr Mandat zu retten suchte. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Wenn Sie auf Grund des Zufalls, daß das unzulässige Flugblatt zugunsten des Abg. Lehmann nicht im Amtsblatt stand, seine Wahl für gültig erklären, so wollen Sie sie eben nicht fasterten, obwohl Sie es nach Ihrer ganzen Auffassung der Dinge tun müßten. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Diebmann v. Sonnenberg (Nat.): Was die Herren von der Linken sagen, könnte leicht scheitern, wenn nicht die Protest-erheber vom 16. Juni bis 8. Dezember Zeit genug gehabt hätten, ihren Protest genügend zu begründen.

Damit schließt die Diskussion. Die Wahl des Abg. Lehmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgg. v. Gerlach und Schrader für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. v. Dirksen (Sp., Kottbus-Spremberg). Die Kommission beantragt, sie für gültig zu erklären.

Abg. Geyer (Soz.): Im Wahlkreis Kottbus-Spremberg hat der Landrat einen Lehrer, der Vorstand eines liberalen Vereins war, veranlaßt, ein Flugblatt zu verassen, in dem die liberalen Wähler aufgefordert wurden, in der Stichwahl für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Die Kommission bezeichnet diesen Akt des Landrats als eine Privatbehandlung. Aber wenn dies eine Privatbehandlung wäre, so könnte ja jeder Landrat jede beliebige Wahlbeeinflussung üben, wenn er sich nur der geeigneten Mittel bedienen bedient. Sonst hat man jeden Wahlakt im ganzen Reich für ungültig erklärt, wenn der Landrat für einen bestimmten Kandidaten agitiert hat. Ich persönlich halte eine solche private Agitation bei Vereinsvorständen für noch gefährlicher als eine öffentliche. Wenn die Wahlprüfungs-Kommission gemeint hat, die Agitation des Landrats sei „nicht nach außen“ geschehen, so ist doch daran zu erinnern, daß das Plakat des beeinflussten Lehrers offensichtlich angeschlagen gewesen ist und es außerdem in der Presse veröffentlicht wurde, daß es der Landrat gewesen ist, der die Auforderung an jenen Lehrer gerichtet hat. Wenn schließlich die Wahlprüfungs-Kommission behauptet hat, der Zuwachs an Stimmen infolge jenes Flugblatts sei für das Resultat nicht entscheidend gewesen, so weise ich darauf hin, daß in der Stadt Kottbus allein der konservative Kandidat einen Stimmenzuwachs von 2050 gegenüber der Hauptwahl erhalten hat, während ihm bei der Hauptwahl 3000 Stimmen fehlten und daß jenes Flugblatt an alle liberalen Blätter des ganzen Kreises gerichtet war. Außerdem sind in einer großen Anzahl von Ortsteilen Wähler mit Bier und Zigarren traktiert worden. Das ist eine offensichtliche Bestechung. Nach alledem stellen wir den Antrag, die Prüfung jetzt auszusetzen und im Kreise selbst Erhebungen anzustellen. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz., mit großer Unruhe empfangen): Wenn der Landrat ein Vorgesetzter des Lehrers gewesen wäre, dann hätte er mit seiner Handlung ein Verbrechen begangen, das mit Zuchthaus bedroht ist. In dem Wahlkreis sind die ärgsten Bestechungen, die schandigsten Beeinflussungen gelibt worden. Aber das alles verächtlich nicht; aber wenn, wie in Altona, ein Landrat für den einen konservativen Kandidaten gegen den anderen Partei ergreift, dann soll plötzlich Wahlbeeinflussung vorliegen, damit man ein sozialdemokratisches Mandat fasterten kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wenn die Behauptungen des Protokolls der Wahrheit entsprechen, so ist in der Tat keine ärgere Wahlbeeinflussung möglich. Redner schließt sich dem Antrage auf Beweiserhebung an. (Weißfall links.)

Abg. v. Verden (Sp.): Nach den bisher von der Wahlprüfungs-Kommission vertretenen Anschauungen gilt eine Auforderung, für einen Kandidaten zu agitierten, für erlaubt, auch wenn sie von einem Landrat ausgeht, vorausgesetzt, daß der Landrat dabei nicht seine amtliche Eigenschaft zur Geltung bringt. Der betreffende Lehrer hat nicht für Herrn v. Dirksen agitiert, weil der Landrat ihn dazu aufforderte, sondern weil er als Nationalliberaler innere Berührungspunkte mit der freikonservativen Partei hatte. (Weißfall rechts.)

Abg. Geyer (Soz.): Ich wiederhole, daß es öffentlich im Kreise bekannt geworden ist, daß der Landrat jenes Flugblatt veranlaßt hat, ferner war jener Lehrer kein Nationalliberaler, sondern ein Freisinniger. Ohne jene landräuliche Beeinflussung würden viele liberale Wähler mindestens zu Hause geblieben sein. (Weißfall links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Es kommt nicht darauf an, ob sich der Lehrer, und ob sich die liberalen Wähler haben beeinflussen lassen, sondern nur darauf, ob der Landrat eine amtliche Beeinflussung ausgeübt hat. Dies muß durch eine Erhebung festgestellt werden.

Abg. Schwärze - Bippstadt (Z.): Hält eine Erhebung über die angelegliche Wahlbeeinflussung nicht für nötig.

Abg. Wellstein (Z.): In dem Protest steht kein Wort von dem, was Abg. Weyer für so wichtig hingestellt hat, nämlich daß die Beeinflussung öffentlich bekannt gewesen ist. Wenn also wirklich eine Beeinflussung stattgefunden hat, so kann lediglich die eine Stimme des Lehrers abgerechnet werden. Dann ist keine Beweis-erhebung nötig. (Weifall rechts und im Zentrum.)

Hiermit schließt die Debatte. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird die Wahl des Abgeordneten v. Dürsen nach den Kommissionsvorschlägen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen für gültig erklärt.

In bezug auf die Wahl des Abg. Schläter (Sp. Kreis Schwiebus) beantragt die Kommission Weiserhebung. Das Haus beschließt in diesem Sinne.

Dasselbe beantragt die Kommission in bezug auf die Wahl des Abg. Pauli - Obernannin (L.)

Abg. Weyer (Soz.): Bei der Gültigkeitserklärung des Abgeordneten Lehmann hat die Kommission erklärt, daß die Wahlbeeinflussung nicht in Betracht komme, da ihr das Altentstück nicht vorliege. In diesem Falle liegt aber das Altentstück vor, in dem zwei Bürgermeister und eine Anzahl Beamte zur Wahl des konservativen Kandidaten auffordern. Diesmal bezweifelt die Kommission, daß die Beamten ihre Unterschrift „mit Wissen und Willen“ gegeben hätten. Nun, dann würde ja eine Unterschriftenfälschung, ja sogar eine Urkundenfälschung vorliegen! Bei der Wahl des Abg. Blumenthal hat die Kommission nicht danach gefragt, sondern die Wahl sofort für ungültig erklärt. Deshalb fordere ich Sie auf, auch die Wahl des Abg. Pauli für ungültig zu erklären. (Weifall links.)

Abg. Wellstein (Z.): Es handelt sich hier nicht um eine prinzipielle Erörterung der Stellungnahme der Wahlprüfungs-Kommission, sondern nur um eine anderweitige Beweiswürdigung. (Ständiges Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Wenn Sie den Grundgedanken aufgestellt haben, daß Sie an der bisherigen Praxis des Hauses festhalten, so müssen Sie diese Wahl kassieren. Noch in keinem Fall ist, wo ein Flugblatt mit amtlichen Unterschriften vorlag, die Frage aufgeworfen worden, ob die Beamten das Flugblatt selbst unterschrieben hätten. Erst als man sich die Parteiverhältnisse im Wahlkreis Oberbarnim ansah, kam man auf die Idee, durch Weiserhebung die Ungültigkeitserklärung etwas hinauszuschieben. (Unruhe rechts.) So liegen die Dinge, alles andere ist Gerede. Herr Pauli ist ja selbst im Saale anwesend (Lebhaftes Göl! hört! links), und wird uns ja selbst sagen können, ob die Bürgermeister seines Wahlkreises wohl ohne Protest geduldet hätten, daß man ihre Namen unter einen sozialdemokratischen Aufruf stellt. Der erhobene Einwand sagt wirklich nur, daß Sie den Wahlkampf vermeiden wollen, weil der Wahlkreis durch die Sozialdemokraten höchst gefährdet ist. So werden Wahlprüfungen nicht mehr anders entschieden als nach den Interessen der Parteien. (Lebhaftes Göl! hört!) Sie (nach rechts) haben die Majorität, Sie benutzen die Majorität, Sie mißbrauchen die Majorität. (Lebhafter Weifall bei den Sozialdemokraten; große Unruhe rechts; Präf. Graf v. Pallasheim bezeugt den letzten Ausdruck als ungehörig.)

Abg. Merzen (fr. Sp.): Wenn wir uns auf den Standpunkt der Kommission stellen, müßten wir künftighin auch prüfen, ob die Unterschrift des Protestierers echt ist. Ich hoffe, daß die Mehrheit auch bei dieser Wahl den Standpunkt wahren wird, den sie bei der Wahl des Abg. Blumenthal eingenommen hat, und nicht der kleinen Linken überläßt, die Tradition der Gerechtigkeit zu wahren. (Sehr gut! links.)

Abg. Schwärze-Bippstadt (Z.): Dieser Fall liegt doch insofern anders, als bisher noch niemals in der Wahlprüfungs-Kommission Zweifel an der Echtheit der Unterschriften angeregt worden sind.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Antrag Weyer ist auf Antrag v. Babel namentlich.

Der sozialdemokratische Antrag auf Ungültigkeitserklärung wird in namentlicher Abstimmung mit 128 gegen 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Die Wahl des Abg. Pauli - Obernannin ist also ungültig.

Die Wahlen der Abgg. v. Dörken (L.), Wahlkreis Gauß-Weig, und Dr. Brunstermann (Sp.) werden nach den Anträgen der Kommission für gültig erklärt.

Es folgt die in der 178. Sitzung wegen Beschlussfähigkeit abgesetzte namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag auf Gültigkeit der Wahl des Abg. Warbeck (fr. Sp.). Es stimmen mit Ja 95, mit Nein 95 bei 2 Enthaltungen. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Rechnungs-sachen und Petitionen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Soziales.

Ein Rechtsstreit aus dem Lehrlingsverhältnis.

Gegen den Buchdruckereibesitzer und Inhaber einer Buchbinderei, Herrn Regenhardt, klagten beim Berliner Gewerbegericht die jungen Buchbinder M. und P. mit dem Antrage, den Beklagten zu verurteilen, auf seine Kosten die bei ihm als Buchbinderlehrlinge eingeworbenen Kläger in einem anderen Betriebe ihre Ausbildung als Buchbinder vollenden zu lassen. Die vom Verbandsbeamten Witomski vertretene Klage geht davon aus, daß die Kläger laut Zeugnis des Buchbinder-Prüfungsausschusses zu Berlin ihre Gesellenprüfung wegen mangelhafter Ausbildung nicht bestanden haben. Die Väter der Kläger und ihre Vertreter messen die Schuld daran dem Betriebshaber zu. Er hätte nicht die nötigen Einrichtungen zur gründlichen Ausbildung getroffen und nicht verhindert, daß die Lehrlinge zugleich mit dem Handwagen während ihrer vierjährigen Lehrzeit herumkarrten mußten. Die Beschäftigung mit Nebenarbeiten, wie Heften mit der Maschine und ähnliches, habe zu sehr überzogen. — Die Firmeneinhaber bestritten, ihre Pflichten benachlässigt zu haben. Die Lehrlinge seien genügend in den in dem Buchbinderbetriebe (Zweigbetrieb ihrer Buchdruckerei) vorkommenden Arbeiten unterrichtet worden, und damit habe man dem § 127 der Gewerbe-Ordnung genügt. Aber im letzten Jahre sei noch darüber hinaus versucht worden, ihnen das Binden von Halbfranzbänden, was in dem auf Partie-Arbeit gerichteten Betriebe gar nicht vorkomme, beizubringen. Wenn die jungen Leute nichts lernten, dann trage ihre mangelnde Intelligenz die Schuld, bei P. vielleicht auch der fehlende gute Wille. — Die Kammer S nahm eine umfangreiche Weiserhebung vor. Lebenslauf, Schulzeugnisse und Fortbildungsschulzeugnisse der Kläger lagen vor. Als Zeugen vernommen wurden Herr Schmitt, dem die Leitung der Buchbinderei bei Regenhardt obliegt, eine Arbeiterin, zwei Buchbinder von Regenhardt und zwei Beauftragte der Handwerkerkammer, die den Regenhardtischen Betrieb in den letzten anderthalb Jahren hinsichtlich der Lehrlingsverhältnisse kontrolliert haben. Außerdem nahm ein Fachschullehrer als Sachverständiger an der Verhandlung teil; er hatte Gelegenheit gehabt, die Jünglinge in der Fachschule zu beobachten. Er stellte am Schluß der Verhandlung fest, daß sie nicht einmal einen Halbleinwandband richtig machen könnten. Zugleich fällt er ein sehr ungünstiges Urteil über ihre Intelligenz. Sie vergäßen von einem Tag zum anderen, was ihnen gezeigt sei. Das hätte aber Regenhardt bald erkennen müssen und, so sagte der Sachverständige weiter, es wäre die verdammte Pflicht und Schuldigkeit Regenhardts gewesen, alsbald zu den Eltern zu sagen: Es geht nicht. Laßt Eure Söhne nicht weiter Buchbinder lernen. Andererseits wäre es Pflicht der Eltern gewesen, sich auch rechtzeitig zu erkundigen, ob die Jungs auch etwas lernten und fähig seien, diesen Beruf zu lernen. Richtige Buchbinder würden sie nie werden. — Witomski konnte auf Grund der Weiserhebung behaupten, daß die besondere Unterweisung im Herstellen eines Halbfranzbandes erst im letzten Vierteljahr der Lehre erfolgte, nach der Aussage eines Zeugen sogar erst in den letzten sechs Wochen. Damit wäre natürlich nichts geschehen, wenn was in Jahren versäumt sei lasse sich nicht so nachholen. Auch

habe der eine Kläger nach seiner Behauptung das erste Mal ein Buch in die Hande eingehangen kurz vor Beendigung der Lehre.

Die Kammer S unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsrates Dr. Schöden wies beide Klagen mit folgender Begründung ab: Daß die Kläger nichts Ordentliches gelernt hätten, siehe ja fest. Es frage sich, wer trage die Schuld. Wenn der Lehrherr der Schuldige wäre, dann wäre der Anspruch der Klagen gerechtfertigt. Das Gericht habe sich aber keineswegs davon überzeugen können, daß der Lehrherr schuld habe in dem Sinne, daß er viel zu wenig getan hätte und man sagen könnte, er habe die Pflichten aus dem Lehrvertrag gräßlich verlehrt. Eine gewisse Schuld treffe den Beklagten insofern, als er sich nicht sofort mit den Eltern verständigte, als er einfaß, daß die jungen Leute für die Buchbinderei sich nicht eigneten. Aber in dieser von Menschenfreundlichkeit diktierten Unterlassung könne der Gerichtshof keinen Grund erblicken, die ganze Schuld an dem Mißverhältnis dem Chef aufzubürden. Auch könne der Gerichtshof nicht anerkennen, daß die Kläger keine Möglichkeit haben sollten, im Gewerbe bei seiner modernen Teilarbeit fortzukommen. Warum sollte es auch nicht möglich sein, daß sie sich in anderen Betrieben selbst noch einige Kenntnisse erwürben.

Aus der Verhandlung ist noch festzustellen, daß gerade der junge Mann, der besonders für geistig minderwertig hingestellt wurde, öfter von dem Meister geschlagen worden ist. Einmal mußte ihn der Vater nach seinen Behauptungen in ärztliche Behandlung geben. Der junge Mann selber gab an, nicht wegen Unruhen geschlagen zu sein, sondern weil er nicht „kapierte“. (Eine nette Lehrmethode!)

Interessant ist auch, daß sich beide Beauftragte der Handwerkerkammer, die selbständige Buchbindermeister sind, über die eigentümliche Art und Weise beschwerten, in der sie bei ihren Revisionen bei Regenhardt empfangen und behandelt worden seien. Der Betriebsinhaber hat sogar das Verhalten des einen bei Ausübung seines Revisionsamtes für „Ungebühr“ gehalten und ihm die Tür gewiesen. Auch ein Idiot aus der Handwerkerkammer. Näher eingegangen wurde auf diese Angelegenheit nicht.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer Ansprache, die an die Hundertjahrfeier des Todestages Schillers anknüpft und der unüberseligen Bedeutung des Dichters auch an dieser Stelle gerecht zu werden versucht.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Anlegung einer Spreuerstraße von der Waisenbrücke bis zum Wühlendamm sind u. a. deputiert die sozialdemokratischen Stadtv. Borgmann, Schulz II und Tolkssdorf.

Nicht weniger als 16 Umlaufbesuche werden bewilligt.

Die Sommerferien der Versammlung werden auch diesmal in die Monate Juli und August verlegt werden.

Die Verlegung der Festsüße im Rathaus und die Herstellung eines Speiseaufzuges von der Festsüße nach den Festräumen im Rathaus werden nach den Ausschussvorschlägen genehmigt und die erforderlichen Mittel mit 32 200 Mk. zur Verfügung gestellt.

Für eine Reihe von Rechnungen und für den Jahresabschluss der Kanalisationswerke und Kieselwerke pro 1903 wird Entlastung erteilt, zugleich aber über die Ursachen der Mindereinnahmen von Osdorf beschloffen, den Magistrat zu interpellieren.

Der Petitionsausschuss hat einen umfangreichen Bericht erstattet; über die meisten Petitionen hat er Uebergang zur Tagesordnung beliebt. Die Petition des Bundes der Fleischer-Gesellen Deutschlands, Ordnenverwaltung Berlin, um Vornahme sozialer Reformen auf dem Schlachthof; 1. zwecks Durchführung der Sonntagsruhe, Öffnung der Untersuchungsstation Montags morgens nicht vor 4 Uhr, Öffnung der Engros-Markthalle montags früh nicht vor 5 Uhr; 2. zwecks Durchführung einer 11stündigen ununterbrochenen Ruhepause, Öffnung des Schlachthofes früh nicht vor 5 und Schließung abends nicht nach 7 Uhr, wird zur Ueberweisung an den Magistrat zur Erwägung empfohlen. Die Petition des Königl. Eisenbahngüter-Expediten Timm, Beamter 7, um Remedur seiner zu hohen Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer pro 1903 bezw. um Zurückgewährung von 36 Mk. soll dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Infolge Einspruchs der Stadtv. Arons und Genossen geht die Petition der Naturheilärzte wegen Einrichtung von Lichtluftbädern von Stadtwegen an den Ausschuss zur Verichterstattung zurück. Ueber die Petition des Beamten Timm referiert Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortsch.): Es lägen in diesem Falle ganz überwiegende Billigkeitsgründe vor, dem Petenten, der irtümlich zur vollen Kommunalsteuer veranlagt worden sei, seinen Wunsch zu erfüllen, wenn auch die Einspruchsfrist bereits verstrichen gewesen sei, als die städtische Behörde von der Beamtenqualität Kenntnis erhielt.

Stadtrat Tourbié und Stadtv. Wallach (A. L.) befürworten den Uebergang zur Tagesordnung. Herr Wallach führt aus, daß es fast wie eine Verhöhnung der städtischen Behörde aussehe, wie der Petent auf das Ersuchen, seine Beamtenqualität zu erweisen, geantwortet habe. Auch Stadtv. Rommsen (fr. Fr.) stellt sich auf diesen Standpunkt.

Entgegen dem Ausschussantrag geht die Versammlung nach dem Antrage Wallach über die Petition zur Tagesordnung über. Hierauf erfolgt die Wahl eines Mitgliedes in die Hochbau-Deputation. Gemeldet sind die Stadtv. Kamlow (Soz.) und Runge (A. L.). Gewählt wird der letztere.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen von minderm Interesse schließt die öffentliche Sitzung gegen 7 1/2 Uhr.

Vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Es wird in die Diskussion des gegebenen Berichtes eingetreten. Himpel-Hamburg wünscht, daß in den zukünftigen Berichten die eigentlichen Ursachen eines örtlichen Mitgliederzuges offen angegeben werden. In Hamburg ist hauptsächlich die Bahnenflucht der Strassenbahner Schuld an dem Rückgang der Mitgliederzahl.

Habicht-Frankfurt: Auch in Frankfurt sind die Strassenbahner an dem Stehenbleiben der Mitgliederzahl nicht unschuldig. Außerdem scheinen die örtlichen Kartelle den Transportarbeiter-Verband noch nicht zu würdigen. In Mannheim gehören alte Parteigenossen, die politisch an führender Stelle stehen, gewerkschaftlich einem farblosen lokalen Hausdiener-Verein an und das Kartell gibt seinen Segen dazu. Die Brauer betreiben den Mitgliederzang unter den Bierführern speziell in Mainz mit Mitteln, die unter keinen Umständen fair genannt werden können. Der Arbeitsnachweis muß noch mehr als bisher forciert werden.

Reder-Leipzig wendet sich gegen die Anstellung von Ortsbeamten in Verwaltungsstellen, die eine zu niedrige Mitgliederzahl aufweisen. Die Haltung des Vorstandes im Streit mit dem Brauerverband ist entschieden zu schwach gewesen. Mit den Brauern muß deutlicher getredet werden. Das ganze Uebereinkommen ist nicht wert und wird obendrein von den Brauern nicht beachtet.

Berner-Berlin: Der Vorstandsbericht bietet in seinen Statistiken ein reiches Material, das hoffentlich genügend ausgenützt wird. Nur der Massenbericht ist nicht erfreulich. Eine stabile finanzielle Grundlage ist unbedingt notwendig. Bei Anstellungen müsse der Zentralvorstand deshalb etwas vorsichtiger sein. In Berlin wird die Agitation durch den Verein Berliner Hausdiener sehr erschwert. Dieser suche Anknüpfung an die Berliner Gewerkschaftskommission, lediglich um dem Verband noch mehr Konkurrenz zu machen. Dieser Verein erntet die Früchte der Ver-

bandstätigkeit, ohne nur einen Pfennig dafür zu spenden. Die Revisoren müssen das Recht haben, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, sie müssen auch zu diesen eingeladen werden.

Schulzli-Berlin erklärt, daß die Revisoren zu jeder Sitzung des Zentralvorstandes eingeladen wurden, leider aber nicht erschienen sind. Die Revisoren waren persönlich verärgert und haben dem Vorstand die Arbeit erschwert.

Gabert-Charlottenburg erklärt, warum in einzelnen Orten des Brandenburgischen die Organisation keine Fortschritte macht. In Köslin und Kolberg haben es die Kartelle abgelehnt, eine Agitation unter den Transportarbeitern zu betreiben mit der Motivierung, daß die betreffenden Leute dem Fabrikarbeiterverband anzugehören haben. Den Quertreibern der Brauer muß mit aller Energie entgegengetreten werden. Auch das eine lokale Droßknechtler-Organisation der Berliner Gewerkschaftskommission neben dem Verband angehört, ist ein unhaltbarer Zustand.

Spidermann-Berlin: Da die Hausdiener die eigentliche Grundlage der Organisation bilden, muß ihrer Heranziehung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die ehrlichen und weitgehenden Anerbietungen des Verbandes bezüglich eines Anschlusses nannte der Verein Berliner Hausdiener in seinem Vierteljahresbericht einen „Gammerstreich“. Mit solchen Leuten muß seitens der organisierten Arbeiterschaft deutlich geredet werden. Sie dürfen vor allen Dingen von gewissen leitenden Personen nicht verhöflicht werden. Es haben ja Mitglieder des Vereins wiederholt als Streikbrecher gearbeitet.

Dellmering-Eberfeld verliest es, wenn der Gau 13 kritisiert wird. Aber dort ist die Hochburg der christlichen und der kirchlich-Dückerischen Gewerkschaften und auch des Scharfmachertums. Auch die gelehrten Arbeiter haben in Westfalen keine größeren Fortschritte gemacht als wir. Vorläufig können wir mit den dortigen Organisationsverhältnissen zufrieden sein. Die blauen Berufsbereine dominieren noch in Westfalen; dort sitzen noch die Speichelleber und die Demagogen, die uns auf Schritt und Tritt verfolgen. Die Kritik der Gauorganisation hat uns keinen Nutzen gebracht.

Rathmann-Berlin: Die Strassenbahner sind das Schmerzenskind des Verbandes. Das kommt aber daher, weil zumeist unter ihnen in falscher Form agitiert worden ist. Die „Große Berliner“ zwingt ihre Angestellten, dem Arbeiter-Verein „freiwillig“ beizutreten, indem sie niemand anstellt, der nicht diesem Verein angehört. Der Beitrag zu diesem Verein wird gegen die gesetzlichen Bestimmungen einfach vom Lohn abgezogen. Der Bericht des Vorstandes ist ganz ausgezeichnet; nur ist er nicht übersichtlich genug. Es ist erwünscht, die Trennung der Klassen fallen zu lassen und die Widerstandsklasse der Hauptklasse einzuverleiben.

Schulzli-Berlin: Beder Generalkommission noch Gewerkschaftslogenz werden die Grenzstreitigkeiten regeln können. Es ist lebhaft zu bebauern, daß der Brauerverband die getroffenen Abmachungen durchbricht; das erschüttert das Vertrauen und stellt die ganze Gewerkschaftsbewegung in kein gutes Licht.

Martin-Erfurt: In Rudolstadt haben die Brauer unter Drohungen die Bierführer aus unserem Verbands herausgeholt. Die Kartelle sind oft mitschuldig an solchen Zuständen. Bei kleineren Lohnbewegungen muß den Gauleitern mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt werden.

Rüller-Cassel: Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um eine finanzielle Hebung des Verbandes herbeizuführen. Auch wir haben Differenzen mit den Brauern. Diese holen uns unter Anwendung verschiedener Drohungen die Bierführer aus der Organisation weg. Auch die Bauarbeiter haben in Cassel gedroht, mit einzelnen unserer Kollegen nicht mehr zusammenzuarbeiten, wenn diese nicht zu ihrem Verbands übertraten.

Röll-Hamburg: Auch wir haben mit der hemmenden Agitation der Lokalvereine zu rechnen. Die Partei dürfe solche Leute, die sich durchaus nicht zur gewerkschaftlichen Solidarität aufschwingen können, nicht mit besonderen Vertrauensposten beehren. Daß die Kartelle nicht in den Widerverband gehören, ist wohl jedem normal denkenden Menschen klar. Mit der Agitation unter den Strassenbahnern muß fortgefahren werden.

Zimmer-Breslau: In Schlesien registern die Schwarzen, die Polizei und die — Schnapsflasche; deshalb ist es dort so schwer, Verständnis für die Organisation zu finden. Die Situation der Mitglieder in Schlesien wird nur allmählich zu beschränken sein. Die Grenzstreitigkeiten hindern auch in Schlesien die Entwicklung der Organisation. Die Brauer tun speziell ihr Bestes dazu.

Richter-Chemnitz: Die Unterführungen, örtlich geregelt, bringen Verwirrung. Es ist unbedingt notwendig, eine einheitliche Regelung herbeizuführen. Die Agitation unter den weiblichen Handelsarbeitern muß energischer als bisher betrieben werden.

Ueber die örtlichen Verhältnisse erstatten dann noch Bericht Stelling-Lübeck, Meyerhöfer-München, Kösel-Köln, Döbler-München und Hahlebecker-Königsberg.

Marktpreise von Berlin am 10. Mai. Nach Ermittlungen des Hgl. Pollack-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 00,00—00,00 Mk., mittel 00,00—00,00 Mk., geringe 00,00—00,00 Mk. Roggen**, gute Sorte 00,00—00,00 Mk., mittel 00,00—00,00 Mk., geringe 00,00—00,00 Mk. Futtergerste*, gute Sorte 16,00—14,90 Mk., mittel 14,80 bis 13,70 Mk., geringe 13,60—12,60 Mk. Hafer*, gute Sorte 16,30—15,50 Mk., mittel 15,40—14,90 Mk., geringe 14,50—13,70 Mk. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 Mk. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 Mk. Linen 60,00—30,00 Mk. Kartoffeln 10,00—7,00 Mk. Rüböl 5,66 bis 4,66 Mk. Hen 9,20—7,80 Mk. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,20 Mk. Eier per Schock 4,00—2,28 Mk. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treuer, langjähriger Kollege
Paul Hirsland
am 9. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Friedens-Gemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.
Recht erge Beteiligung erwartet
68/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Richard Karow
am 8. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. Mts. nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in den Rissen, Spandau, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/20 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Auguste Wenig
geb. Reimer
nach langem, schwerem Leiden
entschlafen ist. 16568
Eduard Wenig.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Lichtenberg, Kruglege, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester
Margarete
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen sowie dem Gesangsverein „Textilia“ für den erhabenden Gesang im Namen der trauernden Hinterbliebenen meinen verbindlichsten Dank.
16906 **Wilhelm Schoch.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Karl Jensen
sage ich allen Verwandten, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Tochter
nebst Schwiegerohn.

Quadratruete 10 Mark
beim herrlichen Buch, Stettiner Borort, Fahrpreis 20 Pf., noch einige Waldparzellen jeder Größe, bei Otto Joers, Pankow, Elisenbergweg 10.

Dr. Simmel, Str. 41, Spezialarzt für 98/10* Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 12. Mai:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Lohengrin. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Iphigenie auf Tauris.
Neues Opernhaus. Jung-Heidelberg.
Deutsches. Der Schindbockent.
Berliner. Geflohen.
Wetken. Der Postillon von Lonjumeau.
Neues. Ledige Leute.
Thalia. Die Bäder von Lucca.
Residenz. Herzogin Crevette.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Herren Söhne.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räbliches Theater.) Gyges und sein Ring.
Seffing. Epa.
Kleines. Die Neudemälten. Ubschiedsfeier.
National. Figaros Hochzeit.
Neutral. Die kleinen Lämmer.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Belle-Alliance. Liebesmörder.
Carl Weiß. Unsere Bauern oder: Bauernblut.
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.
Kafins. Lotos Vater.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Die Neherbains.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Zubildensstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Eröffnung der Spielzeit der Direktion Rosenfeld.
Ledige Leute.
Sonnabend, Sonntag: Ledige Leute.
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neudemälten.
Vorch: Abschied vom Regiment.
Sonnabend, Sonntag: Nachtaafel.
National-Theater
Heinrichsbergweg 19.
Freitag, den 12. Mai 1905:
Figaros Hochzeit.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend: Drittes Gastspiel von Mrs. Ch. Wynn: „Das Glöckchen des Eremiten.“

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
DIE BÄDER VON LUCCA.
Bill-Verk. Thalia-Theat. 10-11/12, Wertheim,
Invaliden- und Künstlerdank.
Anfang 8 Uhr.

Neue Königl. Oper (Kroll).
Heute und folgende Tage:
Jung-Heidelberg.
Anf. 7 1/2 Uhr. Billettverk.: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim, Invalidendank und Abendkasse.
Ab Sonntag täglich:
Garten-Militär-Konzert.
Kasino-Theater
Lohringstr. 37. Anf. täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr:
Nur noch bis Sonnabend:
Lolo's Vater.
Ab Sonntag: Neu einstudiert: Hotel Klugebusch.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Apollo-Theater.
218, Friedrichstraße 218.
Täglich
Berliner Luft.
Musik von Paul Lincke.
Dazu: Das glänzende Mai - Spezialitäten-Programm und Liebesauftritten von Robert Steidl.
Ab 7 Uhr: **Garten-Konzert.**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.**
Sonntag, den 14. Mai 1905:
Großes Garten-Konzert.
Schiller-Gedenkfeier.
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Anfang des Konzerts 5 Uhr.
Besetzung der Plätze: Orchesterpl. 1 R., Sperrpl. 75 Pf., Parterre 50 Pf., Entree 30 Pf.

Schiller-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Heibel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Moerner, Blumengarten.
Heute sowie täglich:
Gastspiel des Hamburger Konzert- und Variété-Ensembles
Direktion: R. Sander.
Anfang: 9 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49
8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Mlle. Vallée aus Paris, armlose Pantomimistin!
Sig. Garcia, phänomenaler Schatten-Silhouettist!
Lebende Photographien.
Italien. Damenkapelle „Revelli“.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Oriona
akrobatische Tänzerin.
Hinode Truppe
japanische Gymnastik.
Emmi Kröcher
mit neuem Repertoire und das glänzende Mai-Programm.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ihr zweiter Mann.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 187. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsspieler mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herzogin Crevette.
Schauspiel in 1 Vorpiel u. 3 Akten von Georges Feydeau, Deutsch von Berna Jacobson.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Franzstr. 132.
Gastspiel der Original-Tegernseer.
Unsere Bauern oder: Bauernblut.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von Franz Albert. Musik von L. Thomas.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der Schürer-Franz.** Parfett 60 Pf.
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Das Liserl vom Schliersee.
The Eriks, Akrobaten.
La Wima, Sandmalerin.
Woodbee Wonders, komische Akrobaten.
O'Neil und Torp, amerikanische Excentrics.
Leslie Bros, musikalische Excentrics.
La belle Davies mit 2 Negerjungen.
The Bartleys, Springer.
The Heers, Drahtseilkünstler.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Romain Noiset, Kunstradfahrer.
Biograph, Serienbilder.

Zirkus Henry.
Heute Freitag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Zweite gr. humoristische Vorstellung,
in welcher sich in jeder Reprise 10 Clowns und dumme Auguste beteiligen. Zum viertenmal: Das Pyramiden-Monstertableau mit 30 Hengsten u. Elefanten, Original-Dressur des Direktor Henry.

Nollendorf-Platz Zirkus Maximilian Brose.
Heute 8 Uhr abends:
Wiederholung der Eröffnungs-Gala-Vorstellung.
Näheres durch Tagessettel Annoncen.
Billett-Vorverkauf bei Paul Grimm, Zigarrogesch., NW., Unter den Linden 47, Ecke Friedrichstr. u. English-Buffet.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Sommerpreise.
Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Letzte Vorstellung:
Montag, den 15. Mai.
Bis dahin täglich:
Die Meyerhains.
Mit den Autoren Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorkauf 11-2 Uhr.
Voranzeige!
Die Winter-Tymian-Sänger.
15 lässliche Humornisten, das berühmteste u. beliebteste Ensemble in diesem Genre, beginnt sein Gastspiel am Donnerstag, den 18. Mai.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Die Spielzeit ist bis auf weiteres: Sonnabend, Sonntag und Montag.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend, den 13. Mai 1905: **Extra-Vorstellung.**

Reichshallen.
Stettiner Sängerkorps.
Unsere süßen Dienstmädchen.
Beste von Meßel.
Anf. Montag, 8 Uhr.
Sonntag, 7 Uhr.

Etablissement Byggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Der große Naturgarten ist geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, den 14. d. M., vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Patzenhofer, Turmstraße 25/26:
Bezirks-Versammlung für Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 14. d. M., vormittags 10 Uhr, finden in den nachbenannten Lokalen die bekannten **Bezirks-Sitzungen** statt.
1. Bezirk: Blumenstr. 38, Restaurant Kubat.
2. Schönhauser Allee 135, Restaurant Ramlow.
3. Moabit, Dredowstr. 11.
4. Rixdorf, Rosenstr. 24, Restaurant Prell.
5. W., Bülowstr. 59, Restaurant Kamke.
6. Staltpfer, 59, Restaurant Klitz.
7. Charlottenburg, Volkshaus, Rosineustr. 3.
8. N., Diefenstr. 29, Restaurant Tauschel.
Sämtliche Kollegen werden aufgefordert, die Sitzungen zu besuchen. Auch werden dieselben neue Mitglieder aufgenommen.
Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 2):
Kommissions-Sitzung.
Der Obmann.

Zur Beachtung für die Bezirke Osten I, Osten II u. Nordosten:
Die neuerrichtete Zahlstelle 44 befindet sich bei F. Wegner, Löwenstraße 21.

Achtung! Vergolder Achtung!
Filiale Berlin.
Montag, den 15. Mai 1905, abends präzis 8 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen R. Neumann über „Natur-Erkennnis“.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Spar-Verein „Osten“.
Freitag, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29 (großer Saal):
Oeffentl. Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Rechtfertigung der Mitglieder des Spar-Vereins „Osten“ durch die Spar-Vereine G. m. b. H. und durch die am 14. April dieses Jahres stattgefundene Delegierten-Versammlung.
2. Freie Diskussion.
Die Geschäftsführer der Spar-Vereine G. m. b. H. sind zur Rechtfertigung ihres Verhaltens eingeladen.
Legitimation: „Sparkarte“.
Der Geschäftsführer, im Auftrage: C. Arndt, Köpenickerstraße 76.

Tischler-Verein zu Berlin.
G. S. 89.
Sonnabend, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder.
Sonntag, den 14. Mai: **Herrenpartie** u. Ludwigsfelde 2c. Abfahrt früh 7 Uhr Potsdamer Hauptbahnhof oder 6 Uhr Schleißer Bahnhof bis Neu-Babelsberg.
Sonntag, den 14. Mai, nachm. 4 Uhr: „Urania“-Sondervorstellung: „Der Simplon und sein Gebiet“. Billett a 40 u. 60 Pf. bei den Vorstandsmitgliedern erhältlich.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
„Solidarität“. Gau 9 Berlin.
Am Sonntag, den 21. Mai, findet im „Gasthof zur Sonne“ in Mühlenbeck (Bez. Berlin) unser erstes **Stiftungs-fest** statt, bestehend in Ball, Theater und Reigenfahren, wozu sämtliche Vereine ergebenst eingeladen sind. Anfang 6 Uhr. Mit solidarischem Gruß
Der Vorstand des Arb.-Radf.-Bereins Mühlenbeck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.
Montag, 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Kasernenbericht vom 1. Quartal und Bericht der Reichsvereine. 2. Diskussion über die Tages-Ordnung des Gewerkschaftskongresses. 3. Ein die Verwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(Eingeführt. Hilfskassen Nr. 29, Hamburg)
Filiale Berlin 6.
Sonnabend, den 13. Mai, abends von 8-11 Uhr, bei Diefel, Adlerstraße 123:
Stichwahl
zur außerordentl. Generalversammlung.
1659b Die Ortsverwaltung.

Otto Pritzkowski
Abnormitäten-Ausstellung
Königsstr. 16.
Kurzgeschnittenes des berühmten landstammigen Zauberkünstlers
Professor **Paulo.**
Lola, die Erfindung eines Weibes aus dem Nichts.
Ilona, Riefendame, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Arabella, total kunstvoll tätowiert.
Entree 20 Pf.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige neue **Mai-Programm.**
20 erstklassige Nummern.
Abendlich:
Großer Ringkampf
Parodie.
Zunungs-Krankenkasse der Glaser-Zwangs-Zunung zu Berlin.
Bekanntmachung.
Nach erfolgter Neuwahl legt sich der Vorstand wie folgt zusammen:
Vorsitz: Albert Kirchmann, 1. Vorsitz.
August Böcker, 2. Vorsitz.
Adolf Pulvermacher, Schriftführer.
Karl Heise, 2. Schriftführer.
Herren Hermann Schmidt, Gustav Fenzler, Karl Losensky, Fritz Feuerbach, Hermann Liebig als Beisitzer.
Die Vertretung der Klasse nach unten, insbesondere vor Gericht, liegt in Händen der Herren Albert Kirchmann und Adolf Pulvermacher.
Der Vorstand.
H. U.: Albert Kirchmann, Rixdorf, Hermannstraße 161.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Mitglied des Bundes „Solidarität“.
Sonntag, den 14. Mai:
1. 2. 3. Abt. nach Dreißig, Start: 8 Uhr Kreuzberg (Steuerhaus). 1 Uhr: Yellow. 12/16
4. Abt.: 7 Uhr nach Gerner. 1 1/2 Uhr nach Dessenwinkel. Start: Andreasplatz.
5. Abt.: 7 Uhr nach Werder-Saarnund. 1 Uhr: Romadew. Start: Glycerium.
6. Abt.: 6 Uhr nach Liebenwalde. 1 1/2 Uhr: Birkenwerder-Stolpe. Start: Dimeplatz.
7. Abt.: 11 Uhr nach Reinickendorf-Ost. Residenzstr. 124. 1 1/2 Uhr: Birkenwerder-Stolpe. Start: Schmeddenstraße, Ecke Badstraße.
8. Abt.: 8 Uhr nach Dreißig. 1 1/2 Uhr: Zeltow, Seehof (Waldhagen). Start: Kriminalgericht.
9. Abt.: 2 Uhr nach Johanniskanal (Volksgarten). Start: Schillingstraße 22, Kilde.
Gäste willkommen.

Heute Freitag, 9 Uhr, bei Ostrowsky, Schillingstr. 24:
Fahrt-Sitzung.
Vollständiges Erscheinen bedingt.
Achtung! Fleisch billiger!
Schlächterei
Veteranenstr. 15 offeriert
Schabfleisch Pf. 0.80
Schmorfleisch Pf. 0.60-0.70
Fehlrippe Pf. 0.55-0.60
Roulade Pf. 0.75
Filet im ganzen Pf. 0.80
Rumsteak ohne Knochen Pf. 0.80
Kalb-Schnitzel Pf. 1.00
Kalbskeule Pf. 0.60-0.65
Kalbsriemenstück u. Brustsp. Pf. 0.60
Hammelfleisch im ganzen Pf. 0.65
Schweineschinken Pf. 0.65-0.70
Koteletten Pf. 0.50
Kamm mit Fett u. Schulterblättchen Pf. 0.65-0.70
Weiche Schmalzwurst, Salami Pf. von 0.90 an.
Zungen, ff. Leber, Brunschwäger u. Landwurst Pf. 0.75
Hochfeine Grützwurst Pf. 0.10
Knobländler, 2 Paar Pf. 0.15

Arbeiter-Radfahrer-Bund
„Solidarität“. Gau 9 Berlin.
Am Sonntag, den 21. Mai, findet im „Gasthof zur Sonne“ in Mühlenbeck (Bez. Berlin) unser erstes **Stiftungs-fest** statt, bestehend in Ball, Theater und Reigenfahren, wozu sämtliche Vereine ergebenst eingeladen sind. Anfang 6 Uhr. Mit solidarischem Gruß
Der Vorstand des Arb.-Radf.-Bereins Mühlenbeck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.
Montag, 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Kasernenbericht vom 1. Quartal und Bericht der Reichsvereine. 2. Diskussion über die Tages-Ordnung des Gewerkschaftskongresses. 3. Ein die Verwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Sonder-Angebote

in

Stroh-Hüten

Beulen-Hüte



Neueste Formen
Kleidsam u. leicht
1,95, 1,25 **75** Pfg.

Kniff-Hüte



Viele Farben und
Fassons
3,50, 1,75, 1,—, 0,75 **65** Pfg.

Feinstroh-Hüte



Vornehme
Formen
3,— **2** Mk. 25 Pfg.

Binsen-Hüte



Feines Geflecht.
Sehr leicht u. an-
genohm **85** Pfg.

Dickstroh-Hüte



Dickes modernes
Geflecht
1,95, 1,25 **95** Pfg.

Strand-Hüte



Weisses Pikee mit
mehrfach gestopp-
ter Krempe **75** Pfg.

Kinder-Strohhüte.

Knaben-Strohhüte.

Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes
für Herren- und Knaben-Kleidung

Chaussee-Strasse 24a-25 11 Brücken-Strasse 11

Das 25 te Haupt-Preis-Buch (Fracht-Angabe) wird kostenlos zugesandt



Heute und morgen
unwiderruflich

2 letzte
Inventur-
Schluss-
Tage

Ausnahmepreisen!

Selten
günstige Kaufgelegenheit
für Hotels, Pensionate etc.

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstraße 158.

Inventur-Extraliste gratis
u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen mit
gereinigtem neuen Federkern bei
Gustav Kuttig, Berlin S., Brücken-
straße 40. Versuche kostenlos. Diese
Anzeigungsverhältnisse.)

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- " Frieden-Strasse 98. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Die nächtlichen Ruhestörer,

die Wangen, werden Sie nicht los, wenn Sie nicht dasjenige Mittel an-
wenden, das allein durchschlagenden Erfolg garantiert, nämlich **Reichels**
„Verstärktes Wanzenfluid“, das infolge seiner fermentationellen
Wirkung hochberühmt ist. Das Ungesieher wird nicht seiner Dunt total
ausgerottet, und zwar für alle Zeiten. Reichels Wanzenfluid durch-
dringt Laken und Stoffe, ohne dieselben zu beschädigen. Hinterläßt
nirgends Flecke und keinen üblen Geruch. Ist nicht feuergefährlich und
überall anwendbar. Eigenschaften, die keinem anderen Wanzen-
vertilgungsmittel nachgerühmt werden können. Nur echt und wirksam
in Blasen mit Marke „Tod und Teufel“ a 50 Pf., M. 1.—, 2.—,
3.—, oder M. 5.—, Sprühhapparate 50 Pf. zu haben in den
Drogerien, wo Blasen mit „Tod und Teufel“ und bei

Otto Reichel, Lieferant für Armee u. Marine,
Königliche u. städtische Behörden, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
T. IV. 646, 4562 und 3190, hier frei Haus, auswärts durch die Post.



Möbel-Fabrik - Niederlage

Otto Plettner,

Tischlermeister,

N., Dalldorfer-Strasse 19.

Komplette

Wohnungs-Sinrichtungen

und einzelne Möbel 2633L*
in gediegener Ausführung zu soliden Preisen.

Kennen Sie einen echten Diamanten, wenn Sie ihn sehen?

Sie haben die Gelegenheit

echte Diamanten für 1 Mark zu kaufen.

In unseren Schaufenstern placierten wir, sichtbar für Jedermann, zwischen unsere **Tait's Diamanten**

30 echte Diamanten

15 Stück Friedrichstr. 169

* 15 Stück Friedrichstr. 143

Diese echten Diamanten kann ein
Jeder aus dem Fenster heraus für **1 Mark**

das Stück kaufen. Die Fassungen, in welche diese
echten Diamanten gesetzt sind, werden nicht berechnet.

**Nur die nachstehenden Personen waren letzte Woche im Stande, in Folge ihrer
Sachkenntniss echte Diamanten zu 1 Mark das Stück zu kaufen:**

Herr Lehmann, Steglitz, Schloss-Strasse 119. — Herr E. Schmidt, Duncker-Strasse 21. — Fräulein Wolfsohn, Friedrich-Strasse 124. — Herr Otto Mundt, Offizier-
Verein. — Herr Kurzinaki, Pankow, Wollanck-Strasse 117. — Herr Harry Oelerich, Bonn a. Rhein. — Fräulein Helene Beckendorff, Garten-Strasse 161 — Herr
B. Neufeldt, Elsasser-Strasse 39. — Herr August Thie.e (2 Stück), Dresden, Eschen-Strasse 4. — Fräulein Wagener, Hagelsberger-Strasse 36 II. — Herr Markus
Wocinski, Weissensee, Lohninger-Strasse 6. — Fräulein Elisabeth Peschke (2 Stück), Kommandanten-Strasse 56. — Herr W. Leder, Landsberger-Strasse 13.

Dieser Verkauf dauert nur noch sehr kurze Zeit.

Tait's American Diamond Palace, Berlin

Friedrich-Strasse 169,
zwischen Französische und Behren-Strasse.

Friedrich-Strasse 143,
zwischen Dorotheen- und Georgen-Strasse.

7. Generalversammlung des Zentralverbandes der Töpfer und Berufsgenossen.

Am Mittwoch nach einhelliger Debatte, an der sich alle Delegierte beteiligten, ging der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Forderung bei Streiks und Lohnbewegungen, seiner Erledigung entgegen.

Die Resolution des Referenten, die den Grundfäden entspricht, die während der geheimen Sitzung besprochen wurden, wurde einstimmig angenommen.

Das Streikreglement erhält folgende Fassung: Von allen beabsichtigten Veränderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist dem Zentralvorstande mindestens zwei Monate vorher, bei Befehlen eines künftigen Lohnarbeitsrates zwei Monate vor dem Kündigungsstermine, Kenntnis zu geben und ihm Urachten, Einsichten und Momente für das Gelingen zu unterbreiten.

Jede Arbeitseinstellung, einschließlich der Sperrern, unterliegt der Genehmigung des Zentralvorstandes.

Die Beschlußfassung über Angriffsstreiks und Sperrern kann nur erfolgen, wenn die Genehmigung des Zentralvorstandes vorliegt; hiermit in Widerspruch begonnene Streiks dürfen als Verbandsmittel nicht unterstützt werden. Ueber Sperrern, die im „Töpfer“ veröffentlicht werden sollen, muß der Zentralvorstand allvierteljährlich Bericht erhalten.

Abwehrbewegungen, soweit es sich um Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt, können sofort begonnen werden, jedoch ist dem Zentralvorstande so frühzeitig Mitteilung zu machen, daß mit letzterem gemeinsam vor Beginn der Abwehrbewegung die notwendigen Maßnahmen beraten und beschloffen werden können.

Vom Antrag des Zentralvorstandes lautet Absatz 1: Bei großen Kämpfen und Ausprägungen in unserem Verstand, durch die Haupt-

lasse geleistet wird, sind auf Aufforderung des Zentralvorstandes die örtlichen Fonds der Filialen der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen.

David-Berlin spricht dagegen, da nicht überall Lokalfonds bestehen. Da eine Einigung nicht zu erzielen ist, zieht der Zentralvorstand diesen Vorschlag zurück; der sodann angenommene Antrag des Zentralvorstandes lautet:

Die örtlichen Fonds unterliegen der Kontrolle des Zentralvorstandes. Außerdem ist der Zentralvorstand berechtigt, bei großen Kämpfen, wo die örtlichen Beiträge nicht mehr zureichen, einen doppelten Beitrag als Extrabeitrag zu erheben. Die Beiträge zu den örtlichen Fonds dürfen 25 Pf. nicht übersteigen.

Ein Antrag Kautzky, dem Absatz bei Angriffsstreiks möglichst darauf zu achten, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, falls sie mehr als acht Stunden beträgt, zuzusetzen und Verrückung des Stoffs und Logiswesens wird angenommen, ebenso der Antrag Rathenow: „Diejenigen Kollegen, die bei einem Streik beteiligt waren und Arbeit nachgewiesen erhalten haben, aber noch während des Streiks dieser Arbeit ohne ihre Verfassungen verlustig gingen, wieder in die Reihe der Streikenden aufzunehmen und zu unterstützen.“

Zum Antrag Breslau: Ein Extrazuschuß aus örtlichen Mitteln bei Streiks ist nur mit Genehmigung des Zentralvorstandes statthaft“ gibt Gabel Aufschluß, daß dieser Antrag unter dem Eindruck des Dresdener Streiks gestellt wurde.

Segawe-Berlin findet, daß dadurch indirekt die Lokalfonds dem Zentralvorstande ausgeliefert würden. Der Antrag wird abgelehnt. Der Zentralvorstand beantragt weiter: „Die im Reglement vorgesehenen Unterstützungsfälle erhalten auch die gemäßregelten und wegen der Organisationsfähigkeit inaktiven Mitglieder. Diese Fälle unterliegen jedoch der Beschlußfassung des Zentralvorstandes.“ Der Antrag wird angenommen, damit erledigt sich ein ähnlicher Antrag Halle.

Verfammlungen.

In der ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen gab der Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, aus dem hervorgeht, daß derselbe in zahlreichen Sitzungen intensiv gearbeitet und hinsichtlich Führung der Interessen der Mitglieder in seiner kurzen Amtszeit Tätigkeit bestrebt war, Fortschritte auf dem Gebiete der Agitation, Enquetes usw. zu machen. Die Versammlung nahm hierüber beifällig Kenntnis. Darauf gab in übersichtlicher Weise Bericht über die Tätigkeit der Geschäftskommission, erwähnt zahlreiche Kommissionen, die vermieden werden konnten, und appelliert in dieser Hinsicht an die Besonnenheit der Kollegen, betont, daß die Wahrung ihrer Rechte in guten Händen sei. Zeiske gab den Kassenbericht vom 1. Quartal 1905. Die Einnahmen betragen mit dem Bestand vom 4. Quartal 1904 6180,25 Mk., die Ausgaben 4189,70 Mk.; Kassenbestand am 1. April 1905 2040,55 Mk. Außerdem hat die Ortsverwaltung bei der Hauptverwaltung ein Guthaben von 254,85 Mk. In der regen Debatte, an der sich John, Bornmann, Zeiske, Bontag pro und contra beteiligten, wird auf Antrag Hansen als Revisor die Decharge erteilt. Ein Antrag des Vorstandes, „gemeinsamliche Tagung der Körperschaften während der Sommermonate“, wird abgelehnt. Auf Anfrage Reichert teilt der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung als außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines zweiten Beamten, 2. Neuwahlen zum Vorstande, sich beschäftigen wird.

Wasserstand am 10. Mai. Elbe bei Müllig + 1,37 Meter, bei Dresden - 0,10 Meter, bei Rabensburg + 2,19 Meter. - Unstrut bei Ebraunthal + 1,65 Meter. - Ober bei Rathenow + 2,30 Meter, bei Brandenb. - 0,24 Meter, bei Dresden Unter-Regel + 0,16 Meter, bei Frankfurt + 2,15 Meter. - Elbe bei Brahmünde + 3,54 Meter. - Barthe bei Dolan + 1,18 Meter. - Rehe bei Uth + 0,90 Meter.

Prächtigt gedeihen die Kinder,

sich bekannlich durch hohen Nährwert und durch leichte Verdaulichkeit auszeichnen! Dem allgemeinen Wohlbefinden der Kinder muß die größte Aufmerksamkeit zuteil werden und beim Gebrauch von Knorr's Präparaten bleiben Verdauungsbeschwerden unbekannt. Knorr's Haferpräparate besitzigen nicht nur Verdauungsbeschwerden, sondern beugen ihnen auch wirksam vor. Deshalb heißt „Krankheit vorbeugen“ die goldene Lebensregel! Dies bezieht sich nicht nur auf die Kinderwelt, sondern im gleichen Umfang auch auf die Erwachsenen, namentlich auf die Frauen und die Mädchen.

die kleinen und die großen, wenn sie von der Kugen Mama statt mancher unverbäulicher Sachen Knorr's Haferpräparate wie Hafermehl, Hafergrüße, Haferflocken erhalten, die

4. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1905, nachmittags. Aus der Urliste über 240 Zettel, aus den betreffenden Nummern in Klammern beige gedruckt.

(Ganze Gewinne) Rückzahl verboten.

Table with lottery numbers for the 4th drawing of the 5th class of the Prussian lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes, including amounts in marks and cents.

4. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1905, nachmittags. Aus der Urliste über 240 Zettel, aus den betreffenden Nummern in Klammern beige gedruckt.

(Ganze Gewinne) Rückzahl verboten.

Table with lottery numbers for the 4th drawing of the 5th class of the Prussian lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes, including amounts in marks and cents.

4. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1905, nachmittags. Aus der Urliste über 240 Zettel, aus den betreffenden Nummern in Klammern beige gedruckt.

(Ganze Gewinne) Rückzahl verboten.

Table with lottery numbers for the 4th drawing of the 5th class of the Prussian lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes, including amounts in marks and cents.

4. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1905, nachmittags. Aus der Urliste über 240 Zettel, aus den betreffenden Nummern in Klammern beige gedruckt.

(Ganze Gewinne) Rückzahl verboten.

Table with lottery numbers for the 4th drawing of the 5th class of the Prussian lottery. It lists various numbers and their corresponding prizes, including amounts in marks and cents.

Spezialität: Maß-Anfertigung.

Elegante Jackett-Anzüge
in allen modernen Farben und Streifen 17-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge
schwarz und farbig von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen
von 3-14 Mark.

Sommer-Paletots
elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-45 Mark.

Jünglings- und Knaben-Garderobe
in grosser Auswahl.

Moderne Westen
von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderobe

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.
Feste Preise!

Spezialität: Maß-Anfertigung.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.

Wäsche. 80242* Krawatten.

Krug zum grünen Kranze
am Alexanderplatz (im Keller).
Täglich: „Fidelitas!“
Carl Lüdeckes
humoristisches Ensemble.
Entree frei. 30062

Herrenfragen, rein Wein. 4 f. beste Qualität. D. M. 3 u. 3,50.
Wauschetter, prima. 4fach 1/2 D. M. 1,80 und 2,25.
Serviteurs, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an.
Krawatten, Handschuhe, Hofenträger, Taschentücher, Strümpfe etc.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstraße 23.

Die Revisionen der Verhandlungen vor dem Reichsgericht lenken von neuem die Aufmerksamkeit auf das Buch:

Der Königsherberger Prozeß
wegen
Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung.
Preis gebunden R. 3,-.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Verb. der Capezierer
Filiale Berlin.
Zahlstelle 2 Restaurant Gröbner, Lindenstr. 15. 178/5

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gilschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für fortpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kadavieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 20112*

Fahrtgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Joseffi Cigaretten
Erstklassige deutsche Fabrikate.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Steppdecken billig Rohrlin Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche mit farbensehemer Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Garbincubans Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Spant! Kauft Handbleichhaus Weidenweg neunzehn staunenerregend Sommerpaletots, Jackettanzüge, Damenkonfektion, Aussteuerwäsche, Brautbetten, Vermietungsbett, Fenster-Vorhänge, Steppdecken, Teppiche, Bettinette, Regulatoren, Freischwinger, Tischuhren, Verschiedenes, Krautringe. +27*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadscher Markt 4, Bahnhofs Böse. 142/12*

Garbincubans - Stores - Zülbettdecken - nur beste Qualitäten - enorm billig! Garbincubans-Beschauhaus, Jerusalemstraße 12, nahe Dönhofsplatz. 5475*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 5408*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Eitelstraße 40. 5448*

Spezialgeschäfte für Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte spottbillig, Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Bochlagen 4, Gde. Neue Bahnhofsstraße. +120

Vino-leum-Läufer, Reste, Violeumhaus, Große Frankfurterstraße 45. *

Wach- und Blättentstalt, alte Kundenschaft, Bezug außerhalb, verkauft billig Wienerstraße 37. +1*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, auch für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie aus Handbleichen verfallene Sachen. Koch, Wuladstraße 14. 15635*

Nähmaschinen ohne Anzahlung bezahlt noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Borchert, Hornborststraße 50. *

Nähmaschinen! Bezahlt bis 10,00, wer Nähmaschinen Teilzahlung kauft, nachweist, Woche 1,00. Sämtliche Systeme. Postkarte. Alle Maschinen nehm zu höchsten Preisen in Zahlung. Funf, Rigdort, Rainierstraße 5. 16315*

Metalbetten, zwei hochlegante, 120,00, Ritterstraße 112 II. 16025*

Grammophon, großes, Tischchen, Gressenbaderstraße 37. +135*

Ringschiffchen, Bobbin, Schneidnähler, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 50/60.

Neues Küchenpind, Tisch, Kohlenkasten usw. billig zu verkaufen Küstnermacher, Kuppnerstraße 49. +92

Restoration zum Anwenntpreis umständlicher sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen Charlottenburg, Mertens, Schloßstraße 22. +125*

Gefäße Fries-Jenstermängel 2,15, Wert 4,00. Inventur - Extrapreis. Teppichhaus Lesfore, Dranienstraße 158.

Inventur - Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Lesfore, Dranienstraße 158. 2858*

Zimmlischebene Steppdecken 4,35 (Seidencrem), Wolllas-Steppdecken 4,25. Inventur - Ausnahmepreis. Teppichhaus Emil Lesfore, Dranienstraße 158. 2858*

Nähmaschinen, gebrauchte, Weiler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Weilmann, Gellertstraße 28. 4543*

Betten, Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche verkauft Leibhaus, Dranienstraße 177, Gde. Wuladstraße. 5298*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Wuladstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehnte und verfallene geweseene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Berlin 27,00, Ausziehisch 16, Musikelbrettchen mit Federmatratze und Kleintisch 26, Taschentisch 50, Vaselesofa 70, Kuchentisch 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. +110*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgelehnte, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidmeister Ritzertzell, Rosenhalsstraße 15, III. Amt III 2368.

Hochverehrte Herrenhofen aus feinsten Mahlkoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 5428*

Fahrradgelegene Isokäufe. Neue und wenig gebrauchte, eventuell Teilzahlung. Große Frankfurterstraße 14.

Milch, Grünstranggeschäft, gutgehend, verkauft Stallgerstraße 106.

Fahrradversicherung. Große Frankfurterstraße 14. +75*

Kanarienvogel, 6,00, Verschläger, Seifertshamm, Schloßplatz 2. 4/19

Garbincubans, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leibwäsche, Anzüge, Handuhren, Taschenuhren, Ketten, Ringe usw. spottbillig. Bleibliche Ritzertzellerplatz 7. 5628*

Käufertierplatz 7, Handbleiche, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 5708*

Fahrradrepaturen. Fahrradzubehör spottbillig. Große Frankfurterstraße 14. +29*

Restaurant, gutes Geschäft, billig zu verkaufen Gothenstraße 4. +103

Wink Hochmal - Vorkaufstelle, 53 Quadratmeter, 500 Mark verkaufen. Euanbi, Ranpachstraße 7, Hof II. +2

Bigarrengeschäft, 2 Stuben und Küche billig veräußert, zu erfragen Expedition Kronprinzenstraße 50.

Prüfungsgeschäft, Herren, Damensalon, große Abmontenzahl, viel Kaufkraft, sofort sehr billig, eventuell Teilzahlung zu verkaufen. Offerten unter H. 3, Expedition des Vormärts. +1625

Kinderwagen verkauft Deutsch, Berlin, Schönleinstr. 19, IV. +118

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, gebrauchte zwölf Mark. Kletterstraße 113, Wienerstraße 6. 16625

Kanarienvogel, Zuchtweibchen, Lehmann, Brunnenstraße 29. 16615

Herrenrad muß verkaufen Schönhauser Allee 9, Kaufsch. 250/13

Zellmacherei, komplett, beste Konstruktionslage, drei Jahre in letzter Hand, für 750 Mark veräußert. Haerber, Heidenstraße 11. 16575

Vaneelbrett, elegant, neun Mark Straußbergstraße 6a, II. 16506*

Blafelberg verkauft Bullhäse, hinterm ehemaligen Steuerhaus, Landsberger Allee. 16495

Leibhaus, Landsbergerstraße 89, beheizt und laust Brillanten, Pfandschneide, Gold, Uhren, Kleiderstoffe, Waren aus höchster. 105/6*

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleinwohnungen, gesunde, alle-billig, sofort Rigdort: Kopffstraße 15, Rangschiffstraße 12. 3/10*

Cubenaderstraße 35, 37, 38. Billige und gesunde Wohnungen, Etage, Küche von 18 Mark ab, sofort zu vermieten. Näheres beim Ritzert, Ritzertstraße 9, III.

Hermendorf, Sommerwohnung, zwei Stuben und Küche, schön gelegen, fünf Minuten vom Bahnhof, bis ersten Oktober zu vermieten, 25,00 Mark monatlich. Hermendorf, Augustastr. 9, III.

Etage und Küche, 19 Mark Miete, sofort zu vermieten Bienenstraße 41/42.

Mietsgesuche.

Zwei junge Leute suchen in Ober-Schöneberg saubere Schlafstelle. Angaben unter S. D. 18 da selbst postlagend. +2

Kunsthändlerverlei sucht angenehmes Heim bei gutsituierten Personen. Offerten unter O. 35, Postamt 58. +49

Frauen und Mädchen für bessere Südwesten verlangt Weidemeyer, Andreasstraße 38. 16556*

Tüchtige Cigarettenarbeiterinnen gegen Reizevergütung gesucht. Bessel, Knaul, Magdeburger-Neustadt.

Frauen finden durch Teilungsauftrag dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen Bismarckstraße 41 im Keller. 4/3*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis der Goldschmiede. Berlin, Engel-Platz 15.

Gelucht nach Luzern (Schweiz):

1 tüchtiger, fester Monteur, 40-45 Frank pro Woche.

1 tüchtiger, fester Monteur, 2. Kraft, 33 Frank pro Woche.

Für Berlin: Silberarbeiter-Verbringer.

1 junger Mädchen zum Goldpolieren (Zehrling).

1 Lehrling für Kunstformerei und Sichern. 116/18

bedürfen sich die Arbeiter wegen Lohn-differenzen im Streit. 18/16*

Zugung ist streng fernzuhalten!

Neuer ist Zugung fernzuhalten von der Firma Jul. u. Herm. Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102.

Teppichweber!

Der Zugung nach den Teppichfabriken von Friedrich, Treutem, Köpfer Landstr. 28/29, Benjamin u. Co., Reichstr. 23, und Rud. Vaader, Behnichen-Platz 6, ist fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streit befinden. 197/11*

Kürschner!

Wegen Maßregelung von Kollegen, die sich an der Kürschner beteiligten, sind die Beschäftigten der Firmen

Jacob & Bräutigam
Markgrafenstr. 58, und

Zyrewitz, Kommandantenstr. 24
geperrt. 102/10

Zugung ist streng fernzuhalten.

Deutscher Kürschnerverband.
Zahlstelle Berlin.

Verband der Kürschner Berlin
und Umgegend.

Verkaufe.

Steppdecken billig Rohrlin Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Teppiche mit farbensehemer Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Garbincubans Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Spant! Kauft Handbleichhaus Weidenweg neunzehn staunenerregend Sommerpaletots, Jackettanzüge, Damenkonfektion, Aussteuerwäsche, Brautbetten, Vermietungsbett, Fenster-Vorhänge, Steppdecken, Teppiche, Bettinette, Regulatoren, Freischwinger, Tischuhren, Verschiedenes, Krautringe. +27*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadscher Markt 4, Bahnhofs Böse. 142/12*

Garbincubans - Stores - Zülbettdecken - nur beste Qualitäten - enorm billig! Garbincubans-Beschauhaus, Jerusalemstraße 12, nahe Dönhofsplatz. 5475*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 5408*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Eitelstraße 40. 5448*

Spezialgeschäfte für Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte spottbillig, Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Bochlagen 4, Gde. Neue Bahnhofsstraße. +120

Vino-leum-Läufer, Reste, Violeumhaus, Große Frankfurterstraße 45. *

Wach- und Blättentstalt, alte Kundenschaft, Bezug außerhalb, verkauft billig Wienerstraße 37. +1*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, auch für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie aus Handbleichen verfallene Sachen. Koch, Wuladstraße 14. 15635*

Nähmaschinen ohne Anzahlung bezahlt noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Borchert, Hornborststraße 50. *

Nähmaschinen! Bezahlt bis 10,00, wer Nähmaschinen Teilzahlung kauft, nachweist, Woche 1,00. Sämtliche Systeme. Postkarte. Alle Maschinen nehm zu höchsten Preisen in Zahlung. Funf, Rigdort, Rainierstraße 5. 16315*

Metalbetten, zwei hochlegante, 120,00, Ritterstraße 112 II. 16025*

Grammophon, großes, Tischchen, Gressenbaderstraße 37. +135*

Ringschiffchen, Bobbin, Schneidnähler, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 50/60.

Neues Küchenpind, Tisch, Kohlenkasten usw. billig zu verkaufen Küstnermacher, Kuppnerstraße 49. +92

Restoration zum Anwenntpreis umständlicher sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen Charlottenburg, Mertens, Schloßstraße 22. +125*

Gefäße Fries-Jenstermängel 2,15, Wert 4,00. Inventur - Extrapreis. Teppichhaus Lesfore, Dranienstraße 158.

Inventur - Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Lesfore, Dranienstraße 158. 2858*

Zimmlischebene Steppdecken 4,35 (Seidencrem), Wolllas-Steppdecken 4,25. Inventur - Ausnahmepreis. Teppichhaus Emil Lesfore, Dranienstraße 158. 2858*

Nähmaschinen, gebrauchte, Weiler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Weilmann, Gellertstraße 28. 4543*

Betten, Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche verkauft Leibhaus, Dranienstraße 177, Gde. Wuladstraße. 5298*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Wuladstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehnte und verfallene geweseene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Berlin 27,00, Ausziehisch 16, Musikelbrettchen mit Federmatratze und Kleintisch 26, Taschentisch 50, Vaselesofa 70, Kuchentisch 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. +110*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgelehnte, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidmeister Ritzertzell, Rosenhalsstraße 15, III. Amt III 2368.

Hochverehrte Herrenhofen aus feinsten Mahlkoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 5428*

Fahrradgelegene Isokäufe. Neue und wenig gebrauchte, eventuell Teilzahlung. Große Frankfurterstraße 14.

Milch, Grünstranggeschäft, gutgehend, verkauft Stallgerstraße 106.

Fahrradversicherung. Große Frankfurterstraße 14. +75*

Kanarienvogel, 6,00, Verschläger, Seifertshamm, Schloßplatz 2. 4/19

Garbincubans, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leibwäsche, Anzüge, Handuhren, Taschenuhren, Ketten, Ringe usw. spottbillig. Bleibliche Ritzertzellerplatz 7. 5628*

Käufertierplatz 7, Handbleiche, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 5708*

Fahrradrepaturen. Fahrradzubehör spottbillig. Große Frankfurterstraße 14. +29*

Restaurant, gutes Geschäft, billig zu verkaufen Gothenstraße 4. +103

Wink Hochmal - Vorkaufstelle, 53 Quadratmeter, 500 Mark verkaufen. Euanbi, Ranpachstraße 7, Hof II. +2

Bigarrengeschäft, 2 Stuben und Küche billig veräußert, zu erfragen Expedition Kronprinzenstraße 50.

Prüfungsgeschäft, Herren, Damensalon, große Abmontenzahl, viel Kaufkraft, sofort sehr billig, eventuell Teilzahlung zu verkaufen. Offerten unter H. 3, Expedition des Vormärts. +1625

Kinderwagen verkauft Deutsch, Berlin, Schönleinstr. 19, IV. +118

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich eine Mark, gebrauchte zwölf Mark. Kletterstraße 113, Wienerstraße 6. 16625

Kanarienvogel, Zuchtweibchen, Lehmann, Brunnenstraße 29. 16615

Herrenrad muß verkaufen Schönhauser Allee 9, Kaufsch. 250/13

Zellmacherei, komplett, beste Konstruktionslage, drei Jahre in letzter Hand, für 750 Mark veräußert. Haerber, Heidenstraße 11. 16575

Vaneelbrett, elegant, neun Mark Straußbergstraße 6a, II. 16506*

Blafelberg verkauft Bullhäse, hinterm ehemaligen Steuerhaus, Landsberger Allee. 16495

Leibhaus, Landsbergerstraße 89, beheizt und laust Brillanten, Pfandschneide, Gold, Uhren, Kleiderstoffe, Waren aus höchster. 105/6*

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleinwohnungen, gesunde, alle-billig, sofort Rigdort: Kopffstraße 15, Rangschiffstraße 12. 3/10*

Cubenaderstraße 35, 37, 38. Billige und gesunde Wohnungen, Etage, Küche von 18 Mark ab, sofort zu vermieten. Näheres beim Ritzert, Ritzertstraße 9, III.

Hermendorf, Sommerwohnung, zwei Stuben und Küche, schön gelegen, fünf Minuten vom Bahnhof, bis ersten Oktober zu vermieten, 25,00 Mark monatlich. Hermendorf, Augustastr. 9, III.

Etage und Küche, 19 Mark Miete, sofort zu vermieten Bienenstraße 41/42.

Mietsgesuche.

Zwei junge Leute suchen in Ober-Schöneberg saubere Schlafstelle. Angaben unter S. D. 18 da selbst postlagend. +2

Kunsthändlerverlei sucht angenehmes Heim bei gutsituierten Personen. Offerten unter O. 35, Postamt 58. +49

Frauen und Mädchen für bessere Südwesten verlangt Weidemeyer, Andreasstraße 38. 16556*

Tüchtige Cigarettenarbeiterinnen gegen Reizevergütung gesucht. Bessel, Knaul, Magdeburger-Neustadt.

Frauen finden durch Teilungsauftrag dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen Bismarckstraße 41 im Keller. 4/3*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis der Goldschmiede. Berlin, Engel-Platz 15.

Gelucht nach Luzern (Schweiz):

1 tüchtiger, fester Monteur, 40-45 Frank pro Woche.

1 tüchtiger, fester Monteur, 2. Kraft, 33 Frank pro Woche.

Für Berlin: Silberarbeiter-Verbringer.

1 junger Mädchen zum Goldpolieren (Zehrling).

1 Lehrling für Kunstformerei und Sichern. 116/18

bedürfen sich die Arbeiter wegen Lohn-differenzen im Streit. 18/16*

Zugung ist streng fernzuhalten!

Neuer ist Zugung fernzuhalten von der Firma Jul. u. Herm. Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102.

Teppichweber!

Der Zugung nach den Teppichfabriken von Friedrich, Treutem, Köpfer Landstr. 28/29, Benjamin u. Co., Reichstr. 23, und Rud. Vaader, Behnichen-Platz 6, ist fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streit befinden. 197/11*

Kürschner!

Wegen Maßregelung von Kollegen, die sich an der Kürschner beteiligten, sind die Beschäftigten der Firmen

Jacob & Bräutigam
Markgrafenstr. 58, und

Zyrewitz, Kommandantenstr. 24
geperrt. 102/10

Zugung ist streng fernzuhalten.

Deutscher Kürschnerverband.
Zahlstelle Berlin.

Verband der Kürschner Berlin
und Umgegend.

Berliner Nachrichten.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war kurz und ohne besonderen Inhalt. Den Anfang des öffentlichen Teiles der Sitzung bildete eine Ansprache des Vorsitzers Langerhans, die dem Andenken Schillers galt, des „tapferen“ Dichters, wie Herr Langerhans ihn nannte. Die nachfolgende geheime Sitzung endete mit dem Beschluß, am Hochzeitstage des Kronprinzen für die Betätigung des Berliner „Männerstolzes vor Königsthronen“ 150 000 M. aufzuwenden. Und in der Mitte zwischen jenem Anfang und diesem Ende stand die Ausschuß-Berichterstattung über die Verlegung der Festliche des Rathhauses und die Herstellung eines Speisenaufzuges nach dem Festsaal. Eine „festlichere“ Sitzung hat es in unserem Stadtparlament sicherlich noch nie gegeben.

Vom Desinfizieren.

Das beste Desinfektionsmittel ist nicht Karbol, Lysol, Formaldehyd und ähnliche Apothekerware, sondern Reinlichkeit. Reinlichkeit im weitesten Sinne des Wortes! Reinlichkeit, wie man sie nicht allein durch den Gebrauch von Wasser und Seife schafft, sondern auch durch reichliche Zufuhr frischer Luft und hellen Sonnenscheins. Daneben ist auch eine richtige Ernährung und eine vernünftige Bemessung von Arbeit und Ruhe als ein Vorbeugungsmittel gegen Krankheiten mancherlei Art zu empfehlen. Aber so lange für die Mehrzahl der Menschen dieses wirksamere „Desinfektions“-Verfahren noch ein Luxus ist, müssen freilich immer wieder Karbol, Lysol usw. ausweichen, so gut oder schlecht sie es können.

Kun ist für sehr viele Leute selbst die Anwendung dieser Surrogate noch ein recht teures Vergnügen. Da verjagt dann unsere städtische Desinfektionsanstalt großmütig auf die Bezahler der Gebühren für die von ihr ausgeführte Desinfektion. Doch beileibe nicht ohne weiteres, sondern nur dann, wenn Du der Wohltat bedürftig erscheinst und um sie bittest. Dein Wohlrecht verliert Du nicht, wenn diese Wohltat Dir zu teil wird, aber daß Du bittest, das ist das mindeste. Zwar kommt solche Wohltat, soweit Desinfektion mit Apothekerwaren überhaupt ihren Zweck erfüllen kann, weniger dem einzelnen zu gute als der Gesamtheit, die zu ihrem Schutze die Weiterverbreitung von Krankheiten einzudämmen sucht. Aber nicht der Gesamtheit will man die Kosten aufbürden, sondern im Prinzip kann zu ihrer Deduktion der einzelne herangezogen werden, in dessen Wohnung die Krankheit bereits Einkehr gehalten hat. Am Ende ist Krankheit eine Art Verbrechen, das der einzelne an der Gesamtheit begeht und das zu bestrafen ist.

Die Berliner Desinfektionsanstalt, die 1886 mit so großen Versprechungen eröffnet wurde, nachdem Frankreichs Choleraepidemie von 1884 dem liberalen Bürgertum der deutschen Reichshauptstadt einen nicht geringen Schaden eingebracht hatte, hat sich inzwischen immer mehr als lächerliche Struppe erwiesen. Aus mehreren Gründen — unter anderem eben deshalb, weil ihr die allgemeine Gebührensicherheit noch immer fehlt. Das trägt mit dazu bei, gerade diejenige Bevölkerungsschicht von der Benutzung der Desinfektionsanstalt abzuhalten, die am häufigsten von anstehenden Krankheiten heimgegriffen wird und dabei in den elendesten Wohnungen haust. Die Verwaltungsberichte der Desinfektionsanstalt sind in dieser Beziehung sehr lehrreich. Der Bericht für das Etatsjahr 1903, der leider erst jetzt dem Magistrat vorliegt, zeigt, daß die Anstalt immer weniger von der ärmeren Bevölkerung in Anspruch genommen wird. Unter den Haushaltungsvorständen, die desinfizieren ließen, waren im Etatsjahr 1903 die Hinterhausbewohner nur noch mit 26,7 Proz. vertreten, während sie in den fünf vorhergehenden Jahren noch 27,2 Proz., 31,5 Proz., 32,6 Proz., 35,1 Proz., 40,0 Proz. ausmachten. Die Gruppierung nach Berufen zeigt ziemlich dasselbe Bild. Auf die Gewerbegehilfen und Arbeiter kamen 1903 nur noch 21,0 Proz., fünf Jahre früher noch 29,8 Proz.

In den früheren Berichten, auch noch in dem für 1902, war immer hervorgehoben worden, daß die wohlhabenden Vorderhausbewohner oft auch bei nicht anstehenden Krankheiten desinfizieren lassen, die Hinterhausbewohner dagegen fast immer erst durch die Polizei dazu genötigt werden müssen. Trotzdem wehren Magistrat und freisinnige Mehrheit sich noch immer mit großer Hartnäckigkeit gegen die oft wiederholte sozialdemokratische Forderung allgemeiner Gebührensicherheit. Im Bericht für 1902 heißt nun zum erstenmal der Hinweis auf den Gegensatz zwischen arm und reich. Nachdem jene fast lornisch wirkende Antonsquenz viele Jahre hindurch im „Vorwärts“ beleuchtet und auch in der Stadtverordneten-Versammlung zuletzt noch bei der vorjährigen Etablierung von sozialdemokratischer Seite festgenagelt worden ist, scheint der Magistrat endlich begriffen zu haben, daß er sich durch Offenheit lächerlich macht.

Geschickter Boden. Uns wird geschrieben: Vor 14 Tagen stand ein städtischer Beamter, Herr G., mit seiner kleinen Tochter vor der Tür eines in der Voltastraße gelegenen Hauses, um jemand zu erwarten. Da trat ein Schutzmännchen an ihn heran mit dem Bedeuten: Sie dürfen hier nicht stehen, in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wird gestreift. Herr G. ging einige Häuser weiter und blieb wieder stehen. Doch auch hier trat der Beamte wieder heran: „Im Bereich der A. E. G. dürfen Sie nicht stehen bleiben, gehen Sie weiter!“ Als Herr G. erwiderte: „Wollen Sie mir dann nicht wenigstens sagen, wie weit der Bereich der A. E. G. sich erstreckt?“, wurde der Beamte ungemächlich und sagte: „Neben Sie nicht lange, sonst muß ich Sie fesseln!“ Nun ging Herr G. sofort in seine Wohnung und setzte eine schriftliche Beschwerde an den Polizeipräsidenten auf. Nach einigen Tagen erschien der Revierleutnant im Bureau des Herrn G. zur Vernehmung und fragte ihn, ob er sich mit einer Entschuldigung des Beamten begnügen würde. Herr G. erklärte: „Zawohl, aber nur in Gegenwart der polizeilichen Vorgesetzten des Schutzmännchens.“ — Antwort: „Das ist Sache der Hauptmannschaft!“ — Dorthin ist nun berichtet, und man darf auf den Erfolg gespannt sein.

In dem Staate, wo zwar nach der Verfassung, aber selbstverständlich nicht in Wirklichkeit, alle Staatsbürger vor dem Gesetze und seinen Gütern gleich sind, traf den in Betracht kommenden Schutzmännchen das Unglück, daß er im Eifer einem Richterarbeitern den Aufenthalt im geheiligten Streifenverbot. Deswegen soll er sich nun entschuldigen. Der Gedanke, daß die Polizei sich in Unkosten gefügt hätte, wenn ein Arbeiter unberechtigt vom Schutzmännchen fortgewiesen wäre, ist zu absurd, um ihn auszubedenken. So einer hätte froh sein können, wenn er nicht obendrein eines jener belamten Strafmandate bekommen hätte, auf die hin selbst bürgerliche Gerichte unter Beifügung etlicher moralischer Ohrfeigen für die Polizei auf Freisprechung erkennen.

Eine ultramontane „Doktorfrage“.

Eine merkwürdige Geschichte ereignet seit einiger Zeit die militärgeistlichen Kreise der hiesigen Garde, und auch die Armeeverwaltung beschäftigt sich mit der Angelegenheit. Ein bei der Garde fungierender katholischer Divisionspfarrer soll nämlich veranlaßt worden sein, dem bisher geführten Dokortitel zu entsagen. Das allerletzte ist nun die Begründung, die man für diesen Zwangsbescheid angibt. Der betreffende Herr soll nämlich den Dokortitel seinerzeit von dem des Liberalismus verdächtigen Professor Kraus in Freiburg erworben haben und man behauptet nun, daß die Militärverwaltung um des „leperischen“ Ursprungs des Dokortitels willen die Befreiung wenn nicht veranlaßt, so doch

bestätigt zu haben. Immerhin läßt der Herrs noch so viel Toleranz, daß die geistlichen Vorgesetzten des Divisionspfarrers erst jetzt ihren Anspruch erhoben haben, obwohl ihnen der Ursprung des Titels schon seit mindestens Jahresfrist wohlbekannt ist. Die Geschichte ereignet, wie gesagt, ein großes Interesse in den beteiligten Kreisen, sie hat jedenfalls so sehr den Vorzug der Seltsamkeit, daß man sie kurz erwähnen darf. An der Begründung freilich, die man dem Vorgehen der Militärbehörde gibt, möchten wir zweifeln. So ultramontan ist doch selbst die Garde nicht.

Die Vangezüge sind in Berlin im ersten Viertel des Jahres 1905 beträchtlich zahlreicher gewesen als in demselben Zeitraum des Jahres 1904. Diesmal hat das erste Vierteljahr schon 2246 Vangezüge gebracht. Dagegen entfielen auf das erste Viertel des vorigen Jahres nur 1912 und auf das erste Viertel des davorigen Jahres nur 1892 Vangezüge. Für das erste Vierteljahr 1905 stellt sich das Mehr an Vangezügen gegenüber dem ersten Vierteljahr 1904 auf reichlich 17 Proz.

Die gewerblichen Hoch- und Fortbildungsanstalten sind jetzt der neugebildeten Deputation für das städtische Hoch- und Fortbildungsschulwesen unterstellt. Vorsitzender dieser Deputation ist Stadtschulrat Dr. Gerstenberg. Für die Deputation ist ein besonderes Bureau gebildet worden, welches in dem Hause Klosterstr. 41, Erdgesch., untergebracht ist. — Alle die obengenannten Unterrichtsanstalten betreffenden Schriftstücke sind jetzt nicht mehr an die Gewerbe- oder Schuldeputation, sondern an die oben bezeichnete Stelle zu richten.

Das Verbot der Scheuklappen. Die am 1. April d. J. in Kraft getretene Droschkenordnung für Groß-Berlin bestimmt, daß die Droschkenpferde ohne Scheuklappen zu fahren sind. Hiergegen ist von den Droschkenbesitzern Einspruch erhoben und in einer Petition der Polizeipräsidenten erlucht worden, zu gestatten, daß Pferde mit ordnungsmäßigen Scheuklappen im Droschkenbetriebe verwendet werden dürfen. Eine Antwort auf die am 1. v. M. überreichte Petition ist noch nicht ergangen, inzwischen hat aber der Vorstand des Verbandes der Fuhrwerkbesitzervereine Berlins und Umgegend die Frage: „Sind Scheuklappen notwendig oder zu entbehren?“ dem königl. Ober-Marshallamt zur Begutachtung unterbreitet. Und von dort ist eine von dem Oberstallmeister Graf von Bedel und dem Vize-Oberstallmeister v. Ebede unterzeichnete Antwort eingegangen, worin es dem „Fuhr.“ zufolge heißt: „Was den Gebrauch von Scheuklappen bei Pferden in dem Betriebe der Großstadt anbelangt, so ist es nach langjährigen Erfahrungen nicht wohl angingig, ihn kurzer Hand zu verbieten, ohne die von diesem Verbot Betroffenen schwer zu schädigen. Das Verbot ist anscheinend wohl in tierschützerischem Sinne erlassen, doch ist die schon seit Jahrhunderten verwendete Scheuklappe, wenn richtig angebracht, absolut keine Tierquälerei und fñgt den Pferden auch keinen Schaden zu. Der Zweck der Scheuklappe ist weniger der, die Pferde vor dem Scheuen zu bewahren, denn ein wirklich scheues Pferd scheut auch mit Scheuklappen, als der, das Pferd vor dem Erschrecken von Eintrüben, die von hinten ihm bemerkbar waren, zu bewahren, wie z. B. Schou vor Bewegungen der Peitsche. Nichts wäre dagegen einzuwenden, wenn gesagt würde, ein Fahren ohne Scheuklappen ist anzustreben, aber es einfach anzuerkennen, ist eine gewagte Sache, wenn man nicht gleichzeitig den Pferden das Scheuen oder auch nur das Empfindlichsein verbieten kann, und viele Pferde, die ohne Scheuklappen im Gewühl der Stadt nicht zu brauchen wären, tun mit Scheuklappen ihren Dienst tadellos, und es würde eine nicht zu begründende Erschwerung und vor allem Verteuerung des öffentlichen Fuhrwesens sein, wenn diese Pferde ausgeschlossen werden sollten.“

Die Legitimierung unehelich geborener Kinder ist in Berlin so häufig, daß ungefähr auf je vier bis fünf uneheliche Geburten immer eine Legitimierung kommt. Hierbei ist noch nicht in Betracht gezogen, daß eine sehr erhebliche Zahl der unehelich Geborenen wegstirbt, ehe es den Eltern möglich wurde, durch nachträgliche Eheschließung die Legitimierung herbeizuführen. Meist ist nur ein Kind zu legitimieren. Es kommen aber auch Fälle vor, wo die Legitimierung zugleich auf zwei, drei und manchmal noch mehr bereits vorhandene Kinder sich erstreckt. Ungewöhnlich ist ein Fall, den die neueste Monatsstatistik des Berliner Statistischen Amtes bucht. Da sind durch eine Eheschließung sechs uneheliche Kinder, die bereits vorhanden waren, legitimiert worden. Daneben steht noch ein Fall mit vier Kindern, ferner ein Fall mit drei Kindern, acht Fälle mit je zwei Kindern und 140 Fälle mit je einem Kinde.

Eine Auflösung der Berliner Stadtschulden von 1898 hat für das Jahr 1905 nicht stattgefunden, da nach Bekanntmachung des Magistrats das planmäßige Tilgungsquantum von 1 327 200 M. durch Ankauf erworben worden ist.

Im den Geschäftsverkehr in den Berliner Markthallen zu haben, schlägt ein Herr Schäfer, der als beeidigter Sachverständiger für Obst fungiert, der Verwaltung vor, in jeder Markthalle eine Sammel- und Auslieferungsstelle zu errichten, die dem Publikum zur Verfügung stehen soll. Ganz richtig führt Herr Schäfer an, daß die Standinhaber in den seltensten Fällen bereit sind, die Waren den Käufern frei ins Haus zu schicken, während die Warenhäuser und auch andere Geschäfte dies Entgegenkommen für selbstverständlich halten. Von den Sammelstellen aus sollen die gekauften Gegenstände den Käufern auf deren Kosten oder auch auf Kosten der Standinhaber ins Haus befördert werden. Zu berechnen sind für das Aufbewahren und Zufahren bis zu 10 Kilogramm Gewicht 20 Pf. usw., von 50—100 Kilogramm 1 M.; die Expedition soll spätestens eine Stunde nach der Auslieferung erfolgen und zwar mittels Transport-Dreiräder. Herr Schäfer erklärt sich bereit, in Gemeinschaft mit einem Vanlinsitat das Unternehmen sofort zu gründen, wenn ihm auf Jahre hinaus die alleinige Berechtigung für sämtliche Markthallen eingeräumt und genügende verschließbare Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Uns will scheinen, daß das Unternehmen nicht allzuviel Aussicht hat, wenn den Käufern die Kosten des Warentransports aufgebürdet werden.

Der Polizeistand bei der Schillerfeier haben wir bereits vorgestern gedacht. Ein Freund unseres Blattes schildert das Vorgehen der Schulleute recht drastisch: Unser Weg führte uns über den Schillerplatz und wir wollten die Gelegenheit wahrnehmen, den Festplatz und das geschmückte Denkmal anzuschauen. Militär, Studenten, Sänger, alles war schon fort. Gruppen von Menschen standen auf dem Platz neben vielen Schulleuten, und unmittelbar um das Denkmal drängten sich zirla 100 Personen, die mit andächtigen Interesse ruhig Denkmal und Kränze bewunderten. Im Gegenzug dazu ein Polizei-Offizier, welcher mit Lebhaftigkeit hin- und herlief, das völlig harmlose Publikum energisch zum Fortgehen „aufmunterte“ und zwei Menschen eigenhändig beim Kröpfen nahm. Als drei berittene Schulleute nicht vermochten, die Schillerdenkmäler von dem Denkmal zu entfernen, eilte er plötzlich zum Strahndamm, von wo aus darauf mindestens acht Veritene erschienen, um die harmlose Menge, die sich keines Unrechtes bewußt war, von dem Gegenstande ihrer Verehrung hinwegzutreiben. Auf die ruhige Frage meines Freundes, warum es nicht erlaubt sei, am Denkmal zu bleiben, entgegnete er mit erhobener Stimme: „Erfür müßten die Kabaubrüder weg“. Die weitere Frage, ob wir damit gemeint seien, beantwortete er mütig: Niemand sei damit gemeint. Zwei Schulleute, die von ihm Befehle entgegengenommen, konnten den Namen des Polizei-Offiziers nicht angeben, westwegen ich unser Erlebnis hiermit der Öffentlichkeit zur Kritik unterbreite.

Ueber diese Vorgänge wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrieben: Es hatte sich an der Charlottenstraße beim Schauspielhaus ein der Feier anhängig lauschendes Publikum eingefunden. Ein Polizeileutnant, der dort seines Dienstes verlag, fand keinen Anlaß ein-

zuschreiten. Gegen 1 Uhr löste ihn ein Polizeileutnant K. aus der Schindelfrage ab. Dieser stürzte sich rücksichtslos mit den Füßen in das Publikum, um es auseinander zu treiben. Da aber hinter den Menschen, die dort der Schillerfeier beiwohnen wollten, die Schienen der Straßenbahn lagen, mußten sich die Reihen wieder schließen. Der Leutnant befahl nun den Veritenten: „Reiten Sie in die Leute hinein.“ Die Empörung der Betroffenen konnte keine Grenzen, umso mehr als die Angriffe nicht von einem Schutzmännchen ausgingen, bei dem man als Entschuldigung vielleicht eine ungenügende Bildung gelten lassen kann.

Der unter dem Verdacht des Meineides dieser Tage verhaftete praktische Arzt Dr. Jaspis in Or-Richterfelde ist gegen eine Kaution von 50 000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

500 neue Straßenschilder sind bisher an den Straßeneinkreuzungen angebracht oder montiert worden. Es werden zunächst sämtliche Verkehrsstraßen im Zentrum und den angrenzenden Stadtteilen mit der Neuerrichtung versehen, die dann strahlenförmig durch die Vorstädte und den anschließenden Straßenzügen bis nach dem Berliner Reichsbild geführt wird. Zumeist werden die neuen Schilder an den Straßeneinkreuzungen befestigt. In einzelnen Fällen, in denen dies nicht möglich ist, gelangen besondere verziertere, gußeiserne Ständer so zur Aufstellung, daß die Schilder des Abends von der nächsten Laterne beleuchtet werden.

Wenn die großen öffentlichen Verkehrsanstalten dem Privatkapital überantwortet werden, so kommt für das Publikum wenig dabei heraus. Das zeigte sich von neuem in der gestrigen Generalversammlung der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen. Eine Anfrage, betreffend die Einführung von Abonnementskarten wurde dahin beantwortet, daß nach Lage der gegenwärtigen betriebstechnischen und finanziellen Verhältnisse die Einführung von Abonnements ohne Schädigung der Interessen der Gesellschaft nicht möglich sei. — Wer wird sich wundern, daß das Interesse des Publikums in dieser Frage gar keine Rolle spielt?

In der Angelegenheit des Sparvereins „Osten“ ersucht uns der Vertrauensmann des vierten Wahlkreises Ost um Aufnahme folgender Zuschrift: In einzelnen Geschäften, deren Inhaber Lieferanten des Sparvereins „Osten“ sind, hängt seit Sonnabend ein Plakat aus, worauf der Urheber des „Gerüchtes“, der Sparverein „Osten“ löse sich auf, gegen eine Belohnung von 100 M. von dem Sparverein O. m. b. H. gesucht wird. Eine am 8. Mai bei Lützen, Memelerstraße, stattgefundene Versammlung ehemaliger Delegierter und Mitglieder des Sparvereins „Osten“ glaubte nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten, indem sie beschloß, sich nicht nur als Verbreiter des Gerüchtes zu bekennen, sondern auch, um sich die Belohnung zu sichern, den Urheber des Gerüchtes der O. m. b. H. bekannt zu geben, daß sie ihn gerichtlich belangen kann. Als in der Delegiertenversammlung vom 14. April d. J. die Vernehmung des Sparvereins „Osten“ auf der Tagesordnung stand, äußerte auf Anzusporn der Opposition der Kaufmann H. Jonas, Rätliner Platz 1, als Vorsitzender der O. m. b. H.: „Nach Annahme des Antrages der Gesellschaft durch die Delegiertenversammlung, wonach sämtliches Eigentum des Sparvereins „Osten“ an die O. m. b. H. ausgeliefert wird, ist der Sparverein „Osten“ aufgelöst und sämtliches Material gehört der O. m. b. H. Dieses können 37 Delegierte eventuell durch Eid bekräftigen. Im übrigen verweisen wir die Mitglieder auf die am 12. Mai 1905, abends 8 Uhr, tagende öffentliche Mitgliederversammlung des Sparvereins „Osten“.“

Das Leitergerüst. Hier Stod hoch vom Gerüst abgestürzt ist gestern abend gegen 7 Uhr der zehnjährige Sohn Hermann des Telegraphen-Aufsehers Freier, Schulstraße 116. Vor dem Hause Hochstädterstraße 20 befindet sich ein Leitergerüst, an welchem der Kleine herumspielte. Nachdem die Arbeiter das Gerüst verlassen hatten, kletterte der Knabe an einer der Leitern bis zum vierten Stod empor. Als er den Rückweg antreten wollte, stürzte Hermann Freier, vermutlich infolge Verfehlens einer Leitersprosse, ab und fiel in die Tiefe. Der Körper schlug auf das in der Höhe der ersten Etage angebrachte Schuttdach auf, welches zertrümmert wurde, und fiel dann auf das Straßepflaster hinab. Der Knabe wurde in bestimmungslosem Zustande nach der Unfallstation in der Lindowstraße und von dort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Man sollte denken, daß es möglich gewesen wäre, das Gerüst abzusperren, bevor es von den Arbeitern verlassen wurde.

Ihre „Saison“ haben jetzt wieder die Flederer und die Fahrradiebe. Sie machen gute Geschäfte, aber es vergeht auch kein Tag, an dem einer oder mehrere von ihnen abgehakt würden. Die letzten, die die Kriminalpolizei erwischt, waren drei Burischen von 19 bis 21 Jahren, Adolf Gahn, Felix Seifert und Richard Wille. Sie unringten einen Kaufmann, der ziemlich stark angeheitert durch die Dusselstraße wandte, umarmten ihn, schlossen auch die Haustür für ihn auf und liehen ihn rein. Zu spät merkte der Mann, daß ihm die lustigen und liebenswürdigen jungen Leute das Portemonnaie mit 100 M. und die Uhr weggenommen hatten. Er machte rasch Anzeige und konnte die Flederer trotz seiner Begehrtheit noch so deutlich beschreiben, daß die Kriminalpolizei suchte, mit wem sie zu tun hatte. Die Burischen, die schon länger beobachtet worden waren und jetzt festgenommen wurden, leugnelen so lange, bis man bei einer Hausdurchsuchung bei Wille in der Buttlischstraße die Uhr des Verstorbenen fand. Nun endlich legten sie ein Geständnis ab und wurden gestern nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht.

Banknotenfälscher. Als Verbreiter der falschen Hundertmarkscheine, die, wie mitgeteilt, in größerer Zahl in Umlauf sind, kommen, wie der hiesigen Kriminalpolizei durch die Hamburger Polizeibehörde gemeldet wird, drei Personen in Betracht, die anscheinend Ausländer, wahrscheinlich Holländer sind. Von den verdächtigen Banknotenfälschern wird folgende Beschreibung gegeben: 1. Alter etwa 36 bis 38 Jahre, 1,72 Meter groß, unterlegter Statur, blondes welliges Haar, blonder kräftiger Schnurrbart, volles, gesundes Gesicht; Kleidung: blauer, leinwandener Jacketanzug, dunkler Heberzieher und Wäsche gezeichnet W. K. Der Verdächtige trägt einen Aneifer. 2. Zirla 36 Jahre alt, groß und schmächtig, schwarzer kräftiger Schnurrbart, spricht gebrochen deutsch; Kleidung: dunkler Jacketanzug und heller Heberzieher. 3. Zirla 26 Jahre alt, groß und schmächtig, dunkles Haar und Anflug von dunklem Schnurrbart; Kleidung: dunkler Anzug und dunkler Heberzieher. Die von den Erwähnten herausgabten Banknoten tragen die Nummern O 352 984 F und O 452 984 F.

Ein gefährlicher Fabrikbrand, bei dem mehrere Personen schwer gefährdet waren, kam Donnerstag gegen Abend durch Unvorsichtigkeit in der Hollmannstr. 17 aus. Im linken Seitenflügel und zwar in dem erhöhten Erdgeschloß hat hier die Schilbermalerei von Ri ch e r s ihre Arbeitsräume. In einem derselben war der Geschäftsinhaber mit der 25jährigen Arbeiterin Martha Schimmel damit beschäftigt, in einem großen Kessel Wpfall abzulösen. Hierbei ist wohl nicht mit der nötigen Vorsicht verfahren, denn die Masse kochte über und geriet dabei in Brand. Die sich hierbei entwickelnden Stichflammen ergriffen einige in der Nähe stehende Behälter mit Terpentin, Spiritus und dergleichen und wurden dadurch noch besonders angefaßt. Dem Geschäftsinhaber und der Arbeiterin Schimmel war jeder Ausweg durch die Flammen abgeschnitten. In dieser kritischen Lage schlug Richter ein nach dem Hofe führendes Fenster ein und warf das geängstigte Mädchen aus einer Höhe von zwei Metern auf den Hof hinab. Er selbst sprang dann unverzüglich nach. Dem Mädchen war bereits das Kopfsaar angefangen, auch erlitt es bei dem unfehligen Sprunge auf den Hof eine Verstauchung des linken Fußes. Als die Feuerwehre wenige Minuten später an der Brandstelle eintraf, schlugen die Flammen schon bis zur Dachhöhe an Gebäude empor. Es gelang jedoch in verhältnismäßig kurzer Zeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

